



Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

www.asg-goe.de



Gemüse-Selbsternte



Wie nutzen die Berliner den ländlichen Raum Brandenburgs



Förderpreis Ökologischer Landbau 2003

Erscheint in Kürze

Weiter denken –

Agrarpolitik für ein gemeinsames Europa der Zukunft

Vorträge der ASG-Herbsttagung vom 14./15. November 2002

- **Eröffnung**
Dr. Hans-Hermann BENTRUP, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
- **Halbzeitbewertung der Agenda 2000 – Ziele und Wege der zukünftigen europäischen Agrarpolitik**
Dr. Martin SCHEELE, Europäische Kommission, Brüssel
- **Stellungnahme zur Halbzeitbewertung der Agenda 2000**
Wolfgang REIMER, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- **EU-Osterweiterung und Perspektiven der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen**
Dr. Eugeniusz TYSZKOWSKI, Konsul, Generalkonsulat der Republik Polen in Hamburg
- **Der Agrarsektor in Polen vor dem EU-Beitritt – Situation, Erwartungen, Entwicklungschancen**
Dr. Tomasz WINNICKI, Lehrstuhl für Ökonomie an der Fachhochschule Elbing (Polen), Landwirt und Vorsitzender einer Erzeugergemeinschaft
- **Lebensmittelstandards in mittel- und osteuropäischen Ländern – Situation, Schwachstellen, Konsequenzen**
Dr. Kristina GLITSCH, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle
- **Integrierte ländliche Entwicklung – Mittelpunkt der zukünftigen Agrarpolitik?!**
Prof. Dr. Ulrike GRABSKI-KIERON, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie, Abt. Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung
- **Wie steht es um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft? – Midterm-Review – Osterweiterung der EU – neues Agrargesetz**
Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter KIRSCHKE, Humboldt-Universität zu Berlin, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Institut für Agrarpolitik, Marktlehre und Agrarentwicklung

Inhalt

Internationale Grüne Woche Berlin	2	Landschau 2003 präsentiert sich mit viel Prominenz
	7	Gespräch mit EU-Agrarkommissar Franz Fischler: „Die Osterweiterung ist kein Hundert-Meter-Sprint“
	8	Interview mit Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Neue Arbeitsplätze durch Förderung erneuerbarer Energien
	10	Landschau stellt drei „Regionen Aktiv“ vor
	11	Regionales Jugendbüro Ivenack: Zukunftsperspektiven für Jugendliche im ländlichen Raum
	13	Stiftung Tassilo Tröscher – Aufruf zum Stiftungswettbewerb
ASG	14	Exkursionsberichte einer Tagung in Zamosc
	20	Frühjahrstagung in Regensburg: Programm
	22	Regensburg – Geschichte, Erlebnis, Umgebung
Landwirtschaft	24	Agrarbericht 2003 – Regionale Unterschiede in der Einkommensentwicklung
	25	Schleswig-holsteinisches Landwirtschaftsministerium wird aufgelöst
	26	Förderpreis Ökologischer Landbau
	28	Gemüseselbsternte als Direktvermarktungschance
	31	Nachwachsende Rohstoffe – Stand und Perspektiven
	33	Der Landwirt als Energiewirt
Ernährung	37	Alarmierendes Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen
Ländlicher Raum	42	Wie nutzen und schätzen die Berliner den ländlichen Raum Brandenburgs?
EU-Osterweiterung	46	EU-Osterweiterung führt zu Verschärfung regionaler Gegensätze
Bildung	48	Ein Raum für ganzheitlichen Unterricht – das Waldklassenzimmer
	49	Schulbauernhof Ummeln leistet Pionierarbeit
Tourismus	51	Bilanz: Jahr des Ökotourismus
Termine	52	5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung
	52	Kreative Ideenfindung und Problemlösungstechniken
Personalien	53	Ulrich Schröder übernimmt Nachfolge von Werner Melzer
	53	Dr. Paul Kuhlmann im Ruhestand
	53	Dr. Wilhelm Peters 60 Jahre
	53	Prof. Dr. Peter Treuner 65 Jahre
Für Sie gelesen	54	Moderne Prinzen fahren Traktor
	55	Ländliche Gesellschaft und Obrigkeit
	55	Artgerechte Tierhaltung im Spannungsfeld ethischer, rechtlicher und ökonomischer Anforderungen
	56	LandFrauenRezepte aus allen Landschaften Deutschlands

Internationale Grüne Woche Berlin

Land-Schau 2003 präsentiert sich mit viel Prominenz

Vom 17. bis 26. Januar erlebten Besucher/-innen der Internationalen Grünen Woche Berlin 2003 auf der Land-Schau-Bühne in Halle 21b ein abwechslungsreiches Informations- und Kulturprogramm, das sich aus Fachgesprächen, Prominenteninterviews und Unterhaltung zusammensetzte. Verantwortlich für die Organisation und Durchführung des Bühnenprogramms war die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG). Die Bundesländer präsentierten ausgewählte ländliche Regionen und Urlaubsziele, stellten innovative Projekte vor und vermittelten ein sympathisches, vielseitiges und fortschrittliches Bild vom Leben auf dem Land. In Gesprächsrunden wurden Themen vertieft und teilweise kontrovers diskutiert. Prominente Vertreter/-innen aus der Politik betrachteten die ländlichen Regionen in einem größeren, europäischen Zusammenhang und erörterten die Auswirkungen der bevorstehenden EU-Osterweiterung für die deutsche Landwirtschaft. Abgerundet wurde die Land-Schau von einem bunten Musikprogramm sowie von Tanzvorführungen und Comedy-Einlagen.

Eröffnung der 16. Land-Schau

Zur Eröffnung der 16. Land-Schau griff Dr. Gerald THALHEIM, Parl. StS. im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), in seiner Rede die aktuelle Diskussion um Billigangebote von Lebensmitteln auf. Der BSE-Skan-

dal stehe für eine Fehlentwicklung in der Landwirtschaft, aus der man Konsequenzen gezogen habe. Die seitdem hinzu gewonnene Sicherheit im Produktionsprozess habe jedoch ihren Preis. Thalheim ließ keinen Zweifel daran, dass er diese Ansicht von Verbraucherschutzministerin Renate KÜNAST teile. Dabei gehe es nicht darum, jemandem den Spaß am

Schnäppchenkauf zu verderben. Es gehe vielmehr darum, dass die Bauern ihren Job ernst nähmen, Qualität produzierten und an der Ladentheke dafür entlohnt werden müssten. Ein Durchschnittshaushalt in Deutschland gebe derzeit nur 12 % seines Einkommens für Lebensmittel aus. Nach Ansicht von Thalheim dürfe dieser Prozentsatz nicht weiter absinken.

Als wichtigstes Anliegen der Land-Schau bezeichnete er, über das Leben auf dem Lande zu informieren und aufzuzeigen, dass man auf dem Dorf gut leben könne und die Landwirtschaft ein attraktiver Arbeitgeber sei.

Auch Dr. Thomas GRIESE,



Eröffnung: Dr. Thomas Griese, Petra Schwarz, Dr. Gerald Thalheim und Dr. Hans-Hermann Bentrup



Bärbel Höhn



Petra Wernicke



Josef Miller

StS. im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, verwies auf den Reichtum, den die ländlichen Regionen zu bieten hätten. Dies mache auch die Bund-Länder-Schau in Halle 21b deutlich. Die ländlichen Räume stünden für Innovationen, z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien. In Bezug auf die Diskussion um Lebensmittelpreise verwahrte er sich dagegen, Lebensmittel zur „Ramschware“ verkommen zu lassen. Lebensmittelkonzerne dürften keine Dumpingangebote machen und Lebensmittel unter Einstandspreisen verkaufen, so Griese. Landwirtschaft und ländliche Räume könnten nur durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise für zukünftige Generationen erhalten werden. Die „Verschleuderung“ von Lebensmitteln sei jedoch nicht nachhaltig und müsse daher abgelehnt werden.

Am Beispiel des EU-Beitrittskandidaten Polen machte Dr. Hans-Hermann BENTRUP, StS. a. D. und Vorsitzender der ASG, deutlich, wie schwer es sei, Entwicklungen in den Beitrittsländern in Gang zu setzen. Die polnische Landwirtschaft sei sehr klein strukturiert, unterkapitalisiert und werde große Schwierigkeiten haben, wenn sie nicht massiv unterstützt werde. In Polen gebe es vor allem einen großen Nachholbedarf im Hinblick auf die Infrastruktur. Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, um schneller in die

östlichen Regionen zu gelangen. Die EU habe zwar eine Menge Geld, insbesondere für ländliche Entwicklung, aber das reiche dort nicht aus. Von zentraler Bedeutung sei auch, bei den polnischen Landwirten die Angst abzubauen. Sie müssten wissen, was mit dem EU-Beitritt auf sie zu komme.

Die in den drei Eröffnungsbeiträgen angesprochenen Inhalte erwiesen sich im Verlauf der zehntägigen Veranstaltung als zentral. Viele Gespräche mit Prominenten, Fachleuten und Akteuren aus dem ländlichen Raum beschäftigten sich auf der Land-Schau-Bühne mit den aktuellen Themen Osterweiterung, Lebensmittelpreise, erneuerbare Energien und der Entwicklung der ländlichen Räume als Tourismusregionen.

Bedeutung der EU-Osterweiterung für die deutsche Landwirtschaft

Die bevorstehende EU-Osterweiterung war auf der Internationalen Grünen Woche nicht nur an der besonders starken Präsenz von Ausstellern aus Osteuropa und Russland spürbar, sie war auf der Land-Schau-Bühne auch Inhalt vieler Diskussionen über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft.

Josef MILLER, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, wies auf die unmittelbare Nähe Bayerns zum Beitrittsland Tschechien hin. Es gebe zwar eine Konkurrenz durch

tschechische Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt, gleichzeitig würden jedoch bayerische Firmen die günstigen Bedingungen in Tschechien nutzen und dort investieren. Diesseits und jenseits der Grenze gebe es regionale Spezialitäten und es herrsche derzeit ein guter Ausgleich. Bayerische Firmen lieferten nach Tschechien, Polen und Ungarn und umgekehrt. Bezogen auf die Agrarpolitik hoffte Miller, dass es nicht zu einem Verdrängungs-, sondern zu einem Ergänzungswettbewerb kommen werde. Die bayerischen Landwirte seien sehr offen in Bezug auf die Osterweiterung.

Petra WERNICKE, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, betonte, dass sie sich mit Agrarkommissar Franz FISCHLER in einem heftigen Disput befinde. Sie zeigte sich besorgt darüber, dass die Mittel aus Brüssel nicht steigen, sondern umgeschichtet würden. Die Landwirte in Sachsen-Anhalt würden weniger Flächenprämien und einen geringeren Einkommenstransfer bekommen. Damit leisteten sie ihren Beitrag zur Finanzierung der Osterweiterung. Als Folge dieser Entwicklung seien sie daher gezwungen, sich neue Aufgabenfelder zu erschließen.

Bärbel HÖHN, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, re-



Wolfgang BIRTHLER



Leo BLUM



Ulrike HÖFKEN

flektierte die Osterweiterung vorwiegend im Hinblick auf Qualitätsstandards. Mit Polen käme ein großes Agrarland in die EU. Es sei wichtig, dass Polen die selben Standards erfülle wie die übrigen EU-Staaten.

Ulrike HÖFKEN, MdB und agrarpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, forderte vergleichbare Wettbewerbsbedingungen innerhalb der erweiterten EU. Nur so werde ermöglicht, dass sich die deutsche Landwirtschaft in der vor einigen Jahren begonnenen Weise weiter entwickeln werde.

Verbrauchern sind Niedrigpreise von Lebensmitteln oft wichtiger als Qualität

Höfken warnte davor, dass der enorme Preiswettbewerb im Lebensmittelhandel in eine Sackgasse führen werde. Die extremen Preiskämpfe der großen Lebensmittelketten, deren Angebote teilweise unter dem Einstandspreis lägen, hätten Auswirkungen auf die Qualität der Nahrungsmittel und damit auch auf die Gesundheit der Verbraucher. Sie gefährdeten darüber hinaus Landwirte und Lebensmittelindustrie, besonders diejenigen, die hohe Qualitäts-, Umwelt- und Tierschutzstandards anwendeten.

Auch Ministerin Höhn zeigte Befremden darüber, wie in Deutschland mit Lebensmitteln umgegangen werde. Während die Verbrau-

cher bei Bedarfsgegenständen auf das Preis-Leistungsverhältnis achteten, sei bei Lebensmitteln ausschließlich der Preis entscheidend. Qualität habe ihren Preis. Das heiße nicht, dass nicht auch mal ein Schnäppchen genutzt werden könne. Höhn forderte aber, auch bei Lebensmitteln auf die Qualität zu achten, da es hier durchaus Unterschiede gebe. Ihrer Ansicht nach sollten Lebensmittel als Mittel zum Leben mehr geschätzt und genossen werden.

Minister Miller forderte, geprüfte Qualität auf mehr Nahrungsmittelbereiche auszudehnen. Die Verbraucher müssten wissen, woher das Produkt komme und wie es erzeugt wurde. Mehr Transparenz und mehr Qualitätsförderung seien im Interesse von Verbrauchern und Landwirten in dem gemeinsamen Bestreben, höhere Qualität zu bekommen. Miller äußerte jedoch Verständnis dafür, dass Verbraucher bei Discountern einkauften, weil sie wenig Geld hätten und sparsam damit umgingen.

Leo BLUM, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau e.V., bedauerte, dass es in der Macht der Handelsketten liege, die Ware dort zu beziehen, wo sie am günstigsten sei, z. B. Lammfleisch aus Neuseeland. Hauptziel der Handelsketten sei es, ökonomisch zu wirtschaften. Wenn Lamm aus Neuseeland günstiger sei, würde es gekauft, auch wenn keiner wisse, unter welchen Bedingungen es produziert wurde und obwohl heute

alle von kurzen Transportwegen redeten. Hier appellierte Blum an die Verbraucher, die mit ihren Kaufentscheidungen Einfluss auf das Warenangebot ausüben und damit gleichsam mit dem Einkaufskorb Politik machen könnten.

Nachwachsende Rohstoffe und alternative Energieerzeugung als Einkommensalternativen für Landwirte

Wolfgang BIRTHLER, Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg, prognostizierte, dass nachwachsende Rohstoffe als Einkommensalternative für Landwirte an Bedeutung gewinnen würden. Darüber hinaus würden Landwirte zukünftig auch Energieerzeuger sein.

Diese Einschätzung teilte Uwe BARTELS, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Niedersachsen. In Niedersachsen hätten viele Landwirte mit der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe ein zweites Standbein gefunden, mit dessen Hilfe sie die Existenz ihrer Höfe absicherten. Aufgabe der Politik sei es, so Bartels, hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Dass auch die Landwirte in Sachsen-Anhalt bereit seien, nach Einkommensalternativen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zu suchen, bestätigte Ministerin Wernicke.



Uwe Bartels



Ingrid Franzen



Peter-Harry Carstensen

In Schleswig-Holstein, so Ingrid FRANZEN, Ministerin a. D. für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, solle den Landwirten durch die Förderung der Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Biomasse die Möglichkeit gegeben werden, sich ein zusätzliches Standbein zu schaffen. Dabei sei es sinnvoll, die Wärme unmittelbar dort zu erzeugen, wo sie genutzt werden könne, z. B. in der Nähe eines Kükenaufzuchtbetriebes. Franzen sah sowohl für die Stromerzeugung aus Wind als auch für die Wärmeenergieerzeugung aus Biomasse noch Wachstumspotenziale in Schleswig-Holstein. Allein die Windrad-Produzenten hätten in Schleswig-Holstein bisher 5 000 Arbeitsplätze geschaffen. In Teilen der Bevölkerung gebe es dennoch Widerstände gegen Windräder. Den Tourismus würden die Windparks jedoch nicht nennenswert beeinträchtigen, so Franzen.

Die Vision einer neuen Einkommens- und Betätigungsquelle für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und ländliche Räume stand Pate, als es um die Planung des Energiedorfes Tonnenheide, Landkreis Minden-Lübbecke in Nordrhein-Westfalen, ging. Im Energiedorf Tonnenheide konnten inzwischen viele der Bewohner von der Idee überzeugt werden, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Eine Biogasanlage sei zwar kosten- und arbeitsaufwendig, aber sie rechne sich auf Dauer auch, so Karl-

Heinz TIRRE, Landwirt und Energieerzeuger, Tonnenheide. Karl-Heinrich AHRENS, ebenfalls Landwirt und Energieerzeuger, hat sich für die Energieerzeugung mit Hilfe von Photovoltaikanlagen entschieden. Die Umsetzung der Idee des Energiedorfes habe für die Dorfbewohner einen identitätsstiftenden Effekt gehabt.

Bedeutung der ländlichen Räume als Kulturlandschaft und Tourismusregionen

In vielen Gesprächen wurde deutlich, welche Bedeutung den ländlichen Räumen nicht nur als Kulturlandschaft zukommt, deren Erhalt die Landwirtschaft weiterhin sichern soll, sondern wie stark sich die ländlichen Räume auch als Freizeit- und Tourismusregionen weiter entwickelt haben.

Peter-Harry CARSTENSEN, MdB und Mitglied des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, verwies in diesem Zusammenhang auf die Bezeichnung „Agrikultur“, die die Landwirtschaft in anderen Sprachen habe. Damit werde die Verbindung zwischen Landwirtschaftsbetrieben und Kultur im ländlichen Raum ausgedrückt, die für die ländlichen Räume und die Landwirte von großer Bedeutung sei.

Das Thema Erhalt von Kulturlandschaften werde laut Minister Miller auch mit den EU-Beitritts-

ländern diskutiert. Hier wie dort gebe es sehr schöne Landschaften, die zwar für den Fremdenverkehr attraktiv, jedoch schwer zu bewirtschaften seien. Miller betonte, wie wichtig es für den Erhalt dieser Landschaften sei, dass sie auch weiterhin von Bauern bewirtschaftet würden.

Minister Birthler wies darauf hin, dass der Tourismus neben der Landwirtschaft einer der am stärksten boomenden Wirtschaftszweige im Hinblick auf die Wachstumsraten sei. Der Landtourismus biete die Möglichkeit, die Landwirtschaft zu vermarkten. Bereits heute finde sich ein reges Nebeneinander von Landwirtschaft und Tourismus, das es auszubauen gelte.

Matthias PLATZECK, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, hob hervor, dass Landwirte heute vielfach touristische Leistungen einbeziehen müssten, um ihre Betriebe erhalten zu können. In dieser Hinsicht sei die Grüne Woche als Forum zur Bildung von Netzwerken wichtig. Er werde sich dafür einsetzen, eine gute Infrastruktur im ländlichen Raum zu erhalten. Im übrigen vertraue er darauf, dass sich in den Dörfern und ländlichen Regionen Eigeninitiativen entfalten. Dies sei insofern besonders wichtig, als die 1 950 Dörfer in Brandenburg nicht alle einzeln gefördert werden könnten, so Platzeck.

Harald WOLF, Berliner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen,



Harald Wolf



Dr. Herbert Hirschler



Matthias Platzeck

erörterte am Beispiel des Berliner Barnims, einer natürlichen Landschaft im Nordosten Berlins, die wichtige Funktion von Naherholungsgebieten. Der Barnim erstreckte sich von Berlin bis nach Brandenburg.

Peter STRIEDER, Berliner Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, nannte das Naherholungsgebiet Berliner Barnim als Beispiel dafür, dass es notwendig sei, Kulturlandschaften auch im Umfeld von Großstädten zu erhalten. Wichtig sei es, die Dörfer mit Ackerbau, Viehzucht und Streuobstwiesen zu bewahren und dafür zu sorgen, dass sie keine Vorstädte würden.

Dr. Volker SKLENAR, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt des Landes Thüringen, beschrieb am Beispiel des Ilmradwanderweges die Bedeutung der ländlichen Räume für den Tourismus. Der Ilmradweg führe

durch eine Übergangslandschaft vom Mittelgebirge ins Flachland und sei besonders interessant, weil man dort Natur, Erholung, Bewegung und Kulturhistorisches miteinander verbinden könne. Thüringen hätte für Touristen eine Bandbreite an attraktiven Angeboten.

Dr. Herbert HIRSCHLER, StS. im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, hob die Bedeutung des Urlaubsangebotes Ferien auf dem Bauernhof hervor. Diese Urlaubsform sei sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Landtourismus ein wichtiges Standbein. Die Nachfrage nach touristischen Angeboten im Umfeld der Landwirtschaft für Kinder und Jugendliche steige, so Hirschler.

Volle Ränge und steigende Besucherzahlen

Bei insgesamt gestiegenen Besucherzahlen auf der diesjährigen

Internationalen Grünen Woche Berlin, waren auch die Ränge vor der Land-Schau-Bühne größtenteils voll besetzt. Neben den Fachdiskussionen und Interviews lockten das abwechslungsreiche Unterhaltungsprogramm, das Schaukochen mit den Köchen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) Schleswig-Holstein, die Wein-, Bier- und Sektverkostungen, die Schulklassenprogramme, das Komikerduo Horst und Ewald und die zahlreichen Musikbeiträge die Gäste an. Nicht zuletzt führten mit Heike GÖTZ (NDR) und Petra SCHWARZ (SFB) zwei bekannte Fernsehmoderatorinnen durch das Programm, die bei Zuschauern/-innen und Gesprächspartnern/-innen sehr geschätzt waren. Allen Akteuren gemeinsam ist es gelungen, das Motto „Willkommen auf dem Land“ mitten in Berlin eindrucksvoll mit Leben zu füllen.

- OS -

Peter Strieder



Dr. Volker Sklenar



Petra Schwarz und Heike Götz (Moderatorinnen)



Gespräch mit EU-Agrarkommissar Franz Fischler auf der Land-Schau-Bühne:

„Die Osterweiterung ist kein Hundert-Meter-Sprint“

Zehn Jahre werde es nach Ansicht von EU-Agrarkommissar Dr. Franz FISCHLER etwa dauern, die Erweiterung erfolgreich umzusetzen. Mit dem Beitritt von zehn Staaten aus Ost- und Mitteleuropa – die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union – seien große und zum Teil langwierige Veränderungen verbunden, so Fischler. Bezogen auf die Landwirtschaft sei eine entscheidende Konsequenz, dass der mit Abstand größte Markt der Welt entstehe.

Hoffungsmarkt für Europa

In einer erweiterten EU werde es 500 Mio. Konsumenten geben, die mit Qualität und Lebensmitteln zu günstigen Preisen versorgt sein wollen. Dort eröffne sich ein großer Hoffungsmarkt für Europa, in dem viele zusätzliche Produkte abgesetzt werden könnten. Je besser sich die Wirtschaft in den Beitrittsländern entwickle, umso mehr könnten sich die Menschen dort leisten. Dadurch bekämen qualitativ hochwertige Produkte aus der EU-15 mehr Chancen auf dem erweiterten Markt.

Derzeit bestünden in Bezug auf das Wirtschaftsniveau noch große Unterschiede zwischen den Beitrittsländern und der bestehenden EU-15. Es sei jedoch positiv, dass das Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern im Durchschnitt doppelt so hoch sei wie in der EU-15. Um sich auf den erweiterten Markt einzustellen, müssten die hinzukommenden Staaten die begonnenen Umstrukturierungen fortsetzen.

Ängste bei den Landwirten

Trotz der Chancen, die die Erweiterung biete, gebe es unter

Landwirten in Westeuropa auch Ängste vor der Osterweiterung, die teilweise nicht begründet seien. Fischler wies darauf hin, dass es Aufgabe der Politiker sei, diesen Ängsten entgegen zu wirken.

Es dürfe nicht vergessen werden, dass die hiesigen Landwirte auch einen Nutzen aus dem vergrößerten Markt zögen. Bis Ende 2006 müsse außerdem kein Landwirt damit rechnen, dass ihm Gelder aus Brüssel gekürzt würden. Für die Zeit nach 2006 hätten die Mitgliedsstaaten beschlossen, die Mittel nicht weiter zu erhöhen. Wenn dann Reformen geplant würden, die etwas kosteten, müssten diese durch Umschichtungen finanziert werden.

Fischler räumte ein, dass sich die Osterweiterung in manchen Bereichen auch nachteilig auswirken könne. Probleme für die deutsche Landwirtschaft könnten sich z. B. in den Grenzzonen zu Polen ergeben und dort vorwiegend im Hinblick auf Produkte, die ohne große Investitionen relativ leicht zu produzieren seien, wie z. B. Futtermittelgetreide. Dies könnten polnische Landwirte kostengünstiger. Fischler erwarte daher einen Druck auf die Futtermittelpreise. Für Veredler wie Schweine-, Rinder- oder Milchproduzenten hingegen würden neue Märkte entstehen.



Positive Einstellung erforderlich

Fischler machte deutlich, dass sich nicht nur die Beitrittsländer auf den Beitritt einstellen müssten. Auch die Landwirte in der EU-15 seien gefordert, in manchen Bereichen umzudenken. Dies dürfe nicht nur in den Köpfen geschehen. Die Erweiterung müsse auch emotional angenommen werden. Fischler zufolge könne sie nur so erfolgreich sein. Er verwies auf die Erfahrungen Deutschlands bei der Integration eines ehemals kommunistischen Systems und auf die hohen Ambitionen, die Deutschland gehabt habe als es darum ging, die neuen Bundesländer auf Westniveau zu heben. Dem gegenüber gehe es in der EU zunächst darum, dass die hinzukommenden Länder in der Gemeinschaft nicht untergingen.

Die Osterweiterung, resümierte Fischler, sei nicht in 10 Sekunden erledigt, sie sei kein Hundert-Meter-Sprint. Man brauche die Einstellung eines Marathonläufers: nur mit Geduld, Ausdauer und Zähigkeit käme man zum Erfolg.



Interview mit Jürgen Trittin, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, auf der Land-Schau-Bühne:

Neue Arbeitsplätze durch Förderung erneuerbarer Energien

Ausbau erneuerbarer Energien bis 2010 auf 13 % angestrebt

Das Ziel der Bundesregierung sei es, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2010 gegenüber dem Jahr 2000 auf 13 % zu verdoppeln, so Bundesumweltminister Jürgen TRITTIN. Er zeigte sich optimistisch, dass dieses Ziel vorzeitig erreicht werde, da der derzeitige Anteil bereits 8 % betrage. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien gebe es so große Fortschritte, dass seit Jahren jedes Jahr ein Rekordjahr sei. Das gelte insbesondere für die Windenergie. Im Jahr 2002 beispielsweise seien zum ersten Mal 3 000 Megawatt neu ans Netz gebracht worden – das entspreche ungefähr der Energiemenge, die bis 1998, als er sein Amt übernommen habe, in der gesamten Bundesrepublik mit Wind erzeugt werden konnte.

In der Koalitionsvereinbarung sei festgelegt worden, die Ausbaubedingungen für erneuerbare Energien zu stabilisieren. Trittin rechtfertigte dies damit, dass die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nie einen Status

wie die Energieerzeugung aus Kohle oder Atomkraft genossen hätte. Während sich der Strompreis früher lediglich aus den Kosten der Kohle- und Atomindustrie sowie der Mehrwertsteuer errechnet habe, sei es bei der Windenergie nicht so einfach. Die Einspeisevergütungen seien so ausgestaltet, dass sie jährlich geringer würden. Irgendwann solle die Windenergie marktfähig sein und ohne Einspeisevergütung auskommen. Es sei jedoch geplant, in dem Bereich, der hohe Investitionsvolumen erfordere, wie die Offshore-Windenergie, d. h. für Anlagen, die im Meer stehen, die Förderzeiträume zu verlängern.

„Es ist ein Märchen, dass Windräder Vögel schnetzeln“

Für die Kritik, dass Windräder die Landschaft verschandelten, zeigte Trittin z. T. Verständnis. Nicht an jedem Ort sei es vernünftig, Windräder zu bauen. Angestrebt werde deshalb, keine einzelnen Windräder, sondern geschlossene Windparks an windmäßig geeigneten Standorten mit einem Mindestabstand von 300 bis 500 m zur Bebauung aufzustellen.

Er wies jedoch auch auf die Vorurteile hin, die gegenüber Windrädern herrschten: So sei es „ein Märchen, dass Windräder Vögel schnetzeln“. Aufgrund ihrer Radien drehten sich Windräder so langsam, dass Vögel gut damit klar kämen. Auch die „ungeheure Lärmbelastigung“ der Windkraftanlagen habe er noch nicht feststellen können. „Ich habe schon mehrfach Pressekonferenzen mitten in Windparks unter laufenden Windrädern veranstaltet, bei denen trotz hochempfindlicher Mikrofone nichts zu hören ist,“ so Trittin.

„Warum soll ein Bauer mit einem Windrad keine zweite Ernte auf seinem Acker haben?“

In bestimmten küstennahen Regionen zeichneten sich allerdings Wachstumsgrenzen für die Windenergiegewinnung ab. Aus diesem Grund seien große Anstrengungen unternommen worden, herauszufinden, wo Offshore-Anlagen installiert werden könnten. Dem gegenüber bestehe in Bayern noch Nachholbedarf in Bezug auf die Windenergiegewinnung, d. h. die

bayerischen Landwirte könnten noch Zusatzeinkommen erwirtschaften. „Warum“, so fragte Trittin, „soll ein Bauer mit einem Windrad keine zweite Ernte auf seinem Acker haben?“

Nachdem die Landwirte zunächst ihren Grund und Boden verpachtet und skeptisch das Aufstellen der Windräder beobachtet hätten, seien sie heute vielfach selbst an Windparks beteiligt. Auf diese Weise sei eines der größten Windfelder der Bundesrepublik im Inland, das Sintfeld bei Paderborn, entstanden. Dort hätten Landwirte, nachdem ihnen der regionale Energieversorger für mehr als 100 Windräder kein Umspannwerk gebaut habe, dieses selbst realisiert. Inzwischen gebe es eine Anfrage des Energieversorgers, dieses mit benutzen zu dürfen. Diese Entwicklung begrüßte Trittin sehr, denn sie führe dazu, einen Teil der Konflikte, die es im Zusammenhang mit der Windenergie gegeben habe, zu minimieren. Die Landwirte und die Menschen auf dem Lande hätten die Windenergie als eine Chance zur Einkommenserzielung begriffen.

70 000 Arbeitsplätze durch Windenergienutzung

Bundesweit gäbe es inzwischen 70 000 Arbeitsplätze durch die Windenergie. Im Bereich erneuer-

bare Energien seien allein in den letzten vier Jahren 60 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Beispielsweise habe Husum in der Arbeitslosenstatistik immer über dem Bundesdurchschnitt gelegen; heute liege die Stadt darunter, was darin begründet sei, dass auf den ehemaligen Werften Windräder produziert würden. Aber nicht nur an der Küste, z. B. auch in Sachsen-Anhalt seien durch den Bau von Windrädern 4 500 Arbeitsplätze geschaffen worden. Hierbei handele es sich teilweise um hochqualifizierte Stellen für Ingenieure, Planer, Metallarbeiter etc. Die Windenergiebranche sei heute in Deutschland nach der Autoindustrie der zweitgrößte Nachfrager nach Stahl.

Energieerzeugung aus Biomasse wird gefördert

Neben der Windenergieerzeugung gewinne laut Trittin die Energiegewinnung aus Biomasse verstärkt an Bedeutung, insbesondere für den ländlichen Raum und die Landwirte. Hierfür würden in den nächsten Jahren ähnliche Wachstumsraten wie bei der Windenergie erwartet. Die Erzeugung von Wärme für Warmwasser und Heizwecke sei unter Klimaschutzaspekten noch wichtiger als die Erzeugung von Strom. Gefördert würde diese Art

der Energieerzeugung aus dem sog. Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien, welches aus den Einnahmen der Ökosteuer finanziert werde. Beabsichtigt sei, die Förderhöhe für dieses Programm in den nächsten vier Jahren von 190 auf 230 Mio. Euro jährlich auszubauen und von allen Einsparauflagen freizustellen, denn hierdurch würde nicht nur die Umwelt geschützt, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen.

Bundeseigene Gebäude noch nicht optimal für erneuerbare Energienutzung ausgestattet

Angesprochen auf die neuen Berliner Regierungsgebäude zeigte sich Trittin in Bezug auf die Energienutzung nur sehr eingeschränkt zufrieden. Lediglich das Dienstgebäude des Bundespräsidenten und das Kanzleramt seien z. T. mit Photovoltaikanlagen ausgestattet. Man habe es bisher nicht geschafft, solarthermische Anlagen zur Produktion von Warmwasser in den neuen Regierungsgebäuden zu installieren. Er hoffe jedoch, den Einsatz erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen beim Umzug des Bundesumweltministeriums, das sich derzeit noch in einem Provisorium am Alexanderplatz befinde, zu realisieren. Dass es funktioniere, beweise

das Bundesumweltministerium gerade beim Neubau des Umweltbundesamtes, welches von Berlin nach Dessau umziehe. Dort werde alles, was Energieeinsparung, Gebäudebelüftung und Energieerzeugung betreffe, nach dem neuesten Stand der Technik in einem Bürogebäude umgesetzt. Allerdings koste es viel Zeit und Arbeit, insbesondere die Baubehörden davon zu überzeugen, dass dies mit der modernen Technik funktionieren könne.



Ingrid Franzen, Jürgen Trittin, Petra Schwarz und Margit Hauschild, die dem Minister ein Windrad aus Salzteig überreicht.

Land-Schau stellt drei „Regionen Aktiv“ vor

Viele ländliche Regionen könnten die Herausforderungen der Zukunft nicht alleine bewältigen, erläuterte Theo AUGUSTIN, Referat Nachhaltige Landentwicklung im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), die Hintergründe, die zum Wettbewerb „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ führten. Als Bestandteil einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie waren die ländlichen Regionen im Rahmen des Wettbewerbs aufgefordert worden, regionale Entwicklungskonzepte zu erarbeiten, die die Landwirtschaft und die ländlichen Räume im Sinne von Verbrauchern und Umwelt stärken könnten.

Von 200 Regionen, die sich um eine Förderung bewarben, wurden 18 ausgewählt. Diese sind geographisch so verteilt, dass in jedem Bundesland mindestens eine Region liegt. Über einen Zeitraum von vier Jahren bekomme jede der 18 Regionen 1,8 Mio. Euro für die Durchführung ihrer Projekte, erläuterte Augustin das Verfahren.

Das wichtigste sei, dass die Bevölkerung aktiv mitwirke und die Menschen dafür gewonnen werden könnten, die Schwächen ihrer

Region in Stärken zu verwandeln, betonte Dr. Aloys ALTMANN, StS. a.D. im Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein. Damit hob er einen zentralen Gedanken des Wettbewerbs hervor: die Ideen für Projekte sollen in den Regionen selbst geboren werden. Ziel sei es, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Interessen in Gleichklang zu den Interessen der dort lebenden Menschen zu bringen, so Altmann.

Vertreter/-innen von drei „Regionen Aktiv“ waren während der Internationalen Grünen Woche in Berlin zu Gast auf der Land-Schau-Bühne und stellten ihre Projekte vor.

Region Uthlande

Die vier großen Leitprojekte in der Region Uthlande umfassen die Förderung kultureller Identität, regionale Vermarktung, Energieversorgung und flächenhaften Küstenschutz, erklärte Lars SCHMIDT von der Regionalen Partnerschaft e.V. Die Region Uthlande umfasst die Inseln und Halligen im Kreis Nordfriesland. Trotz aller Individualität, die die einzelnen Inseln mit-

brächten, gebe es auch wesentliche Gemeinsamkeiten. Indem die Interessen nach innen und außen gemeinsam vertreten würden, nütze man die Potenziale einer Region besser aus und sei effektiver, betonte Walter FOHRBECK vom Regionsprojekt Regionale Identität.

Region Weserland

Die Region Weserland setzt sich aus drei Landkreisen und zwei Städten zusammen. Dort gehe es um die Zukunft des ländlichen Raumes in Kooperation mit der Stadt, erläuterte Karin ELLERMANN-KÜGLER vom Verein Nordlichter der Region Weserland. Die Projekte zielten vor allem darauf ab, die 1 Mio. Verbraucher für regionale Produkte und regionale Dienstleistungen wie Heuhotels, Urlaub auf dem Bauernhof, Pensionspferdehaltung und Hofläden zu begeistern. Ellermann-Kügler zeigte sich erfreut über die vielen Ideen und Anregungen, die aus der Bevölkerung gekommen seien. Die Auswahl der Projekte treffe ein gewähltes Entscheidungsgremium.

Region Wendland/Elbetal

Michael SELIG, Regionale Partnerschaft Wendland, sprach von einem sehr dynamischen Prozess bei der Formulierung der Vision, wie sich der ländliche Raum im Wendland zukunftssträftig entwickeln könne. Dabei seien drei Ziele formuliert worden: die Versorgung des Landkreises mit 100 % regenerativer Energie, die Umsetzung einer 100 %ig artgerechten Tierhaltung sowie die Umstellung auf 50 % Ökolandbau in der Region. Selig gab zu, dass die Ziele hoch gesteckt seien, sie seien zukunftsgerichtet, aber nicht unrealistisch. Er wertete es bereits als Erfolg, dass alle Akteure miteinander ins Gespräch gekommen seien und über die Entwick-



Michael Selig, Karin Ellermann-Kügler, Theo Augustin und Heike Götz

lung der Region geredet hätten – quer über gesellschaftliche und berufliche Ebenen hinweg.

Potenziale in den Regionen nutzen

Die drei Beispiele zeigen, dass in den ländlichen Regionen viel Potenzial im Sinne einer nachhal-

tigen Entwicklung steckt und bestätigen damit den Erfolg des Projekts „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“. Augustin deutete an, dass die Mittel für die Regionen noch aufgestockt werden könnten. Dabei sei klar, dass die finanzielle Förderung lediglich Anschlag sein könne für Projekte,

die dann in Eigeninitiative durchgeführt würden. Dass dieser Anschlag entscheidend ist, bestätigte Fohrbeck aus der Region Uthlande, indem er die Aktivitäten der letzten Monate zusammen fasste: „Das wichtigste am Projekt Regionen Aktiv ist, dass man aufbricht“.

- OS -

Regionales Jugendbüro Ivenack:

Zukunftsperspektiven für Jugendliche im ländlichen Raum

Ivenack ist ein Ort mit etwa 400 Einwohnern im Landkreis Demmin, Mecklenburg-Vorpommern. Wie viele ländliche Regionen ist auch der Landkreis Demmin durch hohe Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven für Jugendliche gekennzeichnet. Dem entsprechend verlassen viele junge Menschen die Region. Seit einem Jahr läuft in Ivenack ein zweijähriges Modellprojekt des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) in der Trägerschaft des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), das die Verbesserung der Zukunftsperspektiven junger Menschen in ländlichen Regionen zum Ziel hat (s. a. Ländlicher Raum 03/2002). Das Projekt wurde auf der Land-Schau-Bühne im Rahmen der Internationalen Grünen Woche Berlin vorgestellt.

Die Lebensqualität im ländlichen Raum sei sehr schön, betonte Anja MÜCKE-HANSEN, Vorsitzende des BDL. Es fehle jedoch an Infrastruktur, es gebe nur wenig kulturelle Angebote und es werde zunehmend schwierig, im ländlichen Raum Arbeit zu finden. Nach Ansicht von Mücke-Hansen sei es wichtig, die Jugendlichen im ländlichen Raum zu halten. Viele junge Menschen wanderten in die Städte ab, weil sie auf dem Land keine Zukunft sähen. Viele würden bleiben, wenn sie eine Perspektive hätten, so Dr. Silke BOGER vom BMVEL. Sie strich heraus, dass es auch in strukturschwachen Regionen Chancen für Jugendliche gebe.

Einbindung der Jugendlichen zur Förderung von Eigenengagement

Mit dem Regionalen Jugendbüro Ivenack sollte ein Raum geschaffen werden, in dem sich Jugendliche entwickeln und ihre Ideen verwirklichen können, und in dem ihnen bei der Berufswahl und Zukunftsplanung zur Seite gestanden werde, ohne dass sie in eine bestimmte Richtung gedrängt würden, erläuterte Boger.

Die Jugendlichen seien von Anfang an mit beteiligt worden, erklärte Benno HILLE, Projektleiter des Regionalen Jugendbüros Ivenack, auch als es um die Re-

novierung der Räumlichkeiten ging, die sich auf einem ehemaligen LPG-Gelände befinden. Der Ansatz, der dem Projekt zugrunde liege sei, die Jugendlichen in die Aufgaben des Zentrums aktiv mit einzubinden und dadurch ihr Eigenengagement zu fördern. Das Projekt verfolge dabei vier Ziele, so Hille. Diese umfassten

1. die Einbindung junger Menschen in die Gestaltung ländlicher Räume
2. die Verbesserung der Berufsperspektiven in der Region
3. die Verbesserung der Freizeitangebote und

4. den Aufbau der Jugendverbandsarbeit.

Unterstützung bei der Suche nach Berufschancen

Angesichts einer Arbeitslosenquote von etwa 25 % sei es besonders wichtig, die Jugendlichen an bestimmte Berufszweige

der Arbeitsämter würde von den Jugendlichen oftmals als eher negativ wahrgenommen; sie sei zu praxisfern und zu anonym. Um den Jugendlichen einen konkreten

Einblick zu gewähren, würden Betriebe angeschaut und das Jugendbüro helfe auch bei der Vermittlung von Praktika. Es stünden außerdem Computer bereit, an denen die Jugendlichen geschult würden, wie sie nach offenen Stellen im Internet suchen können.

rin in Ivenack. Gemeinsam mit der Volkshochschule würden Kurse durchgeführt. Eine neu gegründete Arbeitsgruppe sei für die Organisation von Veranstaltungen zuständig. Andreas, ein Jugendlicher aus dem Projekt, begrüßte, dass er seine Freizeit jetzt sinnvoller gestalten könne. Es gebe einmal in der Woche einen Tanzkurs und einen Kochkurs. Außerdem sei es positiv, sich abends mit den anderen Jugendlichen treffen zu können.

Verantwortung der Politik auf Kommunal- und Landesebene

Mit diesem Modellprojekt solle methodisch erprobt werden, ob ein solcher Ansatz erfolgreich sei, ob er einen Effekt erziele und sich dieser z. B. in weniger Ausbildungsabbrüchen niederschläge. Boger sprach sich dafür aus, auch im Bereich der Jugendarbeit die Region stärker als ganzes zu sehen und zu versuchen, eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Es müsse Regionalmanagement im Bereich der Jugendarbeit gemacht werden. Die Jugendlichen seien das zukünftige Potenzial einer Region und müssten daher von allen unterstützt werden.

Ähnlich äußerte sich Mücke-Hansen, die forderte, die Politiker für die Jugendarbeit im ländlichen Raum zu sensibilisieren. Für die ländlichen Räume seien nicht nur die Agrarministerien zuständig, sondern auch die Jugend- und Wirtschaftsministerien. Wenn die Landkreise in Zukunft lebensfähig sein und mit jungen Menschen bevölkert bleiben wollten, sei die Politik auf Landes- und Kommunalebene langfristig gefordert, etwas zu tun, appellierte Boger.

- OS -



Heike Götz, Anja Mücke-Hansen und Dr. Silke Boger diskutieren über Ivenack

heran zu führen, die in Mecklenburg-Vorpommern Zukunftschancen hätten. Die Landwirtschaft sei im ländlichen Raum z. B. ein großer Arbeitgeber. Das Problem sei nur, dass viele Jugendliche nicht in der Landwirtschaft arbeiten wollten. Entweder es sei ihnen nicht bekannt, dass sie dort gute Chancen hätten oder die Landwirtschaft als Berufsfeld habe ein zu schlechtes Image, so Mücke-Hansen.

Das Jugendbüro führe Seminare durch, in denen einzelne Berufe vorgestellt würden, berichtete der Projektleiter. Die Berufsbera-

Förderung von Freizeitaktivitäten

Bei der Verbesserung der Freizeitangebote käme es vor allem darauf an, dass die Jugendlichen selbst initiativ würden, erklärte Melanie POSTLEB, Projektleite-

STIFTUNG TASSILO TRÖSCHER – FÜR DIE MENSCHEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Aufruf zum Stiftungswettbewerb

Staatsminister a.D. Dr. Dr. h.c. Tassilo Tröscher hat 1992 aus Anlass seines 90. Geburtstages die STIFTUNG TASSILO TRÖSCHER begründet. Aus den Erträgen der privaten, gemeinnützigen Stiftung werden seitdem in zweijährigem Turnus Preise für beispielhafte wissenschaftliche, publizistische, organisatorische, administrative oder sonstige Initiativen verliehen.

Stiftungszweck

Zweck der Stiftung ist die Anerkennung herausragender Leistungen in einem umfassend definierten agrarsozialen Bereich, der sich aus den Aufgaben und Zielen der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. (ASG) in Göttingen ergibt. Hierunter fallen Maßnahmen zur

- Verbesserung der Agrarstruktur,
- Dorfentwicklung,
- umweltverträglichen Landbewirtschaftung und artgerechten Tierhaltung,
- agrarsozialen Sicherung,
- Einkommensoptimierung sowie Erwerbs- und Einkommenskombinationen in Landwirtschaft und ländlichen Räumen,
- Landarbeitsverfassung u.a.m.

Bei den preiswürdigen Initiativen kann es sich handeln um

- eine bemerkenswerte wissenschaftliche Arbeit,
- eine publizistisch hervorragende Darstellung,
- eine innovative Konzeption,
- eine administrativ außergewöhnliche Entscheidung/Maßnahme oder
- ein innovatives praktisches Beispiel.

Im Jahr 2003 wird der **S t i f t u n g s p r e i s 3 0 0 0 , - - E u r o** betragen.

Meldungen

Die Meldungen für den Stiftungswettbewerb sollen bis zum 31.3.2003 erfolgen an:

Agrarsoziale Gesellschaft e. V., Kurze Geismarstr. 33, 37073 Göttingen,
e-mail: asggoe@gwdg.de, Internet: asg-goe.de

Exkursionsberichte einer Tagung in Zamosc

Ende November 2002 führten die Gemeinde Zamosc und die ASG eine dreitägige Tagung in Polen durch – wir berichteten in „Ländlicher Raum“ 06/2002. Im Folgenden drucken wir die Exkursionsberichte von zwei Teilnehmern/-innen der deutschen Delegation ab.

Zwischen Kleinstbetrieb und Großunternehmen – Landwirte in der Region Zamosc suchen ihre Chance

Rainer Münch*

Durchschnittliche Betriebsgröße 4,6 ha, Arbeitskräftebesatz 30 AK/100 ha, die überwiegende Zahl des Milchviehs in Kleinstbeständen mit zwei oder drei Kühen. Die Kennziffern der Landwirtschaft in der Region Zamosc wirken auf den ersten Blick wenig ermutigend. Dass es dennoch Ansätze für eine erfolgreiche Entwicklung in der Landwirtschaft gibt und eine Reihe von Beispielen dafür, wie Familien fest entschlossen sind, ihre Betriebe „zukunftsfest“ zu machen – davon konnten sich die Teilnehmer/-innen der Exkursion A überzeugen, die sich mit den Umbrüchen in Landwirtschaft, Gartenbau, Verarbeitung und Handel befasste.

Gemüseanbau unter Glas und Folie

Vor gut 20 Jahren – „in dem Jahr, als der Papst gewählt wurde“ – hat Henryk SIKORA begonnen, auf eigene Kappe Gemüse zu produzieren. Mit wachsendem Erfolg: Auf immerhin 2 800 m² erfolgte zuletzt der Anbau unter Glas. Inzwischen hat Sikora die 60 überschritten und investiert, um, wie er sagt, die Chancen zu nutzen, die sich auf

einem wachsenden Markt ergeben. Die neuen Gewächshäuser mit einer Fläche von rund 2 700 m² sollen vornehmlich der Tomatenproduktion dienen. Der Großmarkt in Lublin verspricht zunehmenden Absatz. Sikora baut auf den guten Ruf, über den Tomaten aus Zamosc seit Jahrzehnten nicht nur im Südosten Polens, sondern im ganzen Land v e r f ü g e n . Daneben sollen Gurken für die notwendigen Einnahmen sorgen. Umgerechnet rund 300 000 Euro hat der Gärtner investiert, weitge-



Gemüsebaubetrieb Sikora investiert, um die Chancen auf einem wachsenden Markt zu nutzen



Fotos: M. Busch

* Rainer Münch, Agrarjournalist, Berlin

hend über verbilligte Kredite. Dies bedeute natürlich ein Risiko, „aber nichts zu tun und schon Rentner zu sein, ist auch keine Lösung“.

Familie HOLKOW ist überzeugt, ihren Gemüsebetrieb so entwickeln zu können, dass sie in dem zunehmenden Wettbewerb, der sich aus dem EU-Beitritt ergibt, bestehen kann. Einen wichtigen Schritt stellt nach ihrer Einschätzung die Investition in eine Strohheizung dar. Sie ermögliche nicht nur, rund 600 m² Tomaten und Paprika unter Folien zu beheizen, sondern auch das nahegelegene neue Haus. Die junge Familie, in der offensichtlich der Mann für die technischen Neuerungen und die Frau, die über eine kaufmännische Ausbildung verfügt, für „das Geschäftliche“ zuständig ist, ist überzeugt, mit dem Einbau der Strohheizung mit den mittlerweile zwei Kesseln eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Betriebes geschaffen zu haben, weil damit der Kostenfaktor „Energie“ auf längere Sicht einen Wettbewerbsvorteil darstelle. Nach Auffassung der Familie Holkow sind Innovationen am besten geeignet, die wirtschaftliche Existenz ihres Betriebes auch auf längere Sicht zu sichern. Beide machten den Eindruck, sich dabei mit Bedacht auf die für sie geeigneten Lösungen zu konzentrieren.

Milchviehbetrieb mit 14 Kühen optimistisch

Der Besuch auf dem Milchviehbetrieb der Familie SZPUGA weckt Erinnerungen an die eigene Vergangenheit und die Situation, wie sie sich in den 70er Jahren auf vielen Betrieben in den deutschen Mittelgebirgen darstellte. Man sah es Ehepaar Szpuga an, dass sie ihren 25 ha-Betrieb mit 14 Milchkühen und der notwendigen Nachzucht „eigenhändig“ bewirtschaften. Die Kühe in Anbindehaltung auf Stroh, Misten per Hand, schmaler Futtergang, der ebenfalls nur mit Schubkarre zu befahren ist, Eimermelkanla-

ge – vieles, was einem Bauernsohn aus Nordhessen ziemlich vertraut vorkommt. Das gilt auch für den Stolz, mit dem Szpuga seine Tiere zeigt und mit dem er auf die Leistung von durchschnittlich 5 000 kg pro Kuh und Jahr in der höchsten Qualitätsstufe verweist. Mit einem Auszahlungspreis von umgerechnet rund 20 Cent/kg ist er zufrieden. Für seinen Betrieb sieht er im Zusammenhang mit dem bevorstehenden EU-Beitritt nicht schwarz, „wenn man uns ausreichend produzieren lässt“. Mit Sorge erfüllt ihn viel mehr die Zukunft der vielen Kleinstbetriebe, die die geforderte Milchqualität nicht liefern könnten. Was aus diesen Menschen werden sollte, darum müsse sich die Politik kümmern. Er selbst will seinen Betrieb nicht auf Kosten der anderen aufstocken, weil er fürchtet, damit für deren Ausscheiden verantwortlich zu sein. Ohnehin sieht er sich und seine Familie – ob mit oder ohne EU – auf der sicheren Seite. Seine beiden Söhne sollen dennoch in jedem Fall zunächst einen Beruf außerhalb der Landwirtschaft erlernen – „man weiß ja nie, was die Zukunft noch bringt...“.

800 ha Landwirtschaft und Landhandel

Einen anderen Weg sind Maria



Die Kühe auf dem Milchviehbetrieb Szpuga geben 5 000 l/Jahr in der höchsten Qualitätsstufe



und Wieslaw SAPILO gegangen. Über 800 ha nennen die beiden inzwischen ihr eigen, nachdem sie Ende der 80er Jahre zunächst mit 4 ha begonnen hatten. Der Aufbau eines Landhandelsunternehmens ermöglichte es Ihnen, nach und nach landwirtschaftlichen Boden hinzuzukaufen – zunächst von Privat, später überwiegend aus Staatsbesitz – und einen Marktfruchtbetrieb aufzubauen, der sich allem Anschein nach hinter gut geführten Betrieben in Ostdeutschland nicht zu verstecken braucht. Winterweizen, Zuckerrüben und Winterraps bauen die Sapilos mit insgesamt 12 Arbeitskräften auf dem guten Ackerbaustandort außerhalb der Region Zamosc an. Der durchschnittliche Weizenertrag liegt bei 82 dt/ha.



Fleischerei Agrozam

Gegenwärtig gibt es Überlegungen, das Getreide zu veredeln und in den Aufbau einer Tierproduktion zu investieren. Die Milcherzeugung steht dabei ebenso zur Debatte wie der Bau einer Schweinemastanlage. Nach den Worten von Frau Sapilo, die ein landwirtschaftliches Studium zumindest teilweise absolviert hat, „müssen

wir noch ein bisschen rechnen“. Zunächst müsse aber die weitere Entwicklung des Betriebes abgewartet werden und ob es gelingen werde, die Fremdkapitalbelastung von derzeit rund 1 Mio. Euro wie geplant zurückzufahren. Beide verstehen sich als Agrarunternehmer, die in unterschiedlichen Sparten tätig sind. Dass sie ihr Vorbild

weniger im westeuropäischen Bauern sehen als in Berufskollegen jenseits des Atlantiks, wird nicht nur an Kleinigkeiten wie in der Unternehmensbezeichnung „Farmer“ auf der Visitenkarte und der typischen Baseballmütze deutlich, sondern auch im neuen, großzügigen Wohnhaus inmitten einer parkähnlichen Grünanlage.

Mit eigener Kraft ins erweiterte Europa

Laelia Kaderas*

Abgelegene Dörfer, Streusiedlungen, vereinzelte Häuser an den Durchgangsstraßen: Die Flächengemeinde Zamosc hat in ihrer zerfaserten Struktur ohne Zentrum mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Erschließung der weit auseinander liegenden Siedlungen übersteigt schlicht die finanziellen Möglichkeiten; Straßenbau und Kanalisation sind die Sorgenkinder der Gemeinde. Doch ohne Anbindung keine gewerbliche Ansiedlung und ohne Unternehmen keine Beschäftigung.

Hoffnung liegt auf ausländischen Investoren

Gemeindebürgermeister Ryszard GLIWINSKI, der die Exkursion B begleitete, setzt deshalb



Fotos: M. Busch

Traditionelle Holzhäuser einer Streusiedlung

auf ausländische Investoren. Rund 40 ha Land für Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe in Sitaniec Wolica bietet er an. Die Straße ist nicht geteert, Abwasser-

system und Telefonleitungen fehlen. „Aber die Gemeinde wird bei Interesse investieren“, versichert der Bürgermeister. Für Gewerbe- und Industrieansiedlung würden

* Laelia Kaderas, Journalistin, Brake

sich seiner Meinung nach noch weitere 4,5 ha Brachland in Sitaniec eignen. Das Gebiet liegt in einem Dreieck zwischen zwei wichtigen Regional- und Fernstraßen und der Bahnlinie, die allerdings westlichen Maßstäben nicht genügen.

StS. a.D. Dr. Hans-Hermann BENTRUP, Vorstandsvorsitzender der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., hält mehr von Selbsthilfe: „Polen hat einen reichen Onkel, nämlich die EU. Werden Sie Lieferant von Nahrungsmitteln, die hier erzeugt und verarbeitet werden“, rät er. Das Land mit seinen besonders hochwertigen Böden sei geeignet, gute landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen und in der Verarbeitung Arbeitsplätze zu schaffen.

Notwendig seien dazu Vermarktungsstrategien und „viele Freunde, die bei der Durchsetzung Unterstützung leisten“, forderte er zu Lobbyarbeit und Kooperation auf: „Die Wertschöpfung muss in der Region bleiben.“ Allerdings, so machte er gleichzeitig deutlich, werde mit dem Beitritt Polens zur EU die Beschäftigung in der Landwirtschaft abnehmen. Um so wichtiger sei ein Standbein in Handel, Gewerbe oder Dienstleistung.

Polnische Betriebe wollen investieren

Rund 800 Unternehmen, meist Ein-Mann-Betriebe und kleine Firmen mit bis zu 20 Mitarbeitern, finden in der Gemeinde Zamosc ihr Einkommen. Eines davon ist das Polstermöbelunternehmen Interkres, das im kleinen Stil mit angelernten Arbeitern Polstermöbel produziert und mit Bauelementen handelt. Absatz finden die Produkte in einem Umkreis von rund 250 km innerhalb Polens und in der Ukraine. Frühere Vertriebspartner in Deutschland haben das Vertragsverhältnis aufgekündigt, der Markt ist dem Unternehmen zzt. verschlossen. Inhaber Zbigniew MAZUREK und Sylwester SMYK wollen ihre Firma dennoch Stück

für Stück ausbauen. Ihr Ziel: Eine zusätzliche Produktionshalle bauen und die Zahl der Arbeitsplätze auf etwa 40 verdoppeln. Das allerdings geht nicht von heute auf morgen, denn Wachstum ist nur mit eigenen Mitteln möglich. „Staatliche Investitionshilfe kriegen wir nicht“, sagt Mazurek. Auch von der EU erwartet er keine Förderung – die Osterweiterung, fürchtet er, verschärfe nur den Konkurrenzdruck.

Nicht weit entfernt, in Zdanow, liegt ein fleischverarbeitender Betrieb, der nach der politischen Wende aus einem staatlichen Betrieb hervor ging und vor allem Wurstwaren nach traditionellen polnischen Rezepten herstellt. „Es gab eine Nachfrage nach regionalen Fleischprodukten“, erklärt einer der vier Geschäftsführer, Stanislaw PIASECKI. In der Überzeugung, mit Schlachtung und Verarbeitung eine Nische gefunden zu haben, bauten er und seine geschäftsführenden Kollegen 1995/96 aus. Aber: „Zu früh“, musste er feststellen. Schon bald darauf änderten sich die Vorschriften. Schlachttiere dürfen nicht mehr in der eigenen Schlachtereie getötet werden, Verpackungsanlagen müssen her, und ein Transporter wird notwendig, um die Kunden beliefern zu können. Bis zum 1. Januar 2004 sollten die EU-Normen eingeführt sein. Während einer dreijährigen Umstellungsfrist, die den Betrieben nach EU-Beitritt eingeräumt wird, dür-

fen die Produkte nur auf dem lokalen Markt angeboten werden. Um die Auflagen erfüllen zu können, mussten weitere Kredite aufgenommen werden, so Piasecki. Zzt. konzentriert sich die Fleischerei „Agrozam“ auf die Verarbeitung von Fleisch, es wird jedoch auch noch geschlachtet. Die 34 Arbeitsplätze konnten bislang gehalten werden.

Chance im Agro- und Naturtourismus

Ähnlich wie sich die Fleischerei auf polnische Rezepturen in der Lebensmittelherstellung besinnt, sehen Pioniere die Naturschönheiten um Zamosc als künftigen Wirtschaftsfaktor. „Das Potenzial der Region liegt in Ihrer Landschaft“, ist auch Bentrup überzeugt. Agro- und Naturtourismus wie Urlaub auf dem Bauernhof, Reiten, Radfahren oder Wandern sind im Südosten Polens bislang eine Randerscheinung. Und das, obwohl die



Zuschnitt in einem Polstermöbelbetrieb



Eines der wenigen Agrotourismus-Angebote

Gemeinde Zamosc mit den Schätzen des nahe gelegenen Roztocze-Nationalparks wuchern könnte.

Einer der wenigen, die auf Naturerlebnis als touristisches Angebot setzen, ist Tadeusz MOGIELNICKI. 2,5 ha Wiesen und Wald in Zarzecze, geerbtes Land, sind der Ausgangspunkt. Der Versuch, zusätzlich ein künstliches Gewässer anzulegen, ist wegen fehlender Mittel gescheitert. Trotzdem steckt Mogielnicki alles, was er hat, in seine Vision: Campingplätze, Reitpferde, Pferdeschlitten für winterliche Fahrten durch den Schnee, eine Küche mit regionalen Gerichten, Ferienwohnungen – das alles will er sich nach und nach erarbeiten, auch durch Gelegenheitsjobs in Deutschland. Seine Erfahrungen in dem Nachbarland haben ihn erst auf die Idee gebracht, die Landschaft als Einkommensquelle zu nutzen.

Von seinem Agrotouristik-Angebot erfahren die Menschen durch Mund-zu-Mund-Propaganda, neuerdings auch über den Internetauftritt der Gemeinde Zamosc (www.zamosc.pl). Von einer Ver-

marktungskoope-ration mit anderen Bereichen, die für Urlauber interessant sein könnten, ist Mogielnicki weit entfernt: „Es ist schwer, die anderen zu überzeugen. Mit Agrotourismus wollen sich die Bauern nicht beschäftigen“, sagt er.

In einem Museumsdorf in Guciów am Rande des Naturschutzgebietes Roztoczanski Park Narodowy, das sich samt Schutzzone über eine Fläche von 46 500 ha erstreckt, propagieren Anna und Stanislaw JACHYMKOWIE den „einfachen Lebensstil“. Die beiden studierten Geografen zeigen in bis zu 150 Jahre alten Gebäuden, in ursprünglichem Stil mit Stroh bedeckt, mit welchen Geräten und in welchen Gefäßen früher Produkte und Lebensmittel hergestellt und verarbeitet wurden. Auf dem 40 ha großen Gelände nutzen sie – unter Beteiligung der Einheimischen – die natürlichen Pfründe des Nationalparks und geben Touristen darüber hinaus Raum für Selbsterfahrung unter extremen Bedingungen. Ihre Ausstellung von versteinerten Holzstämmen, Ammoniten, sogar eines Meteoriten, verbinden sie mit

Poesie und einer eigenen Lebensphilosophie. „Wir werden hier als Spinner abgetan“, sagt Jachymkowie. Doch er und seine Frau verstehen es, naturverbundene Menschen aus ganz Europa anzusprechen (www.guciw.pl) und haben so auch als „Außenseiter“ ein sicheres Einkommen.

Deutsch-polnische Partnerschaften gewünscht

Auch anderswo weckt der bevorstehende EU-Beitritt Zuversicht. So hofft die Gemeinde Zamosc auf eine kommunale Partnerschaft – etwa mit der Stadt Eisfleth, deren Bürgermeister Diedrich MÖHRING der deutschen Expertengruppe angehörte.

Vor allem das Schulzentrum Zespol in Zdanowie – mit rund 450 Schülern, 30 vollzeitbeschäftigten Lehrern und acht Teilzeitkräften das größte in der Gemeinde Zamosc – bemüht sich um Kontakt zu einer deutschen Schule. Nach der polnischen Schulreform im Jahr 1999 umfasst die Grundschulzeit sechs Jahre, darauf bauen drei Jahre Gymnasium auf – eine Schulform, die von allen Schülern besucht wird und in dieser Form nicht dem deutschen Gymnasium entspricht. In Zdanowie sind Grundschule und Gym-

Die Zespol-Schule sucht noch eine deutsche Partnerschule, u. a. um im „Jahr der EU“ Exkursionen nach Deutschland durchführen zu können. Ansprechpartnerin ist die Deutschlehrerin Beata Czezcko, die per E-Mail artur68@op.pl oder per Telefon 00 48/84/6 38 41 12 erreichbar ist. Ein Kontakt ist auch möglich über die E-Mail-Adressen der Schule: GM-Zdanow@interszkola.pl und tbuckyns@szkoly.edu.pl. Eine eigene Homepage – www.gmzdanow.republika.pl – ist gerade in Arbeit.

nasium seit diesem Jahr zu einem Schulkomplex vereint. Von der 1. Klasse an wird hier Englisch unterrichtet; Deutsch lernen die Schüler ab der 4. Klasse Grundschule bis zur 3. Klasse Gymnasium zwei Unterrichtsstunden in der Woche.

Das Schuljahr 2002/2003 ist, so erklärt die Direktorin Anna KOWALCZYK, zum „Jahr der EU“ erklärt worden. Neben Lehrer-Schulungen hat sich die Zespol-Schule neun Wettbewerbe mit Schülern auf die Fahnen geschrieben. Dabei geht es um „Werbung für polnische Produkte und Dienstleistungen“, um Diskussionen über die Vor- und Nachteile des Beitritts zur EU, außerdem um Umwelt- und Naturschutz. Exkur-

sionen in europäische Länder werden das „Jahr der EU“ abrunden. „An den Diskussionen werden wir auch die Bevölkerung beteiligen“, versichert Kowalczyk und macht damit die Bedeutung der Schule für die Meinungsbildung in der Gemeinde Zamosc deutlich.

Neben der Zespol Szkol gibt es in der Gemeinde Zamosc weitere 14 Grundschulen und vier Gymnasien, die sich ebenfalls Kontakt zu deutschen Schulen wünschen.

Interesse weckten in der Gemeinde Zamosc auch die Aktivitäten des Deutschen Landfrauenverbandes. Wie in Deutschland sind es auch in Polen häufig die Frauen, denen es mit neuartigen Ansätzen gelingt, zusätzliche Ein-

kommensquellen in der Landwirtschaft zu erschließen. Und auch ihnen geht es darum, im Verband ihre Position zu stärken, mit einer Stimme zu sprechen und auf verschiedenen Ebenen Einfluss zu nehmen. Zwar gibt es in der Gemeinde Zamosc 14 Landfrauen-Verbände, doch fehlen in ihrer Arbeit noch die regionalpolitischen Schwerpunkte. Wie diese in Zukunft aufgebaut werden könnten, das versuchten einige junge Frauen im persönlichen Gespräch von Helga HOOGENDOORN, stellvertretende Vorsitzende der Kreisarbeitsgemeinschaft Wesermarsch, zu erfahren. Um weitere Anregungen zu bekommen, wollen die polnischen und die deutschen Landfrauen in Kontakt bleiben.



Schulzentrum in Zespol, Direktorin Anna Kowalczyk

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unter neuen Rahmenbedingungen – EU-Osterweiterung, Arbeitsmarkt, Strukturpolitik

PROGRAMM

Mittwoch, 21. Mai 2003

16.00 Uhr

Stadtführung durch Regensburg

19.30 Uhr

Empfang der Landesregierung des Freistaates Bayern

Donnerstag, 22. Mai 2003

8.00 bis 16.45 Uhr

FACHEXKURSIONEN

- A) Innovative Landwirtschaft
- B) Alternative Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe
- C) Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum
- D) Ländliche Entwicklung im Spannungsfeld von Wirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Naturschutz

18.30 bis 21.30 Uhr

ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG

Grußwort

Hans SCHAIDINGER, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg

Begrüßungsvortrag

Bayerns Politik für den ländlichen Raum und die Zukunft der Landwirtschaft

Josef MILLER, Bayerischer Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten

Festvortrag

Ausführungen zum Thema „Generationengerechtigkeit“

Prof. Dr. Friedhelm HENGSBACH SJ, Oswald von Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik der Philosophischen-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt/Main

Anschließend gemeinsames Abendessen



2003

ASG -Frühjahrstagung

Freitag, 23. Mai 2003

8.30 bis 16.00 Uhr

VORTRAGSTAGUNG

Reform der EU-Strukturpolitik im Zeichen der Osterweiterung

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im deutsch-tschechischen Grenzraum – Herausforderung und Perspektiven

Ländliche Entwicklung in der Oberpfalz

Ländliche Entwicklung in der Region Südböhmen

Zwischen Konkurrenzangst und Zukunftschance – die Landwirtschaft vor der Osterweiterung

- Aus Sicht der tschechischen Landwirte
- Aus Sicht der deutschen Landwirte

16.30 bis 19.00 Uhr

Exkursion zur Walhalla

Samstag, 24. Mai 2003

8.00 bis 16.30 Uhr

Abschlussexkursion

Kulturelles Erbe und Landwirtschaft im deutsch-tschechischen Grenzraum (für die Einreise nach Tschechien ist ein mindestens 90 Tage gültiger Personalausweis oder Reisepass erforderlich.)

Das vollständige Tagungsprogramm wird ab Ende März vorliegen und kann auch im Internet unter www.asg-goe.de abgerufen werden.



REGENSBURG

Geschichte, Erlebnis, Umgebung

Regensburg, mit über 142 000 Einwohnern heute die fünftgrößte Stadt Bayerns, wurde nach dem 2. Weltkrieg als mittelalterliches Kleinod neu entdeckt. Von den Zerstörungen des 2. Weltkrieges verschont geblieben, gilt die mustergültig sanierte Stadt europaweit als einmaliges kulturgeschichtliches Denkmal. Am Bild der Altstadt lassen sich noch heute rund 2 000 Jahre geschichtliche Entwicklung ablesen.

Keltische und römische Ursprünge

Die Porta Praetoria ist das Nordtor der mächtigen Mauern, die einst die römische Festung Castra Regina umgaben. Sie zeugen von der frühen Bedeutung dieses Siedlungsplatzes. Der Bau der Festung im Jahre 179 n. Chr. wird

durch eine steinerne Inschrift bezeugt, die im städtischen Museum zu besichtigen ist. Regensburgs Ursprünge reichen jedoch noch viel weiter zurück, wie der keltische Name Rathaspona beweist. Die ältesten, durch Gräberfunde belegten Siedlungen des Regensburger Raumes gehören der Steinzeit an.

Das Mittelalter hat als Epoche wirtschaftlicher Blüte, die auf weltweiten Handelsbeziehungen beruhte, das Gesicht der Stadt geprägt. Damals entstand die Steinerne Brücke (1135-1146), deren 850-jähriges Jubiläum 1985 gefeiert wurde. Sie ist ein bedeutendes Werk mittelalterlicher Ingenieurkunst. Nahezu 800 Jahre lang, bis 1935, war das Vorbild der berühmten Prager Karlsbrücke der einzige feste Übergang über die

Donau in Regensburg und Umgebung. Der Dom St. Peter (erbaut ab 1250) ist das bedeutendste gotische Bauwerk Süddeutschlands. Brücke und Dom wurden die architektonischen Wahrzeichen Regensburgs. Weitere 45 Kirchen birgt Regensburg in seinem Stadtkern.

Immerwährender Reichstag

Das bedeutendste Gebäude unter den Profanbauten ist das Alte Rathaus mit dem berühmten Reichssaal. Ursprünglich für die Bürger der Stadt als Versammlungs- und Festsaal errichtet, erhielt er seinen Namen durch die Versammlungen der deutschen Fürsten zum Reichstag. Regensburg schrieb rund 1 000 Jahre Reichsgeschichte, von Karl dem Großen bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, als der Habsburger Franz II. 1806 die römische Kaiserkrone niederlegte und die Auflösung des Reiches erklärte. Damit endete auch der Immerwährende Reichstag zu Regensburg, der von 1663 an unter Vorsitz des von Wien angereisten Kaisers oder seines Stellvertreters als Beratungsgremium der Kurfürsten, Reichsfürsten und Reichsstädte ohne Unterbrechung tagte.

Gastlichkeit und italienisches Flair an der Donau

Aus der Blütezeit des Mittelalters stammen auch die für Re-



Fotos: M. Busch

Die Naab bei Kallmünz

Stadt und Strom*

Die Donau ist blau, blaugrün, blaugrün wie der Streifen Westhimmel am Abend nach Sonnenuntergang, manchmal grün wie helles Moos, im Spätherbst gelb, und gelb im Vorfrühling, wenn die Schneewasser kommen. Aber im Juni, Juli flattert sie wie ein glänzendes Band über die Ebene. Im Norden der Stadt, wo Wälder schwarz hereinsteigen, steht der lichtflimmernde Riese, der das Band schwingt, das sich um den Häuserblock legt, in einem frechen und schnellen Bogen, um dann fern blitzend in den östlichen Wiesen zu verdämmern. Die alte Steinernen Brücke führt über die Donau, nicht so geschwind wie die neuen Eisenstege, sie geht schwer und bedächtig hinüber, auf den steinernen Pfeilerschuhen, aber hinüber geht sie und kommt an, kommt gerade so gut an wie die hurtigen Springer von heute. Vom Ufer tut sie den ersten Schritt, dann brummen die Wellen um ihre Steinfliesenfüße, und dann ist sie drüben, in Stadtamhof, einer kleinen Siedlung, die wie eine Warze an dem großem Gesicht der größeren Stadt sitzt.

Georg Britting 1927

Regensburg charakteristischen Patrizierburgen und -türme, eine Bauform, die nördlich der Alpen in keiner anderen Stadt zu finden ist. Von den ursprünglich 60 nach dem Vorbild italienischer Adelsburgen errichteten Türmen stehen heute noch etwa 20.

Wenn Regensburg oft auch als in Stein geschriebene Geschichte bezeichnet wird, so ist die Stadt dennoch mehr als ein Museum. Auf den zahlreichen Plätzen und in den z. T. engen, verwinkelten Gassen sowie in heimeligen Lauben und Hinterhöfen herrscht italienisches Flair. Schon Mozart, der hier 1790 „prächtig zu Mittag speiste, eine göttliche Tafelmusik genoß und den guten Wein lobte“ rühmte die Gastronomie. Sie ist heute vielfältig, von deftig bayerischen Speisen bis zu Feinkost. Traditionsreiche, schattige Biergärten an der Donau sowie im Stadtzentrum laden zum Verweilen ein. Für Nachtschwärmer stehen in der Universitätsstadt Kneipen, Bierlokale, Bars, Diskotheken und Kinos bereit.

Zur bayerischen Gemütlichkeit im mittelalterlichen Ambiente Regensburgs gesellt sich eine lebendige Vielfalt von Kunst und Kultur für jung und alt. Aktuelle Kunstausstellungen in Museen und Ga-

lerien gehören dazu ebenso wie Freilichttheater und Musik, klassisch und modern.

„Regensburg ist alt und jung zugleich“ schrieb vor nahezu 1000 Jahren der Chronist Otloh. Dies trifft auch heute noch zu.

Stadt mit vier Umgebungen

Regensburg wirbt damit, vier Umgebungen zu haben:

- im Osten befindet sich der flache, fruchtbare Gäuboden mit Badeweihern und verträumten Landschlössern des Barock und Rokoko,
- im Norden die Vorberge des Bayerischen Waldes mit vielen Wanderwegen und der Säulenhalle der Wallhalla,
- im Westen der Jura mit romantischen Felsentälern, alten Mühlen, Burgen und Ruinen,
- im Süden das bäuerliche Hügel-land mit Spargelfeldern und Hop-



Busterminal Regensburg

fengärten der Hallertau, durchzogen von Radwegen.

Eingebettet in ein sanftes Hügel-land, an dessen Hängen seit der Römerzeit Wein angebaut wird, liegt die Stadt am nördlichsten Punkt der Donau. Hier münden Regen, Naab, Laaber und nicht weit entfernt die Altmühl. Der Donaudurchbruch bei Weltenburg wurde mit dem „Europadiplom“ als eine der schönsten Flusslandschaften Europas ausgezeichnet.

Die Teilnehmer/-innen der ASG-Frühjahrstagung werden Gelegenheit haben, von Regensburg und Umgebung einen unverwechselbaren Eindruck mitzunehmen. - fa -

* Texte vom Busterminal Regensburg; Gestaltung und Auswahl: Pfab, Rothmeier Architekten Regensburg; Der obige Text ist entnommen dem Buch: Regensburg. Das Bild der Stadt im Wandel der Jahrhunderte, Eberhard Dünninger, Kunstverlag Oberpf., Ambg., Dezember 1995

Landwirtschaft

Agrarbericht 2003:

Regionale Unterschiede in der Einkommensentwicklung

Am 5. Februar 2003 stellte Ministerin Renate KÜNST, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), den Agrarbericht 2003 vor.

Veredlungsbetriebe erleiden Einbußen

Darin werden für das Wirtschaftsjahr 2001/2002 um 6,6 % auf 33 593 Euro je Unternehmen gesunkene Gewinne der Haupterwerbsbetriebe genannt. Die Veredlungsbetriebe, die z. T. mit rund einem Drittel weniger als im vorherigen Wirtschaftsjahr auskommen mussten, waren am stärksten betroffen. Dafür wird in erster Linie der Preiseinbruch für Schlachtschweine um mehr als 20 % verantwortlich gemacht. Gleichwohl rangierten Unternehmen von Schweine- und Geflügelhaltern mit einem Gewinn von rund 48 500 Euro je Unternehmen an der Spitze aller Betriebsformen. Das Einkommen je Arbeitskraft (AK) sank in den Veredlungsbetrieben um etwa 30 % auf knapp 32 000 Euro.

Bei den im Haupterwerb (HE) wirtschaftenden Milchviehbetrieben gingen die Gewinne trotz gestiegener Milchpreise um 4,6 % zurück. Laut Agrarbericht liegt dies in den höheren Aufwendungen für Futtermittel, Lohnarbeit sowie für die Unterhaltung von Wirtschaftsgebäuden und Maschinen begründet. Einen Gewinnanstieg von durchschnittlich 9,6 % auf 45 336 Euro konnten Ackerbaubetriebe verbuchen. Der Agrarbericht führt das auf die Rekord-

getreideernte im Jahr 2001, gestiegene Erlöse bei Raps und Kartoffeln sowie auf höhere Flächenzahlungen zurück. Die Einkommen in Ackerbaubetrieben (HE) verbesserten sich auf 28 465 Euro je AK.

Positive Entwicklung im Wein- und Gartenbau

Weinbaubetriebe konnten im relevanten Zeitraum ihre Gewinne um 10,1 % auf 30 690 Euro steigern, das bedeutete einen Anstieg der Einkommen je AK um 5 % auf etwa 16 900 Euro. Auch Obstbaubetriebe verzeichneten einen Gewinnanstieg von 21,5 % auf 36 555 Euro je Unternehmen. Die Einkommen nahmen hier um rund 16 % auf annähernd 18 500 Euro zu. Während im Bereich Gartenbau der durchschnittliche Gewinn je Unternehmen infolge einer größeren Flächenausstattung um 41 000 Euro anstieg, ging durch die Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte das Einkommen um 3 % auf 21 392 Euro zurück. Die geringe Nachfrage nach Holz hatte ein Absinken der Reinerträge in der Forstwirtschaft zur Folge.

Regional unterschiedliche Entwicklungen

Einer der auffälligsten Unterschiede im regionalen Vergleich ist die unterschiedliche Einkommensentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Haupterwerbsbetriebe im früheren Bundesgebiet mussten Einkommenseinbußen von rund 7,4 % hinnehmen, während das Einkommen der Haupterwerbsbetriebe in den neuen Ländern um 7,6 % anstieg. Der Ag-

rarbericht sieht den Grund dafür in den höheren Einnahmen im Ackerbau, der in Ostdeutschland größeren Bedeutung des Ackerbaus sowie der geringen Bedeutung der Schweinehaltung. Als weitere Ursachen werden höhere Milcherlöse, höhere Einnahmen aus Direktzahlungen sowie die Verringerung der Personalausgaben durch einen weiteren Abbau von Arbeitskräften gesehen.

Spitzenreiter mit einem Gewinn von rund 69 000 Euro je Unternehmen waren im Wirtschaftsjahr 2001/2002 die Haupterwerbsbetriebe in Sachsen-Anhalt, gefolgt von denen in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 54 000 Euro. Die Haupterwerbsbetriebe dieser beiden Länder lagen auch bei den Einkommen je Arbeitskraft bundesweit vorne. Die größten Einkommensrückgänge bei landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben gab es in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Wachsende Bedeutung des ökologischen Landbaus

Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich die Zahl der ökologisch bewirtschafteten Betriebe im Jahr 2001 um 15 % auf 14 702 erhöht. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche stieg um rund 16 % auf 644 000 ha. Im Wirtschaftsjahr 2001/2002 erzielten Ökobetriebe mit 28 227 Euro je Arbeitskraft ein höheres Einkommen als vergleichbare konventionelle Betriebe, deren Einkommen sich auf 27 470 Euro bezifferte. In Futterbau- und Gemischtbetrieben wa-

ren die Einkommen der Ökobetriebe jedoch deutlich geringer.

Rückgang der Betriebe – Anstieg der Investitionen

Die Zahl der haupt- oder nebenberuflich in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte ist im Berichtszeitraum um 3,9 % zurück gegangen. Von rund 395 000 landwirtschaftlichen Betrieben wurden 4 % geschlossen. Die Nettoinvestitionen stiegen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr um 1,4 % auf 3 165 Euro je Unternehmen. Investiert wurde hauptsächlich in Maschinen und technische Anlagen, weniger dagegen in die Gebäudesanierung.

Die Eigenkapitalbildung als wichtiger Maßstab zur Beurteilung der

Existenzfähigkeit landwirtschaftlicher Unternehmen hat sich im Bereich der Haupterwerbsbetriebe um 2 857 Euro je Unternehmen erhöht – ein Wert, der erheblich niedriger ausfällt als in den beiden Vorjahren. Dabei wiesen kleinere Betriebe im Gegensatz zu mittleren und größeren eine negative Eigenkapitalbildung auf. Überdurchschnittliche Zunahmen konnten in Ackerbau-, Veredlungs- und Gemischtbetrieben, geringe in Futterbaubetrieben verzeichnet werden, während bei Gartenbaubetrieben ein Rückgang festzustellen war.

Prognose für das laufende Wirtschaftsjahr

Für das Wirtschaftsjahr 2002/2003 wird insgesamt eine weitere

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auf den Betrieben erwartet. Aufgrund des Rückgangs der Erzeugerpreise für Milch und Schweine sowie der schlechteren Getreideernte, der gesunkenen Getreidepreise und der gleichzeitig steigenden betrieblichen Aufwendungen müsse bei den Gewinnen der Haupterwerbsbetriebe mit einem Minus von 15 – 20 % gerechnet werden, urteilte Künast. Die Ministerin warnte angesichts zweistelliger Gewinnzuwächse in den beiden Vorjahren allerdings davor, die Lage zu dramatisieren. Sie werde an der Neuausrichtung der Agrarpolitik festhalten, Qualitätsaspekte in den Vordergrund stellen und die landwirtschaftliche Erzeugung konsequent an den Wünschen der Verbraucher ausrichten.

- OS -

Schleswig-holsteinisches Landwirtschaftsministerium wird aufgelöst

Heide SIMONIS, Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein, kündigte im Rahmen einer Kabinettsumbildung an, das Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus zum 1. März 2003 aufzulösen. Die bislang dort angesiedelten Zuständigkeiten werden auf vier Ministerien aufgeteilt.

Um der engen Verzahnung von Umwelt- und Landwirtschaftspolitik besser Rechnung zu tragen, wird das Umweltministerium unter Minister Klaus MÜLLER künftig auch für die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei und Tierseuchenfonds zuständig sein. Es wird in Ministerium für Umwelt, Natur-

schutz und Landwirtschaft umbenannt. Das künftige Ministerium für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz unter Ministerin Heide MOSER übernimmt den Verbraucherschutz mit den Zuständigkeiten für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, Veterinärwesen und Qualitätssicherung. Für die Bereiche Tourismus und Energiewirtschaft wird in Zukunft Minister Bernd ROHWER im neu geschaffenen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zuständig sein. Das Innenministerium unter Minister Klaus BUß befasst sich künftig auch mit EU-Strukturpolitik, dem ländlichen Raum, der Flurerneuerung, der Dorferneuerung und dem Küstenschutz.

Die bisherige Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus, Ingrid FRANZEN, wird dem neuen Kabinett nicht mehr angehören. Sie wird als gewählte Abgeordnete im Landtag tätig sein. Ihr Staatssekretär im Agrarressort, Dr. Aloys ALTMANN, wird mit der Auflösung des Ministeriums in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Neuer Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft wird Peter KNITSCH, bisheriger Abteilungsleiter im nordrhein-westfälischen Umwelt- und Landwirtschaftsressort.

- OS -

Förderpreis Ökologischer Landbau zum dritten Mal vergeben

Am 24. Januar 2003 überreichte Bundesverbraucherministerin Renate KÜNST, BMVEL, zum dritten Mal den Förderpreis Ökologischer Landbau. Die vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu vergebende Summe von 25 000 Euro ist der höchstdotierte Preis zur Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland. Bei der Preisverleihung, die wie in den beiden Vorjahren auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin stattfand, vergab die „Zukunftsstiftung Landwirtschaft“ ebenfalls zum dritten Mal einen Zusatzpreis in Höhe von insgesamt 7 500 Euro.

Der Förderpreis Ökologischer Landbau dient dazu, die Akzep-

tanz und Verbreitung der Produktionsweisen, Dienstleistungen sowie der Erzeugnisse von ökologisch wirtschaftenden Betrieben zu steigern. Ausgezeichnet werden Betriebe, deren gesamte Wirtschaftsweise nach ökologischen Kriterien erfolgt, für innovative und beispielgebende Leistungen.

Verleihung von drei ersten Preisen

Drei erste Preise und damit jeweils 8 333 Euro wurden an Betriebe verliehen, die wegweisende Verfahren für die ökologische Tierhaltung entwickelt haben. Die Demeter-Imkerei Günter FRIEDMANN in Steinheim-Küpfendorf, Baden-Württemberg, erhielt die Auszeichnung für ihre besonders

bienengerechte Pflege und Zucht, die ökologische Anforderungen weit übersteigen, sowie für ihr Engagement für die Förderung der biologischen Vielfalt. Für ihre innovative ökologische Forellenzucht wurde der Naturland-Betrieb Bergische Fischzuchtanstalt RAMEIL in Lindlar, Nordrhein-Westfalen, prämiert. Den dritten ersten Preis erhielt der Bioland-Betrieb von Iris und Max WEILAND in Witzenhausen, Hessen, für ihre Entwicklung eines besonders umwelt- und tiergerechten Freilandhaltungsverfahrens von Hühnern.

Bienengerechte und ökologische Imkerei

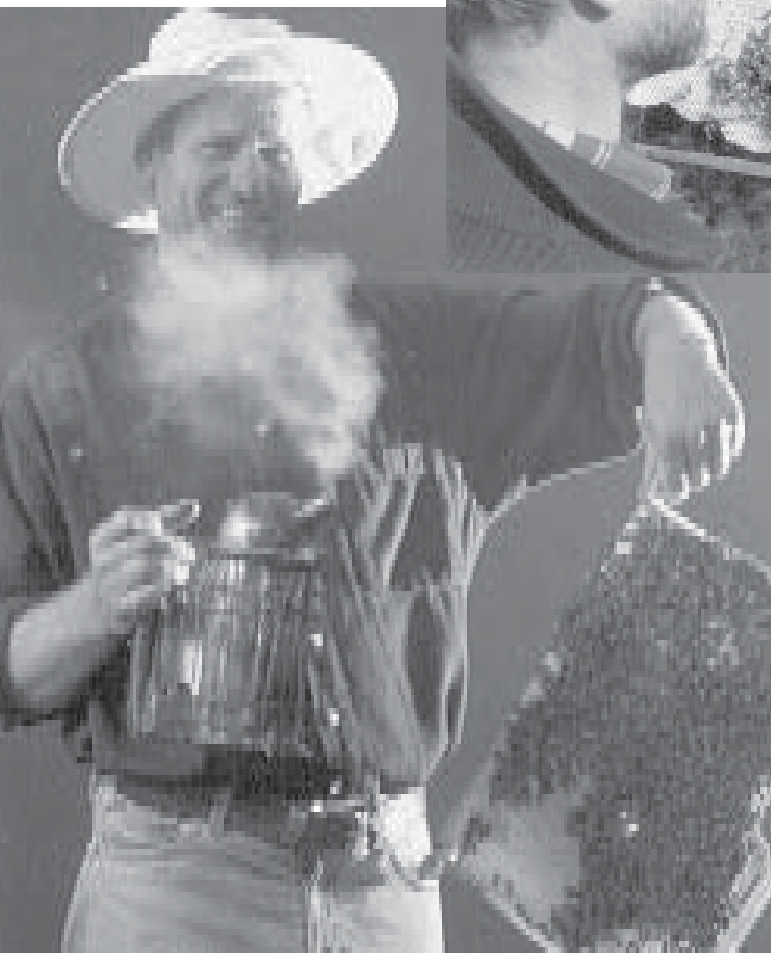
Mit 400 Bienenvölkern ist der in der Schwäbischen Alb gelegene Vollerwerbsbetrieb von Günter Friedmann die größte Demeter-Imkerei Deutschlands. Der Imkereimeister, der sich erheblich für die Ausarbeitung der Richtlinien zur ökologischen Bienenhaltung einsetzte, produziert seit 1995 nach den Kriterien des Anbauverbandes. Neben Honig werden Met, Wachs sowie Blütenpollen erzeugt und veredelt, wofür der Betriebsleiter einen Auszubildenden und eine Hilfskraft beschäftigt. Der Vertrieb der Produkte erfolgt über Direktvermarktung auf Märkten, Festen und im Versand sowie über Naturkost- und Hofläden.

Die Haltung von Bienen ist tiergerecht, wenn die Bedingungen artgemäßes Verhalten gewähren. Auf dem Betrieb von Friedmann pflanzen sich die Königinnen deshalb ohne Eingriffe des Imkers fort. Den Bienenvölkern wird die Gelegenheit gegeben, sich über den Schwarmprozess zu vermehren sowie sich jedes Jahr ein neues Wabensystem aufzubauen.

Um die Gewinnung rückstands-



Fotos: G. Friedmann



freier Produkte zu garantieren, erfolgt die Regulierung der parasitierenden Varroa-Milbe durch natürliche, im Honig enthaltene organische Säuren. Friedmann wirkte an der Entwicklung von Methoden, die in der ökologischen Imkerei gegen die Varroa-Milbe eingesetzt werden können, mit. Für die in Mitteleuropa unerlässliche Zufütterung im Winter kommt ökologisch produzierter Zucker und ein Anteil von 10 % Demeter-Honig, der mit Salz und Kamillentee versetzt wird, zum Einsatz.

Fotos: Betrieb Rameil



In Vorträgen, Veröffentlichungen und durch Beratung gibt der Betriebsleiter seine Erfahrungen über artgerechte Bienenhaltung weiter und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Wiederbelebung der Imkerei in Deutschland. Sein Engagement, die Lebensbedingungen von staatenbildenden Insekten zu verbessern, trägt dazu bei, den Verlust an Artenvielfalt in der Agrarlandschaft zu reduzieren. Zum Beispiel befestigt er Nisthilfen für Hornissen, der größten Faltenwespe Mitteleuropas, an seinen Bienenständen. Friedmann ist Hornissenbeauftragter der Naturschutzbehörde. Er wird gerufen, wenn sich Wespenschwärme auf Privatgrundstücken niedergelassen haben, um diese zu entfernen und an anderer Stelle anzusiedeln, und leistet Aufklärungsarbeit über die vermeintliche Gefährlichkeit dieser Insekten.

Innovative Aquakultur

Der seit 1928 existierende Betrieb Rameil liegt im Naturpark Bergisches Land und verfügt über eine Teichfläche von 4 ha. Neben Vater und Sohn bewirtschaften acht feste Mitarbeiter sowie einige Aushilfskräfte den Betrieb. Jährlich werden 35 bis 50 Tonnen Salmoniden, Saiblinge und Karpfen produziert.

Die Fischzuchtanstalt Rameil

war die erste, deren Forellen im Jahr 2000 vom Naturland-Verband zertifiziert wurden. Die ökologisch produzierten Regenbogen- und Bachforellen werden über die eigens kreierte Marke „Teichgut“ vermarktet.

Durch die Richtlinien des Anbauverbandes besteht die Verpflichtung, in der Anlage Bedingungen zu schaffen, die eine hohe Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen zu lassen. Auf dem Betrieb Rameil wachsen die Forellen in Naturteichen mit einer Besatzdichte von ca. 10 kg Speisefisch pro Kubikmeter Wasser. In der konventionellen Zucht kann die Besatzdichte das 10-fache betragen. Wichtige Bestandteile der Anlage sind sowohl die mit Hecken und Bäumen begrünten Dämme als auch die Teichböden aus Ton oder Gestein.

Das Forellenfutter wurde auf dem Betrieb entwickelt und besteht zu jeweils 50 % aus pflanzlichen Rohstoffen wie Weizen, Kartoffelweiß, Erbsenmehl aus ökologischem Anbau und Fischmehl, das ausschließlich der Speisefischverarbeitung entstammt.

Da das Wasser auch im Winter

nicht temperiert wird, ermöglicht es den Forellen ein natürliches, tiergerechtes Wachstum. Deshalb erreichen die Fische erst nach zwei Jahren das Stadium der Produktionsreife, während die Wachstumsphase auf intensiv wirtschaftenden konventionellen Betrieben bereits nach sechs Monaten abgeschlossen wird.

Mit seiner Wirtschaftsweise leistet der Betrieb Rameil Pionierarbeit zur Weiterentwicklung der EG-Öko-Verordnung und trägt wesentlich dazu bei, die Aquakultur in der Region zu erhalten.

Mobile Freilandhaltung von Hühnern

Das Ehepaar Weiland bewirtschaftet seinen Bioland-Betrieb in Witzhausen-Freudenthal seit 1989 nach ökologischen Richtlinien. Es beschäftigt drei saisonale Arbeitskräfte und einen Praktikanten. Auf dem Betrieb mit einer Fläche von 40 ha werden Freilandleghennen und 12 Pensionspferde gehalten. Die Nutzung der Betriebsfläche besteht aus Getreide- und Ackerfüttererzeugung, Dauergrünland, Holunder- und Kirschanbau, Ödland und Wald.



Fotos: M. Weiland

Im Zuge der Verschärfung der Vorschriften für die Geflügelhaltung befasste sich Weiland mit der Entwicklung von alternativen Systemen. Er konstruierte einen vollmobilen Hühnerstall, der mit 500 bis 1 000 Legehennen belegt werden kann und der alle Bedingungen der EG-Öko-Verordnung 2092/91 erfüllt. Der mobile Stall erlaubt ganzjährigen Weidegang, bei dem die Austragung von Stickstoff und Phosphat ins Grundwasser sowie der Krankheitsdruck, zwei Hauptprobleme der Freiland-

haltung von Hühnern, erheblich reduziert werden.

Der acht Meter breite und 9 – 16 m lange Stall besteht aus einer Stahlkonstruktion, ist mit Sandwichplatten winterfest isoliert und mit einer Bodenplatte abgeschlossen. Ein Hydraulikzylinder zum Abheben vom Boden und Niedrigdruckreifen ermöglichen eine bequeme und bodenschonende Umsetzung des Stalls, die alle 14 Tage erfolgen sollte. Durch die Umsetzung des Stalls, bei der

die Hühner mitfahren, wird die Grasnarbe geschont und der Kot gleichmäßig auf der Betriebsfläche verteilt. Um den Transport auf Straßen zu bewerkstelligen, kann der Stall ohne Hühner auf drei Meter Breite zusammengeklappt werden. Im Januar 2002 gründete Weiland eine Stallbaufirma.

Mit seinem tiergerechten und umweltschonenden Verfahren, das Weiland in Kooperation mit anderen Geflügelhaltern und der Fachberatung entwickelte, leistet er einen wichtigen Beitrag, um Betrieben die Umstellung auf Freilandhaltung zu erleichtern. - ce -

► Kontakt

Weitere Informationen zur Vergabe des Förderpreises bei:

KATALYSE e.V.
Institut für angewandte
Umweltforschung
Remigiusstraße 21
50937 Köln
Tel.: 0221/ 94 40 48 – 42
Fax: 0221/ 94 40 48 – 9
Email: foerderpreis@katalyse.de
Internet: www.katalyse.de/foerderpreis/pm_preistraeger.htm

Gemüse-Selbsternte auf landwirtschaftlichen Betrieben – eine neue Direktvermarktungschance

Katharina Mittelstraß, Claudia Busch, Prof. Dr. Jürgen Heß*

Seit nunmehr 15 Jahren praktizieren österreichische Landwirte die Gemüse-Selbsternte, seit vier Jahren wird sie auch in Deutschland auf dem Versuchsgut der Universität Kassel erprobt. Darüber hinaus gibt es in Deutschland zwei weitere erfolgreiche Selbsternthe-Betriebe. Mit Forschungen im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau soll das Konzept weiterentwickelt und bundesweit verbreitet werden.

Die Idee der Gemüse-Selbsternte

Kern der Selbsternthe-Idee ist, interessierten und naturbegeisterten „landlosen“ Menschen (über-

wiegend städtischer Bevölkerung) die Möglichkeit zu bieten, in Anbindung an einen landwirtschaftlichen Betrieb eigenes Gemüse zu erzeugen. Dazu werden auf einem Acker in Parallelreihen verschie-

* Dipl.-Ing. agr. K. Mittelstraß, Dipl.-Ing. agr. C. Busch, Prof. Dr. J. Heß, Projekt Gemüse-Selbsternte, Tel.: 05542/98 15 28; Fax: 05542/98 15 68, E-mail: kmittel@wiz.uni-kassel.de, http://www.wiz.uni-kassel.de/foel

dene Gemüsearten gesät und gepflanzt. Danach wird der Acker in Querparzellen unterteilt, jede Parzelle ist etwa 80 m² groß und bietet einen vollständigen Querschnitt des angebauten Gemüses. Die Größe einer Parzelle ist abgestimmt auf den Bedarf einer vierköpfigen Familie und ermöglicht es, über den Sommer als „Selbstversorger“ zu agieren.

Mitte Mai werden die Parzellen von dem Landwirt oder Gärtner an die „Nutzer/-innen“ übergeben, von diesem Zeitpunkt bis Ende Oktober sind die Parzellennutzer in Eigenverantwortung zuständig für das Hacken und Gießen, Unkrautjäten und Ernten. Der Landwirt übernimmt also die Grundbodenbearbeitungen und den Frühjahrsanbau, die Selbsternter machen den Rest.

In einer „Vereinbarung“ verpflichtet sich jeder Selbsternter zur Einhaltung der EG-, Bioland- und Naturland-Richtlinien, auch die Hofordnung sowie die Urkunde mit der Parzellenummer werden jedem Nutzer ausgehändigt.

Hessische Staatsdomäne Frankenhäuser

Die Domäne Frankenhäuser, ein Versuchsgut der Universität Kassel-Witzenhausen, liegt im Norden von Kassel in ca. 9 km Entfernung. 1998 wurde es von der Universität Kassel übernommen und ist seitdem Bioland- und Naturland-Betrieb. Die 320 ha bieten von sandigem Lehm bis Lehm mit Lößauflage eine breite Palette, die Fläche für die Gemüse-Selbsternte verfügt über mehr als 80 Bodenpunkte. Der Betrieb hat die Betriebszweige Ackerbau, Milchvieh, Gänse- und Masthähnchenhaltung und die Gemüse-Selbsternte. Außerdem arbeitet das Versuchswesen der Universität Kassel-Witzenhausen auf der Domäne auf rund 20 ha, das neueste Hochschulprojekt erprobt und erforscht die Freilandhaltung von Mastschweinen.

Die vierjährigen Erfahrungen in Frankenhäuser zeigen, dass die Vorgaben der Richtlinien des ökologischen Landbaus von allen Parzellennutzern akzeptiert werden. Probleme gab es zunächst hinsichtlich der Jungpflanzen: Wollte ein Nutzer selber etwas nachpflanzen oder nachsäen, hatte er in der Regel Schwierigkeiten, an ökologische Produkte zu kommen. Dieses Dilemma wurde durch ein ständiges Angebot an ökologischen Sämereien zum Selberabfüllen und durch zwei weitere Pflanztermine im Laufe des Sommers, an denen ökologische Jungpflanzen zum Erwerb bereitgestellt werden, gelöst.

Die Selbsternter sind durchschnittlich zwei Stunden pro Woche auf ihren Parzellen und zahlen 140 Euro Jahresmiete. In Erntemessungen über vier Jahre hinweg wurde ein Mindesterntewert von 500 Euro pro Parzelle ermittelt (Gibtner 2002).

Die Domäne als Freizeitort

Eine besondere Rolle spielt bei dem Projekt die Motivation der Verbraucher und Nutzer. Sie mieten ihre Parzelle nicht nur, weil sie dadurch kostengünstig an frisches Biogemüse kommen, sondern auch als Ausgleich zum Alltag. Die Domäne wird als Freizeitort betrachtet und der wöchentliche Parzellenbesuch hat Ausflugsscha-

rakter. Viele Familien nutzen die Möglichkeit der Parzellenbewirtschaftung, um ihren Kindern die Erde und das Wachsen des Gemüses wieder näher zu bringen und häufig wird der Besuch der Parzellen mit einem Blick in den Kuhstall verbunden.

Das Angebot der Domäne wird abgerundet durch eine Gemeinschaftsfläche mit Sitz- und Spielgelegenheiten sowie einer Gerätehütte mit allen notwendigen Gartengeräten und den Sämereien. Ein Kräuterbeet mit ausdauernden Kräuterstauden und ein Sonnenblumenfeld erweitern die Vielfalt der Gemüseparzelle und stehen für alle Selbsternter zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung. In einem Schaukasten werden wichtige Tipps zur Pflege, Ernte und Verarbeitung des Gemüses ausgehängt. Seit Sommer 2002 existiert ein Hofladen auf der Domäne, in dem viele Selbsternter einkaufen.

Vorteile für den Landwirt

Für den landwirtschaftlichen Betrieb hat die Anlage einer Selbsterntefläche eine ganz andere Bedeutung: Ein großer Vorteil ist die Vorfinanzierung der Fläche durch die Parzellennutzer, die 140 Euro „Miete“ werden bereits im Frühjahr überwiesen. Außerdem wird mit der Übergabe der Parzellen im Mai das Ernterisiko auf die



Den Nutzern dient die Bewirtschaftung der Fläche als Ausgleich zum Alltag

Nutzer übertragen: Eventuelle Schäden durch Natureinflüsse gehören mit zum Erfahrungsschatz eines Selbsternters. Ein weiterer Vorteil für Betriebe ist die Auslagerung der arbeitsintensiven Tätigkeiten wie die Unkrautbekämpfung und die Erntearbeiten.

Wenn am Hof bereits ein Hofladen oder ein Direktvermarktungsangebot besteht, wird dies meist durch die Selbsternter „mitgenutzt“, d. h., der Umsatz des Direktabsatzes steigt. Außerdem steigt der Bekanntheitsgrad eines Selbsterntehofes in der Öffentlichkeit durch die teilnehmenden Menschen und durch das Interesse der örtlichen Zeitungen, hierüber zu berichten – ein nicht unbedeutender Faktor für die Direktvermarktung.

Der Anbau in Frankenhäusen

Die Ansaat wird auf der Domäne mit einer einreihigen Lochbandsämaschine gemacht, alle Pflanzungen wurden bisher von Hand ausgeführt. Dieses Jahr soll erstmalig mit einer vierreihigen Pflanzmaschine gepflanzt werden. Dadurch vergrößert sich die Parzellenbreite etwas, doch kann so auch eine maschinelle Pflegemaßnahme kurz vor der Parzellenübergabe ermöglicht werden.

Der Anbau wird in Mischkultur geplant, um die positiven Nachbarschaftseffekte einzelner Kulturen auszunützen. So werden Möhren und Zwiebeln versetzt gesät,

die Geruchsmischung verhindert einen frühzeitigen Befall mit der Möhrenfliege. Andere Kulturen, wie z. B. Kohlgewächse, werden im Block gepflanzt, um im Folgejahr einen erneuten Nachbau mit Kohl auf derselben Fläche zu verhindern.

Nach zwei Jahren Gemüseanbau wird die Fläche mit einer Klee-grasbrachfläche getauscht, dadurch werden Fruchtfolgeprobleme vermieden und gleichzeitig bekommt das Gemüse durch die Klee-grasbrache die notwendige Stickstoffversorgung für die nächsten zwei Jahre.

Saatgut und Jungpflanzen stammen in Frankenhäusen ausschließlich aus ökologischem Anbau. Bei der Auswahl der Sorten wird weitgehend auf Hybridsorten verzichtet, da die Pflanzen bei diesen fast gleichzeitig erntereif sind. Für die Parzellennutzer ist es dagegen günstig, wenn die Pflanzen einer Gemüseart möglichst unterschiedlich reifen.

Der Arbeitsaufwand für den Landwirt hat sich in den letzten Jahren nicht proportional zur Parzellenanzahl entwickelt, so waren 2001 für 40 Parzellen rund 160 Stunden nötig, für 2002 dagegen wurden für 70 Parzellen nur 185 Stunden benötigt (s. Graphik). Grund dafür sind sicherlich die fast überflüssig gewordenen Werbemaßnahmen der Vorjahre, mittlerweile wird das Projekt über Mund-zu-Mund-Propaganda sehr wirkungsvoll vergrößert. Der

Schwerpunkt der Arbeit liegt immer im April/Mai mit 70 – 100 Stunden für die Ansaaten und Pflanzungen. Für die Vorbereitungen im Frühjahr und die Betreuung des Projektes über den Sommer werden ca. 10 Stunden pro Monat benötigt.

Der Gewinn der Selbsternteanlage in Frankenhäusen hat sich in den letzten Jahren deutlich stabilisiert. Er lag in den letzten drei Jahren jeweils bei über 10 000 Euro, sicher ein Erfolgsargument, was auch andere Landwirte von diesem Konzept überzeugen wird.

Projekt zum Transfer der Gemüse-Selbsternte

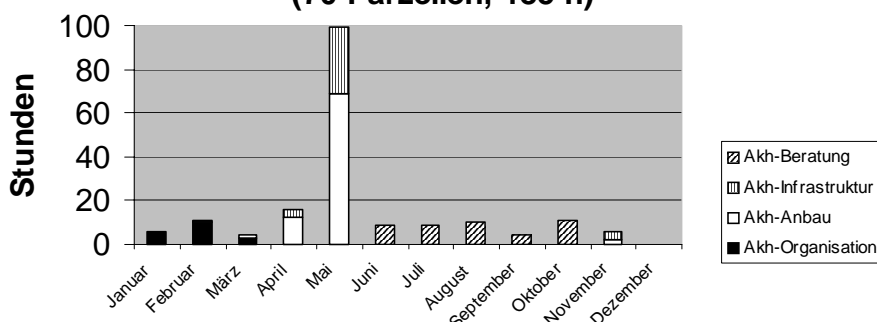
Im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau wird an der Universität Kassel-Witzenhausen ein Projekt zur Weiterentwicklung des Konzepts und zur Übertragung auf andere Betriebe durchgeführt. In dieser Saison erfolgen begleitende Umfragen und Untersuchungen zum Ernährungsverhalten der Selbsternter und zum Mitnahmeeffekt in der Direktvermarktung auf den Höfen.

Neue interessierte Betriebe können von den bereits vierjährigen Erfahrungen auf der Domäne Frankenhäusen profitieren und sich durch Beratung oder Teilnahme an Workshops das nötige Know-how aneignen. Für Selbsterntebetriebe wird Werbematerial zur freien Verfügung gestellt, ein Handbuch zur Anlage einer Selbsterntefläche wird sowohl für Praktiker als auch für Verbraucher entwickelt und ins Internet gestellt. Außerdem sollen ein Internetclip und ein Videofilm erstellt werden, um die Gemüse-Selbsternte auch visuell präsentieren zu können.

► Literatur:

Gibtner, A., 2002: Studie zum Ernährungsverhalten und der Einstellung bezüglich Landwirtschaft der NutzerInnen des Projektes Gemüse-Selbsternte. Diplomarbeit, Universität Kassel, Fachbereich 11.

Arbeitszeit des Landwirts für die Gemüse-Selbsternte Frankenhäusen 2002
(70 Parzellen, 185 h)



Nachwachsende Rohstoffe – Stand und Perspektiven –

Barbara Wenig*

Der Grundstein ist gelegt: über tausend Projekte hat die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) aus Bundesmitteln in den letzten zehn Jahren unterstützt. Galt es bislang, mit Forschung und Entwicklung die industrielle Nutzung der Rohstoffe vom Acker zu fördern, so ist der nächste Schritt, Produkte und Technologien auf dem Markt zu etablieren. Mit dem Markteinführungsprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ sollen die Verbraucher davon überzeugt werden, dass die umweltfreundlichen Schmier-, Dämm- oder Werkstoffe von guter Qualität sind und dass wir es uns nicht leisten können, diese Chance des nachhaltigen Wirtschaftens zu vertun.

Zehn Jahre Forschungsförderung nachwachsende Rohstoffe

Für die Unterstützung der Grundlagenforschung zur effektiveren Nutzung land- und forstwirtschaftlicher Rohstoffe sowie weiterführender Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte stehen jährlich rund 26 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt für Hochschulen oder Unternehmen zur Verfügung. War in den 80er Jahren die Überproduktion der deutschen Landwirtschaft der wichtigste Auslöser für ein staatliches Eingreifen, rücken inzwischen andere Argumente stärker ins Blickfeld. Auch die Politik hat erkannt, dass nachhaltiges Wirtschaften geboten ist. Dies heißt nicht nur, dass begrenzt vorhandene fossile Rohstoffe so sparsam wie möglich eingesetzt werden müssen, sondern vor allem, dass Umwelt und Klima vor schädlichen Substanzen so gut wie möglich geschützt werden. Ein Abbremsen des vom Menschen verursachten Treibhauseffekts spielt dabei eine wichtige Rolle. Produkte aus pflanzlichen Rohstoffen tragen hierzu ef-



Foto: FNR

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

fizient bei, denn wenn sie nach Gebrauch verrotten oder verbrannt werden, gelangt nur das Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre, das die Pflanzen ihr bei der Photosynthese entnommen haben.

Ein weiterer Aspekt ist die Schonung von Wasser und Boden. Bil-

deten noch in den 70er Jahren Chemikalien in Waschmitteln oder Weichspülern Schaumkronen auf Bächen und Flüssen, so hat die Industrie in nachwachsenden Rohstoffen mittlerweile ökologisch verträgliche Alternativen gefunden. Statt Erdöl sorgen Zucker oder die Öle tropischer Pflan-

* Barbara Wenig, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V., Gülzow, Tel.: 03843/6930-0, E-Mail: info@fnr.de, Internet: www.fnr.de

zen für den gewünschten Reinigungseffekt.

Markteinführungsprogramm Biogene Schmierstoffe

Ungelöst war lange Zeit das Problem der Schmierstoffe und Hydrauliköle. Beispielsweise verliert eine Holzerntemaschine bei einer Havarie durchschnittlich rund 600 l Öl. Unfälle und Leckagen sind in diesem Hochleistungsbe- reich an der Tagesordnung. Dabei machen sie nur einen kleinen Teil der jährlich etwa 500 000 t Schmierstoffe aus, die unkontrolliert im Boden versickern. Wer weiß, dass ein Tropfen Erdöl etwa 1 000 l Wasser verseucht, kann sich vorstellen, in welchem Maß Boden und Wasser durch die mineralischen Schmiermittel beansprucht werden.

Dabei wäre es kein Problem, dieses Risiko grundsätzlich auszuschließen, denn die Industrie hat mittlerweile eine breite Palette hochwertiger Schmierstoffe für die unterschiedlichsten Anwendungen entwickelt und in den Handel gebracht. Aber noch sind finanzielle Argumente schlagkräftiger als ökologische. Zwar gibt es mittlerweile ein breites Angebot an biologisch abbaubaren Schmierstoffen und Hydraulikölen aus nachwachsenden Rohstoffen, ihr höherer Preis lässt die Nutzer jedoch nach wie vor zum günstigeren mineralischen Pendant greifen.

Hier setzt das Markteinführungsprogramm Biogene Treib- und Schmierstoffe an. Mit jährlich rund 16 Mio. Euro untersetzt, ermöglicht dieses neue Programm der FNR, die in den Forschungsvorhaben erzielten Entwicklungen auf den Markt zu bringen. Den Auftakt machen seit einem guten Jahr die Schmierstoffe.

Profitieren kann, wer bereit ist, seine Maschinen in land- und forstwirtschaftlichen oder anderen

umweltsensiblen Bereichen mit pflanzlichen Produkten zu betreiben. Die Mittel des Markteinführungsprogramms sind in erster Linie dazu bestimmt, die dadurch verursachten Mehrkosten zu decken. Doch die Treib- und Schmierstoffe sind nicht das einzige Anwendungsgebiet, in dem die Markteinführung unterstützt werden soll. In vielen anderen Bereichen gelang es, hochwertige Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen zu entwickeln, die jetzt auf den Markt gebracht werden sollen.

Während die Markteinführung bei den Schmierstoffen bereits läuft, steht sie bei den Dämmstoffen kurz bevor, bei biologisch abbaubaren Werkstoffen oder Farben und Lacken muss sie noch initiiert werden. Auch hier greift der Staat unterstützend ein und sorgt dafür, dass die Verbraucher die Qualitäten der umweltfreundlichen Produkte kennen lernen und auch ohne finanzielle Nachteile davon profitieren können. Das Markteinführungsprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ wird deshalb kontinuierlich erweitert.

Perspektiven

Dass sich die Mühe lohnt, zeigt ein Blick auf die mengenmäßige Bedeutung, die nachwachsenden Rohstoffen in der Zukunft beigemessen wird. Die Hochrechnungen bescheinigen ihnen gute Chancen. Für Schmierstoffe beispielsweise wird ein Potenzial von immerhin 90 % des Marktvolumens von gut 1,1 Mio. t prognostiziert. Tatsächlich haben die Schmierstoffe heute mit einer Menge von rund 41 000 t einen Marktanteil von nicht einmal 4 %. Es klafft also eine deutliche Lücke zwischen der technisch für möglich gehaltenen 1 Mio. t und den jetzt auf dem Markt befindlichen 41 000 t.

Wenngleich die Spanne zwischen Marktanteil und Marktpotenzial in den anderen Bereichen weniger groß ist, bieten auch naturfaserverstärkte Werkstoffe, Ten-

side, Dämmstoffe und biologisch abbaubare Werkstoffe Möglichkeiten der Expansion.

Perspektiven haben nachwachsende Rohstoffe nicht nur bei der stofflichen Nutzung, sondern auch im energetischen Sektor. Derzeit wird in Deutschland nur 1 % des Primärenergiebedarfs über Biomasse bereitgestellt. Dem steht ein theoretisches Potenzial von knapp 10 % gegenüber. Dr. Andreas SCHÜTTE, Geschäftsführer der FNR, hält es durchaus für realistisch, in zehn Jahren einen Anteil von 3 – 5 % zu erreichen. Diese Einschätzung kommt nicht von ungefähr. Regenerative Energieträger haben in den letzten Jahren politisch enorm an Bedeutung gewonnen. Hält man am Ziel des Weißbuchs „Energie für die Zukunft, erneuerbare Energieträger“ fest, muss der Anteil regenerativ erzeugter Energie in der EU bis 2010 von derzeit 6 – 12 % gesteigert werden. Die Biomasse ist in der Lage, einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, sofern Politik und Gesellschaft sich auch dafür einsetzen.

Politik ist gefragt

Nicht immer sind die ökonomischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen der besseren Etablierung nachwachsender Rohstoffe förderlich. Oftmals sind sie die wahren Hemmschuhe, allen voran ist die ungleiche Bewertung der nachwachsenden gegenüber den fossilen Rohstoffen zu nennen.

Nachwachsende Rohstoffe haben deutliche ökologische Vorteile. Daraus hergestellte Produkte schädigen im Gegensatz zu mineralischen die Umwelt nicht und lassen sich problemlos kompostieren. Ein Argument, das bei der Preisbildung bislang noch keine Berücksichtigung gefunden hat – ein Zustand, der im Sinne der nachhaltigen Entwicklung längst nicht mehr zeitgemäß ist.

Ebenso änderungsbedürftig sind

ordnungs- und steuerpolitische Rahmenbedingungen. Nur selten finden die besonderen Qualitäten der pflanzlichen Rohstoffe hier Berücksichtigung.

Die EU-Altautodirektive beispielsweise, die im Oktober 2000 in Kraft trat, verlangt vom Hersteller ein Recycling von mindestens 85 % des Wagengewichts. Höchstens 15 % des Gewichts dürfen demnach energetisch verwertet bzw. als Abfall beseitigt werden. Fahrzeugen, mit denen diese Quoten nicht einzuhalten sind, soll ab 2005 die Zulassung verweigert werden.

Naturfaserverstärkte Kunststoffe, die bereits in mehreren PKW-Typen zum Einsatz kommen, zählen zu den 15 %, die in die thermische Verwertung gelangen. Dass sie aufgrund ihrer CO₂-Neutralität bei der Verbrennung jedoch wesentlich ökologischer sind als herkömmliche Verbundwerkstoffe auf fossiler Basis, wird bislang nicht berücksichtigt.

Schütte sieht es daher als besondere Herausforderung aufzudecken, wo die Rahmenbedingungen nach wie vor das Fortkommen nachwachsender Rohstoffe behindern. „Die FNR kann jedoch nur Vorschläge machen, wie die Rahmenbedingungen geändert werden könnten“, meint er, „an der Politik liegt es letztendlich, hier zu handeln.“

Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR)

Die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) wurde 1993 auf Initiative der Bundesregierung mit der Maßgabe ins Leben gerufen, Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekte im Bereich nachwachsender Rohstoffe zu koordinieren.

Das Förderprogramm und das Markteinführungsprogramm „Nachwachsende Rohstoffe“ des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft geben dafür die Regeln vor. Als Projektträger verwaltet die FNR jährlich rund 36 Mio. Euro, die aus dem Bundeshaushalt für die Umsetzung der Programme zur Verfügung gestellt werden. Ihre Hauptaufgabe ist die fachliche und administrative Betreuung von Forschungsvorhaben zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden gesammelt und interessierten Wissenschaftlern, Privatpersonen, Politikern, Wirtschafts- und Medienvertretern zugänglich gemacht. Auch über Messen und Ausstellungen versucht die FNR, auf das Potenzial nachwachsender Rohstoffe aufmerksam zu machen. Die Koordinierung von EU-Projekten rundet ihre Tätigkeit auf europäischer Ebene ab.

Einen Überblick über acht Jahre Forschung gibt das Heft „Nachwachsende Rohstoffe – Vielfalt aus 1001 Projektidee“, das die FNR anlässlich des tausendsten bewilligten Forschungsprojekts herausgegeben hat. Zu Wort kommen all die, die sich tagtäglich mit Zucker, Stärke oder Pflanzenöl beschäftigen und die mit Unterstützung des Bundes dafür gesorgt haben, dass Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen in den verschiedensten Anwendungsbereichen Einzug gehalten haben. Während die Themen Bauen und Wohnen, Wärme und Strom oder Schmierstoffe schon eher bekannt sind, finden sich darin auch mengenmäßig eher unbedeutende Sparten wie Biokunststoffe, Faserwerkstoffe, Körperpflege- oder Arzneimittel aus nachwachsenden Rohstoffen.

Der Landwirt als Energiewirt – eine Vision ist nähergerückt –

Roland Schnell*

Nur ein hauchdünner Ölfilm ist es, der unsere Wiesen, Wälder und Felder überziehen würde, wenn man die jährliche Ernte auf-

grund ihres Heizwerts in Heizöl umrechnen würde. Pro Quadratmeter ist das weniger als ein Weinglas fasst, aber auf einem

Hektar läppern sich im Mittel ungefähr die 2 000 l zusammen – die Menge, die ein Einfamilienhaus im Jahr für die Heizung verbraucht.

* Roland Schnell, Geschäftsführer der Graskraft GbR, Berlin; Vorsitzender der Fördergesellschaft nachhaltige Biogas- und Bioenergienutzung FNBB; Sprecher der Regionalgruppe Berlin-Brandenburg des Fachverbands Biogas e.V.

Ackerfrüchte nach ihrem Heizwert zu beurteilen oder gar wegen ihres Heizwerts anzubauen, ist vielen Landwirten noch fremd. Sie wollen Lebensmittel für Menschen oder Futter für Tiere produzieren, aber keinen Brennstoff. Dabei handelt es sich aber um eine eingengte Sichtweise, die selbst in Europa erst seit wenigen Jahrzehnten verbreitet ist. Zuvor hat man, wie es in anderen Erdteilen auch heute noch die Regel ist, den Energiebedarf der gesamten Gesellschaft fast vollständig aus dem gedeckt, das heute als "pflanzliche Biomasse" bezeichnet wird. Diese wird von der Land- und Forstwirtschaft bereitgestellt.

Über Jahrtausende beruhte die menschliche Zivilisation fast ausschließlich auf der Nutzung von Biomasse als Energieträger. Die Römer hätten keine Ziegel brennen können und die Griechen hätten kein Eisen für ihre Schwerter gehabt. Der Mörtel der gotischen Kathedralen hätte ebensowenig hergestellt werden können, wie

das bunte Glas für ihre herrlichen Fenster. Der Treibstoff für das Zugvieh und die Reittiere wuchs auf den Feldern. Man geht davon aus, dass ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche für hochwertiges Futter reserviert werden musste. Bestimmte Regionen spezialisierten sich als Energieversorger für den Ferntransport. Beispielsweise wurde im Osterzgebirge das kraftvolle Heu der Bergwiesen für die Lasttransporte auf der Route von Dresden nach Prag gewonnen.

Die kurze Phase der fossilen Brennstoffe

Durch die Nutzung fossiler Brennstoffe – Steinkohle seit knapp 250, Erdöl seit 150 Jahren – verlor die Biomasse als Energieträger an Bedeutung. Der Traktor wurde Mitte des 20. Jahrhunderts als universell verwendbare Zugmaschine in der Landwirtschaft eingeführt. Ein gewichtiges Argument war, dass damit Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln gewonnen werden könnten. Erdöl

schien nicht nur billig, sondern auch in unbegrenzten Mengen zur Verfügung zu stehen.

Von dieser Illusion gilt es Abschied zu nehmen. Die Vorräte fossiler Energieträger gehen zur Neige. Aber selbst wenn sie noch einige Jahrzehnte reichen sollten, kann es politische Konstellationen geben, die zu einer Verknappung oder Verteuerung führen. Mindestens ebenso kritisch wird inzwischen die Tatsache bewertet, dass beim Verbrennen von Kohle und Öl immer Kohlendioxid in die Atmosphäre freigesetzt wird. Das verursacht Klimaveränderungen, deren erste Anzeichen möglicherweise bereits zu spüren sind.

Biomasse – unerschöpflich und CO₂-neutral

Gegenüber fossilen Energieträgern kann die Biomasse in zweifacher Weise punkten. Sie wächst immer wieder nach und beim Verbrennen wird immer nur soviel Kohlendioxid freigesetzt, wie vorher von der Pflanze aus der Atmosphäre entnommen wurde. Bei den einjährigen Pflanzen, die für den Landwirt am interessantesten sind, findet der Ausgleich in wenigen Monaten statt.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Biomasse als Energieträger stetig gewachsen. Neben der altbekannten Verwendung von Holz als ein Brennstoff, den man in einem Ofen einfachster Bauart nutzen kann, gibt es eine Vielzahl von technisch anspruchsvolleren Technologien, die Energie aus Biomasse in einer Form zur Verfügung stellen, wie sie von einer entwickelten Industriegesellschaft verlangt wird.

Der Landwirt kann heute schon Treibstoff für Kraftfahrzeuge, elektrischen Strom über das Verbundnetz oder



Fotos: R. Schnell

Ein Schweinemastbetrieb in Tornitz in der Nähe von Cottbus veredelt seit 2002 seine Gülle in einer modernen Biogasanlage. Danach wird sie als Dünger auf den eigenen Flächen für die Futterproduktion genutzt.

Prozesswärme für industrielle Prozesse anbieten. Nur wenige sind bislang in diesem Geschäftsfeld tätig. Es könnten mehr werden, wenn die Preise für Lebensmittel, die dem Erzeuger gewährt werden, niedriger sind als die Erlöse beim Verkauf von Energie.

Diese Situation ist teilweise bei Getreide bereits erreicht. Eigener Roggen im Heizkessel verbrannt, ersetzt Heizöl, das zugekauft werden muss. Bereits bei den heutigen Preisen für Öl und Getreide ist das nicht nur für den eigenen Betrieb rentabel, für den nur wenige Hektar Anbaufläche benötigt würden, sondern es kann sogar noch als Brennstoff verkauft werden.

Das hat zu einer Debatte geführt, ob es "ethisch vertretbar" sei, dass angesichts des Hungers in der Welt Brotgetreide verbrannt werden darf. Ein derartiger Aufschrei ist in all den Jahren ausgeblieben, in denen Brotgetreide zu Alkohol verarbeitet wurde. Alkohol als Trinkbranntwein, der nicht ohne Grund auch als "Korn" bezeichnet wird, mag noch als Lebensmittel durchgehen. Die Produktion von Alkohol aus Weizen, der als Antiklopfmittel dem Benzin beigemischt werden soll oder sogar als "Bioalkohol", das Benzin ganz ersetzen könnte, hat bislang keinerlei ethische Bedenken ausgelöst. Hunderttausende Tonnen Kartoffeln, Weizen und Mais, die gleichfalls verspeist werden dürften, werden zu Stärke verarbeitet, die sich in alltäglichen Produkten, etwa Klebstoffen, wiederfinden. Ebenso wenig ist Kritik zu hören, wenn ein exzellentes Speiseöl, wie Rapsöl, zu Treibstoff gemacht wird.

Biomasse liefert Nahrung, Futter und Energie

Was heute geschieht, ist teilweise nur als Reaktion auf eine landwirtschaftliche Ordnung zu



Gerne zeigt der Biogasproduzent Heiseke aus Lomitz die Biogasanlage auf seinem Hof. Einen alten Futtermischwagen zum Füttern mit pflanzlichen Rohstoffen hat er direkt auf den Deckel des Biogas-Reaktors gestellt.

verstehen, die eigentlich nicht auf die Nutzung der von ihr erzeugten Biomasse als Energieträger vorbereitet ist. Nahrung und Energie ließen sich auf der selben Fläche erzeugen, nacheinander als Teil der Fruchtfolge oder sogar gleichzeitig, wenn alle Teile der Pflanze genutzt werden. Die einseitige Ausrichtung auf den vermarktbareren Teil hat ja dazu geführt, dass beispielsweise Stroh geradezu als Abfallstoff betrachtet wird. Ernterückstände wurden verbrannt, ohne Nutzen daraus zu ziehen. Durch Züchtung oder Chemie wurde der Anteil der scheinbar nutzlosen Biomasse reduziert.

Heute kennt man Technologien, die aus lästigen Ernterückständen wertvolle Nebenprodukte machen. In Dänemark wird Getreidestroh in automatisierten Kraftwerken genutzt, die Strom produzieren und die Umgebung mit Wärme versorgen.

Mein Hof – Bergwerk oder Kraftwerk

In den letzten Jahren, als Interesse für Biomasse bei den Land-

wirten geweckt werden sollte, wurden Nahrung und Energie eher als Alternativen dargestellt. Dazu hat zweifellos beigetragen, dass Flächen durch Stilllegung gezwungenermaßen aus der Nahrungsproduktion herausgenommen werden mussten, aber für den Anbau von Pflanzen, die als Energieträger genutzt werden sollten, herangezogen werden konnten. Die Verwertung erfolgte dann überdies in großen, zentralen Industrieanlagen oder Heizwerken. Der Landwirt wurde auch hier zum billigen Rohstofflieferanten degradiert.

Inzwischen haben einige Landwirte erkannt, dass sie verlieren, wenn sie sich nicht aktiv an der Wertschöpfungskette beteiligen. Sie erzeugen den viel besser bezahlten Strom oder verkaufen statt der Ölsaaten das selbst gepresste Pflanzenöl und stellen es dem Kunden mit einer Zapfanlage vor die Garage.

Am weitesten fortgeschritten ist dies beim Biogas. Da die Gülle ohnehin einige Monate gelagert werden muss, können in dieser

Zeit hilfreiche Mikroorganismen ihr Werk tun. Es entsteht ein brennbares Gas, das zu 2/3 aus Methan besteht. Fast alle der inzwischen fast 2 000 Biogasanlagen in Deutschland haben ein Blockheizkraftwerk, mit dem sie Strom in das öffentliche Netz einspeisen.

Das sind bei größeren Betrieben kleine Kraftpakete mit bis zu 500 kW Leistung, die einige tausend Haushalte mit Strom versorgen können. Mit Gülle allein ist das nicht zu machen. Deshalb setzen immer mehr Biogasanlagen direkt ohne Umweg über den Viehmagen auch pflanzliche Biomasse ein. Das begann mit zufällig anfallenden Futterresten oder verdorbener Silage, es wurden organische Reststoffe aus der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, wie Trester, Schlempe oder Kartoffelschälabfälle, hinzugenommen. Einige Pioniere sind bereits den nächsten Schritt gegangen und verzichten weitgehend oder ganz auf die Gülle. Wohlvertraute Pflanzen wie Mais oder Roggen können als Silage konserviert und nach Bedarf an die Biogasanlage verfüttert werden.

Stoff- und Energiekreisläufe in der Landwirtschaft schließen

Immer öfter wird die Biogasanlage zum Ausgangspunkt eines komplexen Systems, das lokal und regional Stoff- und Energiekreisläufe schließt. Wie das aussehen kann, zeigt der Landwirt Wilhelm HEISEKE im Dörfchen Lömitz im Wendland. Seit acht Jahren hat er eine Biogasanlage, die 500 Haushalte mit Strom versorgt. Mit der Wärme versorgt er inzwischen seine Nachbarn über ein selbst in der Erde verlegtes Nahwärmenetz zu einem Drittel ihrer vorherigen Heizkosten. Im Sommer trocknet er Gras und Getreide. Eine kleine Ölpresse liefert aus eigenem Anbau Pflanzenöl für die eigenen Traktoren, die Presskuchen werden auf dem Hof als Futter genutzt, Schleimstoffe aus der Reinigung des Öls gehen ebenso in die Biogasanlage wie Ausputz von der Saatgutreinigung und andere Reststoffe des Betriebes.

Auf dem Hof von Wilhelm Heiseke ist kaum zu übersehen, dass

hier ein Pionier mit viel Engagement am Werk ist. Aber immer mehr Landwirte gehen diesen Weg. Der Biogas-Bauer HINTERHOLZER in Münsing bei Wolfratshausen füttert seine Biogasanlage mit Gras, das ihm von Sportplätzen kostenlos gebracht wird, und mit der Wärme trocknet er Holz und Heu. Die Biogasanlage im thüringischen Rieth sorgt über Kraft-Wärme-Kältekopplung für ein angenehmes Klima im Schweinestall, aus dessen Gülle sie ihre Energie erzeugt.

Pfiffige Lösungen, wie aus vertrauten landwirtschaftlichen Materialien mit überschaubarem Aufwand und Risiko ein zusätzliches Einkommen für den Betrieb herausgeholt werden kann, gibt es öfter als viele der offiziellen Berater der Landwirte wahrhaben möchten. Schon denkt man daran, das sich ganze Dörfer auf diese Weise von der Zufuhr fossiler Brennstoffe unabhängig machen. Die Vision "100 % erneuerbar und 100 % aus der Region" ist mit der heute verfügbaren Technik alles andere als eine Illusion.

Graskraft-Seminar am 27. März 2003 in Emstek bei Cloppenburg in Verbindung mit einer Lehrfahrt zu 5 Biogasanlagen in der näheren Umgebung am Freitag, den 28. März 2003

Beim Graskraft-Seminar in Emstek werden Betreiber von Biogasanlagen über ihre praktischen Erfahrungen berichten und die Trends für die nächsten Jahre (rechtliche Rahmenbedingungen, Vergütung für Strom aus Biomasse, Potenziale) werden erörtert.

Ein Thema, das immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist die Nutzung von Gras aus der Landschaftspflege. In der Region, in der diesmal das Graskraft-Seminar stattfindet, ist es das Niedermoor um den Dümmersee, wo die intensive Bewirtschaftung der letzten Jahrzehnte zugunsten einer naturnäheren Nutzung aufgegeben werden muss. Hunderte Hektar Gras liefern Gras von unterschiedlichster Qualität, das durch eine stoffliche und energetische Verwertung produktiv genutzt werden könnte. Ähnliche Problemstellungen finden sich in den Mittelgebirgen und am Alpenrand. Landwirtschaftliche Betriebe, die ihre traditionelle Form der Bewirtschaftung mit Viehwirtschaft aufgeben müssten, könnten sich neue Einkommen erschließen.

Anmeldung und weitere Informationen:

Graskraft, Rudolfstraße 13, 10245 Berlin
Telefon: 030/ 29 44 98 03, FAX: 030/ 29 44 98 94, info@graskraft.de

Ernährung

Folgen der Fehlernährung:

Alarmierende Zunahme von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen

Die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) und die Stiftung Warentest haben Politik und Ernährungswirtschaft auf einer Pressekonferenz zu Beginn der Internationalen Grünen Woche Berlin aufgerufen, sich der alarmierenden Zunahme von Übergewicht und Fettsucht bei Kindern und Jugendlichen zu stellen. Bereits jedes fünfte Kind in Deutschland sei betroffen, noch einmal so viele Kinder würden als gefährdet gelten. „Kinder sind die schwächsten Verbraucher. Eltern, die Wirtschaft, aber auch die Politik sind aufgerufen, Kinder besser vor den Folgen der Fehlernährung – Haltungsschäden, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, der sog. Altersdiabetes – zu schützen“, sagte vzbv-Vorstand Prof. Dr. Edda MÜLLER.

Eine wesentliche Rolle beim Problem der wachsenden Zahl fehlernährter Kinder spielten nach den Untersuchungen der Stiftung Warentest Lebensmittel, die speziell oder überwiegend für Kinder hergestellt würden (Kindermolke-reiprodukte, Müsliriegel als Zwischenmahlzeit, Tiefkühlpizzas und Tiefkühl-Pommes Frites, Hähnchennuggets usw.). „Lebensmittel, die für Kinder produziert werden oder bevorzugt von Kindern gegessen werden, sind meist unausgewogen zusammengesetzt. Sie enthalten zu viel Fett, zu wenig Ballaststoffe, zu viel Zucker, zu viele Kalorien, zu wenig Vitamine und tragen zur Fehlernährung bei. Das zeigen unsere Untersuchungen in den vergangenen Jahren“, so Dr. Werner BRINKMANN, Vorstand der Stiftung Warentest.

Ulrike VON DER LÜHE, stellvertretende Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, wies darauf hin, dass die Ernährungsberatung seit Jahren einen Schwerpunkt der Arbeit aller 16 Verbraucherzentralen bilde. Ihre Erfahrungen seien, dass das Grundwissen von Kindern über Lebensmittel und Ernährung stän-



Fotos: I. Fahning

Lebensmittel, die für Kinder produziert werden, tragen zur Fehlernährung bei

dig zurück gehe. „Unser Problem ist allerdings, dass Ernährungsberatung häufig nur dann von der Politik beachtet wird, wenn es Lebensmittelskandale gibt“, so von der Lühe.

Jedes fünfte Kind hat Übergewicht

Der vzbv und die Stiftung Warentest bezeichneten den hohen Anteil übergewichtiger Kinder als

wichtigstes Problem der Ernährungspolitik. Übergewicht und Fettsucht bei Kindern und Jugendlichen hätten in den letzten Jahren in Deutschland dramatisch zugenommen: Während der Ernährungsbericht 1984 konstatierte, dass 12 % aller Kinder und Jugendlichen erheblich ihr Referenzgewicht überschritten, würden heute in den Augen der Ernährungswissenschaft bereits 20 % als übergewichtig bzw. adipös

(krankhaft fettleibig) gelten. Jedes Jahr wachse der Anteil der adipösen Kinder um 0,8 Prozentpunkte – die Häufigkeit von Adipositas habe sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt. Und mehr als 50 % der betroffenen Jugendlichen transportierten ihr Übergewicht ins Erwachsenenalter. Damit seien Übergewicht und kindliche Fettleibigkeit ein erheblicher gesundheitlicher Risikofaktor für die Zukunft und ein Kostentreiber für Ausgaben im Gesundheitswesen.

Psychische und physische Beeinträchtigungen

Übergewicht und Fettsucht verursachen erhebliches Leid und Kosten – für den Einzelnen ebenso wie für die gesamte Gesellschaft. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen litten an Hänseleien, hätten mit einem geringen Selbstwertgefühl zu kämpfen und litten häufiger an psychischen und physischen Beeinträchtigun-

gen als Normalgewichtige. Übergewicht und Adipositas verursachen eine ganze Reihe meist chronischer Folgeerkrankungen. Bereits im Kindesalter könnten dies sein: Störungen des Stütz- und Halteapparates, Bluthochdruck, Fettstoffwechselstörungen, die sogenannte Altersdiabetes, Störungen im Harnsäurestoffwechsel, Entzündungen der Gallenblase, sowie das metabolische Syndrom, das ein Bündel gemeinsam auftretender Gefäßrisikofaktoren charakterisiert. Selbst wenn die Kinder frühzeitig auf Normalgewicht abspeckten, bliebe lebenslanglich ein erhöhtes Risiko für die Gesundheit. So gebe es Befunde, dass Übergewicht und Adipositas im Kindesalter das Mortalitäts- und Morbiditätsrisiko auch 50 Jahre später noch erhöhten. Daraus folge, dass das Gesundheitsrisiko übergewichtiger Kinder in jedem Fall erhöht sei, unabhängig davon, wie „gesund“ das weitere Leben verlaufe.

Gravierend seien die gesellschaftlichen Folgen von Übergewicht und Fettsucht. Zwar fehlten genaue Berechnungen der finanziellen Auswirkungen auf das Gesundheitswesen. Allerdings sei unumstritten, dass chronische Krankheiten der Kostentreiber Nummer eins im Gesundheitswesen seien. Übergewicht wiederum gelte als zentraler Risikofaktor bei den meisten chronischen Krankheiten. Ebenso unumstritten sei, dass die Kosten der Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen gestiegen seien und künftig noch weiter ansteigen würden.

Zur Veranschaulichung der künftigen finanziellen Belastungen genüge ein Blick auf die Verschreibungspraxis bei Medikamenten: Übergewichtige Frauen hätten im Jahr 1992 Medikamente im Wert von 302 Euro verschrieben bekommen, während normalgewichtige Frauen 235 Euro für Medikamente in Anspruch genommen hätten.

Beispiele von Lebensmitteluntersuchungen der Stiftung Warentest

Salami-Pizza

Eine ausgewogene Mahlzeit ist eine Pizza nicht, sie enthält fast immer zu viel Fett. Die untersuchten Pizzas enthielten bis zu 50 g, im Schnitt 35 g pro Pizza. Das ist etwa die Hälfte dessen, was als Tagesration – auch für Jugendliche – empfohlen wird. Das viele Fett führt dazu, dass rd. 800 kcal in einer Pizza stecken, etwa ein Viertel bis ein Drittel des täglichen Energiebedarfs von Jugendlichen.

Pommes frites

Abgesehen von der Belastung mit Acrylamid sind die festgestellten Fettgehalte beträchtlich. 100 g frittierte Pommes – das ist eine kleine Portion, die meisten Kinder langen mehr zu – enthalten bis zu 16 g Fett und 300 kcal.

Kindermilchprodukte

Kindermilchprodukte sind meist viel zu süß. Sie enthalten auch fast immer reichlich Fett und Kalorien. Fruchtzwerg, Monsterbacke und Co. sind kein idealer Kindersnack, sondern eher eine Nascherei.

Angereicherte Lebensmittel

Der unausgewogene Speiseplan vieler Kinder wird nicht durch Nährstoff angereicherte Lebensmittel ausgeglichen. Angereichert werden vor allem süße Produkte: Cerealien, Milchmodiggetränke, Kekse, Bonbons. Deren oft schrilles Outfit macht klar, dass hier die Zielgruppe „Kind“ angesprochen wird. Eher selten stimmten die gefundenen Mengen der zugesetzten Vitamine und Mineralstoffe mit den deklarierten überein. Fast immer wurden Überdosierungen, z. B. Vitamingehalte, die mehr als 300 % über den deklarierten lagen, festgestellt. Die Überdosierung ist für die Hersteller oft technologisch notwendig, damit bei wenig stabilen Vitaminen die angegebenen Mengen auch am Ende der Mindesthaltbarkeit noch stimmen.

Auch die Zahl der Krankschreibungen veranschauliche das Problem – sie sei bei übergewichtigen Männern fast doppelt so hoch wie bei der normalgewichtigen Vergleichsgruppe.

Ursachen: Fehlernährung, Bewegungsmangel, Armut

Überkalorische Ernährung sowohl in der Familie als auch außerhalb Haus spiele eine entscheidende Rolle bei der Entstehung von Übergewicht. Dabei würden die Kinder in aller Regel nicht einfach „zu viel“, sondern zu viel an besonders problematischen Lebensmitteln essen: Süßigkeiten, fettreiches Fast Food, gezuckerte Erfrischungsgetränke. Was Kinder dick mache, seien zumeist Speisen, die eher die Funktion eines „Genuss-“ als eines „Nahrungsmittels“ erfüllten, dabei aber zugleich die eigentliche (mehr oder weniger gesunde) Ernährung ersetzen oder ergänzen würden. Die Funktion von Genussmitteln sei aber eine andere als die von Nahrungsmitteln: Hunger oder Appetit stünden nicht unbedingt im Vordergrund. Genussmittel seien daher auch nicht ohne weiteres durch weniger gesundheitsschädliche Speisen ersetzbar. Genussmittel erfüllten, ähnlich wie Rauchen oder Alkohol, in der Regel Surrogat- oder Substitutionsfunktionen und würden daher über eine hohe emotionale Bindungswirkung verfügen, die durch Werbung noch angeregt und verstärkt werde.

14 % der 11-jährigen Mädchen in Nordrhein-Westfalen verzehrten täglich hochkalorische Kartoffelchips, bei den gleichaltrigen Jungen seien es sogar 21 %. Ähnlich seien die Raten beim Verzehr von Pommes frites und gebratenen Kartoffeln, allesamt Nahrungsmittel mit extrem hohem Fettgehalt. Etwa die Hälfte aller 11- bis 15-jährigen Deutschen würden darüber hinaus täglich Süßigkeiten in Form von Bonbons oder Schokolade essen.



Was Kinder dick macht, sind zumeist Speisen, die eher die Funktion eines „Genuss-“ als eines „Nahrungsmittels“ erfüllen

Veränderungen der Essgewohnheiten, wie z. B. die Vorliebe für Fast Food und der Verlust regelmäßiger gemeinsamer Mahlzeiten, würden zu den soziokulturell bedingten Ursachen der Adipositas gezählt. Untersuchungen der Stiftung Warentest zur Beschaffenheit von Fast Food hätten gezeigt, dass Fast Food häufig zu stark gesalzen und sein Fettgehalt sehr hoch sei. Fast-Food-Mahlzeiten lägen mit Blick auf die darin enthaltenen Kalorien im Bereich einer Hauptmahlzeit, würden aber von vielen Konsumenten als Zwischenmahlzeit angesehen. Der Anteil von „Hamburgern und Co.“ an der Ernährung werde von Experten/-innen mittlerweile mit 25 % beziffert.

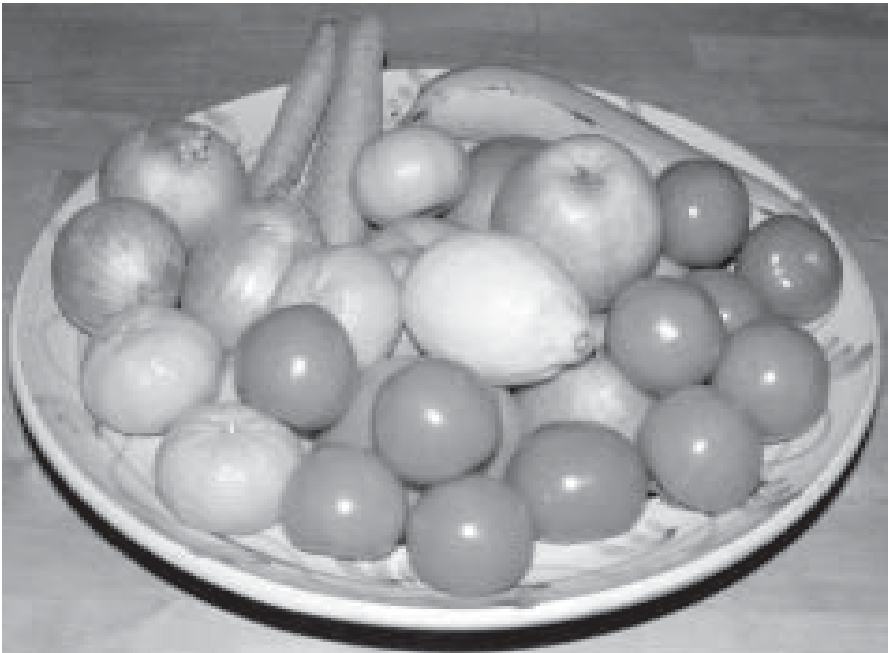
Diese Fehlernährung werde gefördert durch Bewegungsmangel, in der Regel einhergehend mit hohem Fernsehkonsum oder stundenlangen Computerspielen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass auch die tägliche Bewegungszeit von Kindern und Jugendlichen stetig abgenommen habe. Um die Jahrhundertwende hätten Kinder etwa 120 Bewegungsspiele gekannt, in der Nachkriegszeit noch 50 und heute nur noch 20.

Diese komplexen Ursachen würden besonders massiv bei Kindern aus Armutsverhältnissen auftreten.

Sie trieben seltener oder nie Sport – ihr Fernsehkonsum betrage dagegen häufig mehr als vier Stunden pro Tag. Sie ernährten sich ungesünder und seien häufiger von Übergewicht und Adipositas betroffen. Unterschiede im Einkommen wirkten sich auch direkt auf die Ernährung und damit auf die Nährstoffzusammensetzung aus. Infolge des Nahrungsmittelüberangebots in den Industrienationen würden Lebensmittel wie Sahne oder Schweinefleisch, da sie besonders viel Fett enthielten, billiger. Obst und Gemüse seien dagegen verhältnismäßig teuer. Diese Preispolitik führe zu einer überkalorischen Ernährung insbesondere der ärmeren Schichten.

vzbv fordert breites Maßnahmenbündel

Müller rief die Ernährungswirtschaft auf, sich ihrer Mitverantwortung für die Problematik zu stellen. „Wenn auf der einen Seite der Anteil übergewichtiger Kinder ständig steigt, auf der anderen Seite der Umsatz bei Fast Food, Süßwaren und stark gezuckerten Erfrischungsgetränken ebenfalls ständig zunimmt, ist der Zusammenhang offenkundig“. Werbewirtschaft und Lebensmittelindustrie sollten einen offenen und selbstkritischen Dialog darüber führen, wo das subtile Arbeiten mit kind-



Obst und Gemüse sind im Vergleich zu Sahne oder Schweinefleisch verhältnismäßig teuer

lichen Wünschen, Ängsten und Bedürfnissen in der Werbung an Grenzen des Verantwortbaren stoße. Um aus der Ernährungskrise bei Kindern und Jugendlichen heraus zu kommen, fordert der vzbv ein breites Maßnahmenbündel:

1. Lösungsansatz: Was essen Kinder?

Notwendig ist eine obligatorische und leicht verständliche Nährwertkennzeichnung, insbesondere für Fett und Zucker.

Eltern und Kinder wüssten zu wenig über „dickmachende“ Inhaltsstoffe in Lebensmitteln wie Fett oder Zucker. Wer wisse etwa, dass Schokolade oder Riegel nicht nur viel Zucker, sondern auch viel Fett enthielten? Oder dass etwa Milkschokolade kaum Milchbestandteile enthalte, dafür aber reichlich Fett und Zucker? Problematisch sei auch das gezielte Hervorheben einzelner Nährstoffe oder Zutaten in der Werbung. Auf diese Weise, etwa mit Slogans wie „...für die Extra-Portion Milch“ oder „... das Beste aus entrahmter Milch“, werde der Ein-

druck erweckt, es handele sich um ein vermeintlich gesundes Produkt.

Die um sich greifende Praxis der Anreicherung von Süßigkeiten und zuckerhaltigen Getränken mit Vitaminen und Mineralstoffen sei einzuschränken. Durch die Anreicherung mit Vitaminen oder Mineralstoffen, wie z. B. Calcium, werde stark zucker- und/oder fetthaltigen Süßwaren, zuckerhaltigen Getränken oder gesüßten Frühstückscerealien ein „gesundes“ Image verliehen. Dadurch könne der Verzehr größerer Mengen „ungesunder“ Lebensmittel (also Lebensmittel mit von Natur aus wenig wertvollen Nährstoffen wie Vitaminen oder Mineralstoffen, aber viel Kalorien durch hohen Gehalt an Fett oder Zucker) plötzlich als wünschenswert vermarktet werden, nach dem Motto „viel hilft viel“.

Bereits seit längerem werde auf EU-Ebene an einer Verordnung für die Nährstoff-Anreicherung (Vitamine und Mineralstoffe) von Lebensmitteln gearbeitet. Zudem werde eine Verordnung über nährwert-, wirkungs- und gesundheitsbezogene Werbeaussagen von Lebensmitteln diskutiert. Dabei

gelte es, die Zahl der Lebensmittel, die überhaupt angereichert werden dürften, zu beschränken: Produkte mit geringer Nährstoffdichte, wie etwa Limonade, Bonbons oder Schokolade, dürften nicht weiter angereichert werden. Auch die Anreicherungsmengen müssten beschränkt werden.

2. Lösungsansatz: Welche Werbung für die Kleinsten?

Werbung im Umfeld von Kinderprogrammen im Fernsehen sollte nach schwedischem Vorbild künftig in den Landesmediengesetzen und europaweit einheitlich ausgeschlossen werden.

Ernährungsphysiologisch besonders problematische Produkte würden besonders intensiv beworben – auch und gerade im Umfeld von Kinderprogrammen im Fernsehen. Kinder unter 12 Jahren sollten nach schwedischem Vorbild nicht länger Zielscheibe von Werbung sein. Hier seien die Landesgesetzgeber gefordert.

Parallel dazu sollte eine derartige Beschränkung der Werbung im Umfeld von Kinderprogrammen im Zuge der derzeit laufenden Überarbeitung der EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ erfolgen. Allerdings drohe hier die entgegengesetzte Entwicklung – nach den bisher bekannten Vorstellungen der EU-Kommission sollten bestehende Beschränkungen der Fernsehwerbung eher aufgehoben werden, etwa die Festlegung auf eine Werbehöchstdauer von 12 Minuten pro Stunde.

In den vergangenen zwanzig Jahren sei der Umfang der an Kinder gerichteten Werbung stetig gestiegen. So sei beispielsweise die Gesamtzahl der in Deutschland ausgestrahlten TV-Werbespots von 1988 bis 1993 von 205 000 auf 863 000 gestiegen. Im Jahr 1998 hätte sich diese Zahl bereits auf 1,8 Mio. Spots gesteigert; der Anteil der speziell auf diese Ziel-

gruppe zugeschnittenen Werbung dürfte in einem ähnlichen Verhältnis gestiegen sein wie die Gesamtzahl der Werbebeiträge, nicht zuletzt wegen des größeren Programmangebots.

Im Wettbewerbsrecht muss der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor problematischen Werbeformen wirksamer geregelt werden.

Nach der derzeitigen Rechtslage könne unlautere Werbung, die die Unerfahrenheit von Kindern bewusst ausnutze, nicht wirksam sanktioniert werden. Dies müsse bei der derzeit verhandelten Reform des deutschen Wettbewerbsrechts verbessert werden. Parallel sei im Rahmen der anstehenden Harmonisierung des europäischen Wettbewerbsrechts eine Rahmengesetzgebung zu verankern, die Schutznormen für an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung definiere.

Für die neuen Medien ist die Wirtschaft aufgerufen, eigenverantwortlich Standards für Marketing und Werbung auszuarbeiten, die sich an Kinder und Jugendliche richtet.

Drohe bereits bei den herkömmlichen Medien die Grenze zwischen redaktionellem Inhalt und Werbung durch Product Placement und Cross Promotion immer stärker zu verwischen, so gelte dies erst recht für neue Werbemedien wie Internet, SMS, E-Mail etc. In einem Alter, in dem Kinder darauf aus seien, auch durch das Zurschaustellen bestimmter Marken dazuzugehören und anerkannt zu werden, biete das Internet spezielle Möglichkeiten, durch die Vermischung von Inhalt und Werbung Markenbindung bereits bei Kindern aufzubauen.

Ein anderes Charakteristikum der neuen Werbeformen in den elektronischen Medien sei mit der Möglichkeit verbunden, Kinder sehr zielgerichtet und ohne Streuverluste anzusprechen. So hätten

viele Unternehmen eigene Websites für Kinder eingerichtet oder bestimmten durch Sponsoring die Inhalte vermeintlich neutraler Sites, würden Chat-Foren und Club-Mitgliedschaften, elektronische Newsletter oder spezielle Vergünstigungen und kleine Werbegeschenke anbieten, wenn Kinder per E-Mail mit ihnen kommunizierten. Diese neuen Formen der Kommunikation seien für Kinder kaum als direkte Werbung wahrnehmbar und erkennbar. Hinzu komme, dass das Medium durch seine Interaktivität, durch Animationen und die Direktheit der Kommunikation zu unüberlegten, vorschnellen Entscheidungen verführen könne.

3. Lösungsansatz: Was passiert in Kindergärten und Schulen ?

Schulen und Kindergärten müssen wieder stärker ein Grundwissen über Ernährung, Gesundheit und Lebensmittel vermitteln.

Das Grundwissen über Ernährung gehe bei Eltern, Kindern, Lehrern und Erziehern immer mehr zurück. Viele Kinder würden Fisch lediglich in Form von Fischstäbchen kennen, Geflügel ausschließlich als paniertes Hähnchenschnitzel. Gleichzeitig finde hauswirtschaftlicher Unterricht mit den Themen Lebensmittel und Ernährung in den Lehrplänen und als Teil des Unterrichts in Schulen und Kindergärten immer weniger statt. Als Folge davon stünden beispielsweise in Niedersachsen an etlichen Schulen komplett eingerichtete Schulküchen seit Jahren und z. T. nie genutzt leer. Gerade weil in den Familien immer weniger selbst gekocht werde, sei es wichtig, dass Kindergärten und Schulen ein Grundwissen zur Ernährung vermitteln.

Die Politik auf Landes- und Kommunalebene muss für die Verpflegung in Kindergärten und Schulen verbindliche Qua-

litätsstandards festlegen und durchsetzen.

Millionen Kinder nähmen über Jahre hinweg eine oder mehrere Mahlzeiten am Tag im Kindergarten und in der Schule ein. Durch die Ausweitung der Betreuungszeiten und den Trend zur Ganztagschule werde sich dies noch erheblich steigern. Dennoch werde bisher das präventive Potenzial von Ernährung in Einrichtungen, in denen Kinder mit Essen versorgt würden, kaum ausgeschöpft. Im Gegenteil: Die Verpflegung entspreche häufig nicht den Empfehlungen für eine gesunde Ernährung. Gerade öffentliche Betreuungseinrichtungen sollten aber ihre Verantwortung für ein gesundheitsförderndes und dabei kindgerechtes Versorgungsangebot wahrnehmen.

Für Sponsoring und Werbung in Kindergärten und Schulen müssen die Länder einheitliche Richtlinien erarbeiten – gerade für die Bewerbung problematischer Lebensmittel muss es dabei klare Grenzen geben.

Angesichts der Finanznot der Länder und Kommunen steige der Druck auf Kindergärten und Schulen immer stärker, zur Finanzierung ihrer Arbeit zusätzliche Finanzquellen zu erschließen. Marketing und Werbung würden damit zunehmend in Bereiche eindringen, die bislang weitgehend werbefrei waren. Zugleich seien Kinder kaum in der Lage, Werbung und Marketing adäquat zu begegnen – ein Indiz hierfür sei, dass sich beispielsweise 50 % der Kinder durch Werbung gut informiert fühlten.

- fa -

Weitere Informationen enthält das Dossier

„... mit der Extra-Portion Zucker und Fett“
des vzbv
Tel.: 030/25800-0
www.vzbv.de oder
www.stiftung-warentest.de

Ländlicher Raum

Wie nutzen und schätzen die Berliner den ländlichen Raum Brandenburgs?

Dr. Hans-Jürgen Philipp*

Berlin ist, wie jede andere Millionenstadt auch, mit seinem bzw. ihrem Um- und Hinterland vielfältig funktional verbunden. Zu den Verflechtungserscheinungen zählt der Reiseverkehr der Berliner im umgebenden ländlichen Raum. Die Aktivitäten und Präferenzen im Rahmen dieses Reiseverkehrs waren Teil einer Umfrage des Instituts für Sozioökonomie des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF) e. V., das selbst im Hinterland Berlins ansässig ist. 271 statistisch zufällig ausgewählte Berliner „Erstwohnsitzer“ mit deutscher Staatsangehörigkeit und im Alter zwischen 18 und 75 Jahren wurden mündlich befragt.

Überwiegend hohe Aufenthaltshäufigkeit

Auf die Frage, wie oft sich die Befragten in den letzten drei, vier Jahren insgesamt im ländlichen Raum Brandenburgs für jeweils mindestens drei Stunden aufgehalten haben, antworteten 51 % mit „mehr als 15mal“, 12 % mit „11- bis 15mal“, 13 % mit „6- bis 10mal“, 14 % mit „1- bis 5mal“ und 9 % mit „keinmal“. Diese Nennungen können sich

- auf private wie auch dienstliche Aufenthalte (Verwandten- und Veranstaltungsbesuche, Geschäfts- und Studienreisen usw.),
- auf Einzel- wie auch Gruppenaufenthalte (letztere zusammen mit Familien-, Vereins- und anderen Mitgliedern und Personen),
- auf Werktags- wie auch Wochenendaufenthalte sowie
- auf kurz- wie auch längerfristige Aufenthalte (im Rahmen von Feierabenderholung, Einkaufs-

fahrten, Urlaubsreisen, Kuraufenthalten usw.)

beziehen. Wenngleich nicht danach gefragt wurde, ist davon auszugehen, dass es sich überwiegend um Privat-, Erholungs-, Kleingruppen-, Wochenend- und Kurzaufenthalte handelte.

Auf dem 95 %-igen Signifikanzniveau bestehen gesicherte Zusammenhänge der Aufenthaltshäufigkeit

- a) mit dem höchsten Ausbildungsabschluss – je höher letzterer, desto zahlreicher die gemeldeten Aufenthalte,
- b) mit der Erwerbstätigkeit – mit deutlich mehr Aufhalten der Erwerbstätigen gegenüber den Nichterwerbspersonen und Erwerbslosen,
- c) mit der Haushaltsgröße – die Mitglieder größerer Haushalte haben sich häufiger im ländlichen Raum Brandenburgs aufgehalten,
- d) mit der Wohndauer in Berlin –

je länger sie ist, desto geringer die Aufenthaltshäufigkeit,

- e) mit dem Vorstellungsbild, das die Befragten von der Landwirtschaft haben. Dieses wurde mit Hilfe ihrer Stellungnahme zu acht Statements ermittelt – je günstiger dieses Image, desto mehr Landaufenthalte fanden statt.

Keine gesicherten Zusammenhänge bestehen z. B. mit dem Geschlecht und Alter der Befragten sowie mit ihrer Lebenszufriedenheit und ihrem Wohnstandort in Berlin (in Zentrums- vs. Peripherie- und früheren Ost-Berliner vs. West-Berliner Bezirken).

Meist mehrere Reisemotive

Aus welchen Anlässen und zu welchen Zwecken hielten sich neun Zehntel der Befragten im Betrachtungszeitraum auf? Die Antwortvorgaben der Fragebogenfassung wurden von den 246 rezenten Besuchern insgesamt 701mal genannt, am häufigsten

* Dr. Hans-Jürgen Philipp, ZALF Münchenberg

die Kategorien, „um Natur und Landschaft besser kennenzulernen“, „um bauliche Sehenswürdigkeiten zu besichtigen“, „um Verwandte, Freunde oder Bekannte zu besuchen“ und „um Ferien zu verbringen oder Urlaub zu machen“. Allein 72 % der Besucher brachten zum Ausdruck, dass es sie aus der Weltstadt zu natur- und landschaftsverbundener Erholung ‚gedrängt‘ oder ‚gezogen‘ hatte. Ein zweites Motiv, das die Attraktivität ländlicher Regionen Brandenburgs besonders hervorhebt, ist, dort Ferien verbracht oder Urlaub gemacht zu haben.

Nur jeder fünfte Besucher gab ein einziges Reisemotiv an, am häufigsten ebenfalls das Natur- und Landschaftsinteresse. Unter den Mehrfachnennungen sind die Kombinationen des Natur- und Landschaftsinteresses mit Privatbesuchen am häufigsten, was dafür spricht, dass viele hochgeschätzte Sozialkontakte mit Aufenthalt in Wald und Feld verknüpft werden. Ganz offensichtlich ist beim Großteil der Berliner ein mehr oder weniger umfangreiches Motivbündel für ihre Brandenburger Landaufenthalte entscheidend, anders ausgedrückt, nutzt er jenen Raum multifunktional. Dabei haben die Einwohner der Zentrumsbezirke anscheinend ein größeres Bedürfnis und Interesse, aus Berlin rauszukommen, als die Einwohner der Außenbezirke.



Foto: Tourismusverband Ruppiner Land e.V.

Wichtig ist den Berlinern u. a. die Reinhaltung der Seen zum Baden – hier der Wentowsee bei Zabelsdorf

Insgesamt beträchtliche Aufenthaltsattraktivität

Die Frage, wie sie die Anziehungskraft des ländlichen Raums Brandenburgs, eines Kontrastraums zur Metropole, im Hinblick auf seine Eignung für Freizeit und Erholung beurteilen, beantworteten 42 % der Befragten mit der Vorgabe „sehr attraktiv“, 45 % mit „ziemlich attraktiv“ und 9 % mit „wenig attraktiv“. Für niemanden war der ländliche Raum Brandenburgs „ganz unattraktiv“; 4 % äußerten sich unentschieden („weiß nicht“). Das starke Übergewicht der günstigen Urteile spricht für eine große Beliebtheit des ländlichen Brandenburgs ‚in den Köpfen‘ der meisten Berliner. Diesbe-

züglich gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen den (früheren) Ost- und Westberlinern, den Einwohnern der Peripherie- und Zentrumsbezirke, den langfristigen und kurzfristigeren Einwohnern Berlins, den Männern und Frauen sowie den Ober-, Mittel- und Unterschichtzugehörigen. Die häufigen Landbesucher urteilten nur unbedeutend positiver als die selteneren. Gleiches gilt für die Besucher mit mehreren Reisemotiven gegenüber denjenigen mit weniger.

Unabhängig von ihrer Attraktivitätsbewertung sollten alle Befragten angeben, ob und wie der ländliche Raum Brandenburgs für Berliner Ausflügler und Urlauber (noch) attraktiver gemacht werden könnte. Während 62 % von ihnen 1 – 6 Verbesserungsmöglichkeiten vorschlugen, sahen 8 % keinen Bedarf dafür; die übrigen antworteten ausweichend. Einen Eindruck vom Antwortspektrum der Erstgenannten vermittelt diese kleine Auswahl: „Für die Reinhaltung der Seen sorgen zum Baden, mehr Ausflugsgaststätten und mehr Radfahrwege einrichten“; „die alte Kulturlandschaft wiederherstellen, d. h. riesige Ackerflächen durch Hecken gestalten, Feldraine anlegen und Landwirte dabei unterstützen“; „wilde Müllkippen und verfallende, leerstehende Häuser beseitigen“; „bessere



Foto: E. Stuth

72% der Berliner zieht es zu natur- und landschaftsverbundener Erholung in den ländlichen Raum Brandenburgs – hier in das Oderbruch

ÖPNV-Erschließung“; „das holprige Kopfsteinpflaster in Ortschaften beseitigen, die Gastronomie ist zu teuer im Vergleich zur Leistung“; „es fehlen Freizeitparks, Tierparks und Sportzentren, die auch Wochenenden für Touristen anbieten, der öffentliche Nahverkehr ist katastrophal, es gibt zu wenige Taxen ...“.

Nicht gering geschätzt werden sollten (relativ) zufriedene Meinungsäußerungen wie die folgenden: „Für Berliner, die nun gar nicht verwöhnt sind durch das jahrelange Einsperren, kann es gar nicht besser sein“; „bitte nicht den ländlichen Raum Brandenburgs noch attraktiver machen, er wird sonst zu überlaufen“; „so wie es ist, ist es sehr schön“; „er lässt sich nicht weiter verbessern“; „es ist alles okay – der Rest wird noch“; „man sollte ihn so erhalten, wie er ist, das macht gerade die Attraktivität aus“.

Mehrheitlich auch günstige Gesamtbewertung von Natur und Landschaft

Neben der generellen Aufenthaltsattraktivität des ländlichen Brandenburgs wurden spezielle Beurteilungen der dortigen Natur und Landschaft und charakteristi-

scher Bestandteile derselben erhoben, die individuelle Präferenzen und Aversionen offenbaren. Den Zustand der Natur und Landschaft bewerteten 18 % der Befragten mit der Schulnote „1 (sehr gut)“, 56 % mit „2 (gut)“, 19 % mit „3 (befriedigend)“, 4 % mit „4 (ausreichend)“ und nur einer noch schlechter. 4 % waren unentschieden. Damit wurden Naturnähe, Landschaftsbild, Landnutzung, Landschaftspflege, Umweltbelastung und dergleichen summarisch mehrheitlich günstig benotet – günstiger vielleicht, als manche Betrachter im Zusammenhang mit der industriemäßigen Agrarproduktion, dem großflächigen Braunkohletagebau und den starken Industrieemissionen zu DDR-Zeiten erwartet hätten.

Von den bivariaten Analyseergebnissen ragt eines durch seine Signifikanz und Plausibilität heraus: Die Befragten, die Natur und Landschaft in Brandenburg günstig benotet haben, beurteilten auch die Attraktivität des dortigen ländlichen Raums für Berliner Ausflügler und Urlauber günstig. Dies lässt darauf schließen, dass die Natur- und Landschaftsbewertung die Attraktivitätsbewertung entscheidend beeinflusst. Statistisch auffällig ist auch, dass die Befrag-

ten mit einem positiven Landschaftsbild die Natur und Landschaft günstig benotet haben. Dies gilt auch für die Besucher, die sich vor allem in Brandenburg aufgehalten haben, „um Natur und Landschaft besser kennenzulernen“.

Viele gefallende und wenige missfallende Landschaftsbestandteile

Natur und Landschaft werden allgemein als aus einer Mehrzahl verschiedener Geofaktoren, Biotope, Strukturelemente, Nutzungsweisen o. ä. zusammengesetzt aufgefasst und wahrgenommen. Für die heutigen Brandenburger Landschaften sind 17 Bestandteile als charakteristisch erachtet und deshalb auf einer Liste als Antworthilfen vorgegeben worden. Von diesen Bestandteilen sollten die Befragten einerseits diejenigen nennen, die ihnen gefallen, und andererseits diejenigen, die ihnen missfallen. Jeweils mehr als jeder zweite Befragte äußerte Präferenzen für die großen Seen, langen Alleen, ausgedehnten Kiefern- und Laubwälder, kleinen Dörfer („... den Dörfern sieht man noch an, daß es welche sind“, wie der bekannte märkische Schriftsteller

Foto: Tourismusverband Ruppiner Land e.V.



Den Zustand der Natur in Brandenburg bewerteten 75 % der Befragten mit gut oder sehr gut – hier Ruppiner Kanal bei Oranienburg



Foto: Tourismusverband Ruppiner Land e. V.

Die Schlösser und Herrenhäuser Brandenburgs gehören zu den 17 charakteristischen Bestandteilen der Brandenburger Landschaft – hier Schloss Dannenwalde

Günter de Bruyn ihr Erscheinungsbild auf einen einfachen Nenner gebracht hat), die Schlösser und Herrenhäuser, das charakteristische Relief sowie die Feldsteinkirchen aus dem Hochmittelalter. Aus Berliner Sicht dominieren diese sieben Charakteristika am ehesten das Attraktivitätsprofil des ländlichen Brandenburgs. Beachtlich ist auch die Zahl der Befragten, denen die kleinen Städte, vielen Pfuhe und großen Felder zusagen. Am Ende der Präferenzrangliste stehen eher überraschend der weit verbreitete Sandboden von des „Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“ und weniger überraschend die großen Stallgebäude hauptsächlich aus den 1960er und 1970er Jahren. Demgegenüber bestehen Aversionen vor allem gegenüber (dem Aussehen von) Stilllegungsflächen und Großställen. Außerdem missfallen nennenswert häufig der Sandboden, die Industrieanlagen, die monokulturellen Kiefernwälder und jetzige Schlaggrößen. Es gibt offensichtlich so gut wie keine ‚Gegner‘ der Feldsteinkirchen, Täler, Seen, Alleen und anderer populärer Charakteristika.

Insgesamt resultierte ein Zahlen-

verhältnis von 6,5 Präferenzen zu einer Aversion. Lediglich sieben Befragte äußerten mehr als drei Aversionen, dagegen 58 Befragte mehr als zehn Präferenzen. Außerdem führten lediglich drei Befragte mehr missfallende als gefallende sowie elf gleich viele missfallende wie gefallende Landschaftscharakteristika an. 255 Befragte nannten dagegen mehr gefallende Charakteristika.

In diesen Relationen, die mit dem o. g. häufigsten Reisemotiv konform gehen, kommt wohl auch die den „alten Berlinern“ nachgesagte Naturverbundenheit zum Ausdruck, die der Schriftsteller Franz Lederer 1925 mit den Worten illustrierte: „Angesichts der hohen Mietshäuser könnte man denken, daß der Berliner wenig Wert auf Naturschönheit legt. Dabei ist der Berliner ein großer Naturfreund. Blumen, Singvögel, Aquarien sind in Berliner Wohnungen keine Seltenheit, und jener Gastwirt wußte wohl, was er tat, als er beim ersten Frühlingshauch dem Hausknecht zurief: ‚Aujust, drag‘ mal die beeden Olejanderbäume raus, det et aussieht wie'n Jarten“. Zu dieser Naturverbundenheit gehört auch das besondere

Verhältnis zu den vielen innerstädtischen Straßenbäumen (symbolisiert z. B. im Namen der Prachtstraße Unter den Linden, kurz ‚unsere Linden‘), Park- und anderen Grünanlagen (Tier- und Lustgarten, Schloss- und Treptower Park, Volkspark Hasenheide und Friedrichshain usw.).

Schlussbemerkung

Es ist weithin bekannt, dass besonders an Wochenenden im Sommerhalbjahr zigtausend der jetzt 3,4 Mio. Berliner gern und oft in den ländlichen Raum Brandenburgs „ausschwärmen“. Warum sie das tun, belegen vorstehende positive Befunde. Diese sollten verstärkt bei der Werbung für den Landtourismus in Brandenburg genutzt werden.

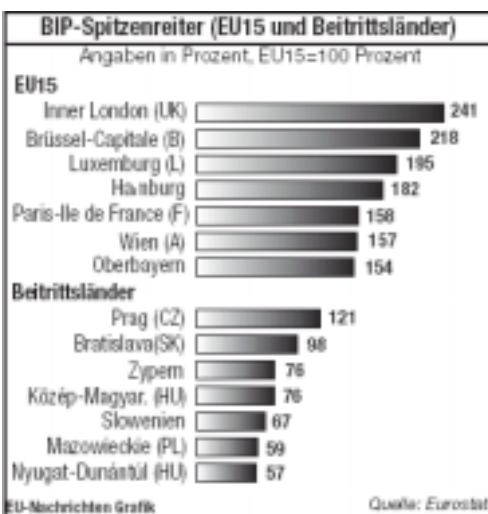
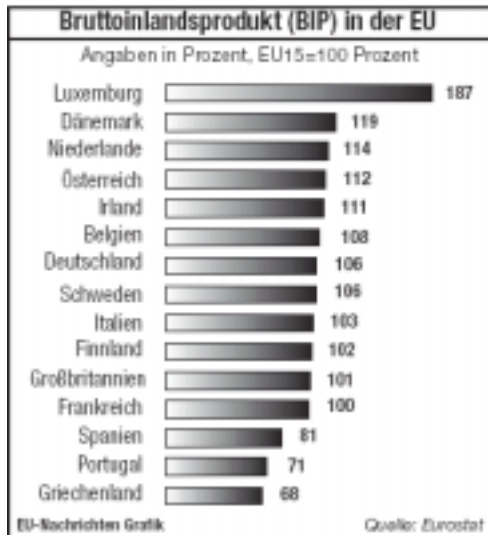
Weitere Untersuchungsergebnisse sind nachzulesen in:

Philipp, H.-J.: Die mobilen Hauptstädter und das platte Land. Aktivitäten und Präferenzen von Berlinern im ländlichen Raum Brandenburgs. ZALF-Berichte, Nr. 48; Müncheberg 2001, Preis 10 Euro.

EU-Osterweiterung

EU-Osterweiterung führt zu Verschärfung regionaler Gegensätze

Mit der EU-Osterweiterung geht eine erhebliche Verschärfung der regionalen Gegensätze innerhalb der EU einher. Der Abstand der ärmsten zu den reichsten Regionen, bezogen auf 10 % der Bevölkerung, wird in einer EU der 27 Staaten 1 : 6 betragen (EU 15 = 1 : 2,6), so der zweite Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt. In den Beitrittsländern herrschen bereits erhebliche Disparitäten beim Bruttoinlandsprodukt (BIP, gemessen in Kaufkraftstandards) pro Region vor.



Prag hat den EU-Durchschnitt des BIPs bereits um 20 % überflügelt und erhält ab 2004 keine Mittel aus der Ziel-1-Förderung mehr. Auch die Hauptstadtregionen von Bratislava, Budapest („Közep-Magyar“), Warschau („Mazowieckie“) sowie Slowenien werden in näherer Zukunft die 75 %-Grenze des EU-BIPs überschreiten. Nordost-Rumänien erreicht dagegen nur 16 % des BIP-Durchschnitts. Abgeschlagen sind Bulgarien (26 %), Lettland (31 %), Litauen (36 %) und Estland (40 %). Ungarn erwirtschaftet zwar 50 %, doch erreichen weite Teile des ländlichen Raums kaum 36 %. 2004 bis 2006 stellt die EU für die MOEL 21,7 Mrd. Euro an Struktur- und Kohäsionsfondsmitteln bereit.

Neue Bundesländer liegen unter 75 % des EU-BIPs

18 % der heutigen EU-Bevölkerung leben in Regionen, deren BIP weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt. In Deutschland betrifft dies die neuen Bundesländer, deren Wirtschaftskraft im Jahr 2000 leicht abgenommen hat und mit Ostberlin zusammen 72 % des durchschnittlichen EU-BIPs erreichte. Die größten regionalen Disparitäten verzeichnen allerdings weiterhin Frankreich und Italien, auch wenn sich der Abstand leicht verringert hat.

EU-Nachrichten Nr. 5 vom
06.02.2003

Bildung

Ein Raum für ganzheitlichen Unterricht – das Waldklassenzimmer

Rustikale Eichenholzbänke, einfache Schulmöbel oder Steinquader – die „Einrichtung“ von Waldklassenzimmern variiert. Weitgehend einheitlich ist dagegen die Umgebung: Wald. Die Idee, den Klassenraum in den Wald zu verlegen, erfreut sich seit Mitte der 90er Jahre bundesweit zunehmender Beliebtheit, zumal der Bau eines Waldklassenzimmers mit entsprechender Unterstützung relativ einfach zu bewerkstelligen ist. Ein solcher Bau erfordert ein Waldgebiet in der Nähe der Schule, engagierte Pädagogen und Eltern sowie Förster und Waldbesitzer, die das Projekt unterstützen. Für die kalte Jahreszeit empfiehlt sich ein offenes Feuer als Wärmequelle.

Waldklassenzimmer Halvestorf

Die Idee für das „Klassenzimmer am Wald“ in Halvestorf, einem Stadtteil von Hameln, entstand im

Rahmen eines Dorferneuerungsprojekts und wurde innerhalb von fünf Monaten realisiert. Träger der Maßnahme ist der Förderverein der Grundschule Halvestorf. Finanziert wurde das Waldklassenzimmer größtenteils von der Sparkassenstiftung. Ehrenamtliche Helfer/-innen leisteten etwa 60 Arbeitsstunden, bis das Waldklassenzimmer fertig gestellt war.

Das Klassenzimmer in Halvestorf besteht aus 35 Steinquadern mit 40-80 cm Kantenlänge und zwei großen Tischplatten. Diese wurden so gruppiert, dass sowohl Frontal- als auch Gruppenunterricht möglich ist und die Steinlandschaft auch von Kindergartengruppen zu Spielzwecken genutzt werden kann. Die Pflege übernimmt der Dorferneuerungsausschuss. Da die Erfahrungen der Grundschule Halvestorf mit dem Unterricht im Waldklassenzimmer sehr positiv sind, interessieren sich inzwischen auch an-

dere Schulen dafür, das Waldklassenzimmer zu nutzen.

Waldklassenzimmer Schneverdingen

Beim Unterricht im Waldklassenzimmer bestimmten vielfach die Kinder und nicht die Richtlinien den Unterricht, so Heike ONKEN-OLSZEWSKI, seit vier Jahren Lehrerin im Waldklassenzimmer in Schneverdingen. Die Kinder reagierten auf einen Schmetterling, einen Frosch, ein Eichhörnchen – und schon sei ein Unterrichtsthema da. Gleichwohl finde im Waldklassenzimmer nicht ausschließlich naturbezogener Unterricht statt.

Durch die Verlegung von Unterrichtsstunden in den Wald wird Kindern im Schul- und Kindergartenalter die Chance gegeben, Natur im Wandel der Jahreszeiten unmittelbar zu erleben. Das Lernen in der Natur kommt dem natürlichen Bedürfnis der Kinder entgegen, Dinge selbst zu entdecken, sich frei zu bewegen und eigene Erfahrungen zu sammeln. Kinder, die den Unterricht im Freien gewohnt seien, gingen oft viel selbstverständlicher an Dinge heran, so Onken-Olszewski. Sie lernen spielerisch den Umgang mit der Natur und den Lebensraum Wald kennen.

Positive Auswirkungen auf das Sozialverhalten

Das gemeinsame Naturerleben fördert außerdem das Sozialverhalten der Kinder. Schüler/-innen eines Waldklassenzimmers beschrieben ihre Eindrücke positiv: Es gebe keine Wände, in denen sie eingesperrt seien, keine Tü-



Foto: Th. Forche

Waldklassenzimmer in Halvestorf

ren zum „Rausstellen“, bessere Luft und keine Tafel, von der sie abschreiben müssten. Diese Eindrücke zeigen, dass das Waldklassenzimmer den Schülern/innen einen Hauch von Freiheit vermittelt und ihnen die Möglichkeit gibt, sich geistig und körperlich zu entfalten. Positiv wirkte sich auch aus, so Onken-Olszewski, dass verhaltensauffällige Kinder mehr Raum hätten, um sich gegenseitig aus dem Weg zu gehen.

Pädagogen sind sich einig darüber, wie wichtig positive Na-

turerfahrungen für Kinder sind. Erste Schreibübungen mit selbstgeschnitzten Holzfüllern, die Uhrzeit lernen mit einer selbstgebauten Sonnenuhr, Insekten und andere Waldtiere unmittelbar beobachten und entdecken können oder einfach nur die ersten warmen Sonnenstrahlen spüren – all dies sind Erfahrungen, die nur in der Natur gemacht werden können.

Die Erfahrungen einer Grundschulklasse aus Schneverdingen, die über vier Jahre einmal wöchent-

lich Unterricht im Waldklassenzimmer hatte, wurden im Rahmen einer Examensarbeit untersucht. Die Arbeit kann bei dem Verein Klimaschutz durch Wald e.V. angefordert werden, der sich bundesweit für die Einrichtung von Waldklassenzimmern einsetzt.

- OS -

Klimaschutz durch Wald e.V.

Fuhrenkamp 88

29640 Schneverdingen

www.Klimaschutz-durch-Wald.de

Schulbauernhof Ummeln leistet Pionierarbeit

Auf Schulbauernhöfen können Kinder bei der Hofarbeit spielerisch ökologische Zusammenhänge erleben und verstehen.* Einer der ersten Bauernhöfe dieser Art ist der Schulbauernhof Ummeln bei Bielefeld, den bisher über 15 000 Schüler/innen besucht haben. Im September 2002 wurde der Hof für seine Pionierarbeit bei der Heranführung von Kindern und Jugendlichen an landwirtschaftliche und ökologische Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Karl-Werner-Kieffer-Preis ausgezeichnet.

Anfang der 80er Jahre hatte eine Gruppe von Lehrern und Lehrerinnen die Idee, die vorherrschenden starren Lehrmethoden

herkömmlicher Schulen durch neue Lehrkonzepte auf einem Schulbauernhof zu verwirklichen. 1983 war es soweit: Ein alter re-

novierungsbedürftiger Bauernhof, der „Meier Hof zu Ummeln“, konnte gepachtet werden. Zwei Jahre und unzählige ehrenamtliche Arbeitsstunden später wurden die ersten Schüler auf dem Schulbauernhof aufgenommen. Der Hof bietet baulich hervorragende Möglichkeiten zur Unterbringung von Schulklassen; in der Küche können bis zu 40 Personen gepflegt werden, eine große „Deele“ ermöglicht Gruppenaktivitäten und das zum Hof gehörige Gelände ist 7 ha groß. Bis heute haben mehr als 15 000 Schüler/innen aus Bielefeld und der näheren Umgebung, dem übrigen Nordrhein-Westfalen und aus den anderen Bundesländern das Angebot genutzt.

Umweltverantwortliche Landwirtschaft

Der Hof hat viele Gesichter: Rund um die Hofgebäude gibt es einen Teich, Wald, Acker- und Weideflächen sowie Tiere, die auf den Flächen weiden. Die Vielfalt an Flora und Fauna ermöglicht es,



Schulbauernhof Ummeln

Fotos: Schulbauernhof Ummeln

Der Hof bietet baulich hervorragende Möglich-

* Zum Thema Schulbauernhöfe siehe auch: „Lernort Bauernhof – Chancen für nachhaltiges Lernen“, Ländlicher Raum 02/2002, S. 27

komplexe ökologische Zusammenhänge zu zeigen und erlebbar zu machen. Durch dieses ganzheitliche Lernen werden ökologische Grundprinzipien auch didaktisch und methodisch aufgenommen.

Das Konzept des Hofes ist für den meist einwöchigen Besuch von Schulklassen ausgelegt. Dabei steht die praktische Hofarbeit, im Rahmen einer umweltverantwortlichen Landwirtschaft, im Vordergrund.

Kinder übernehmen praktische Arbeiten

Unter Anleitung von Fachkräften wird der Hof von den Kindern nach dem Realitätsprinzip bewirtschaftet, d. h. sie übernehmen alle täglich anfallenden Aufgaben. Dabei lernen die Gruppen etwas über Bodenpflege, Düngung auf natürlicher Grundlage und geschlossene biologische Kreisläufe. Wo es möglich ist, führen die Kinder die Arbeitsschritte von Hand aus.

So versorgen sie neben Schafen, Schweinen, Gänsen, Enten, Hühnern, Puten, Kaninchen und Bienen auch das Großvieh. Zum Realitätsprinzip gehört – konsequenterweise – auch das Schlachten. Die praktischen Tätigkeiten werden durch handwerkliche Arbeiten im Haus und auf dem Gelände (z. B. Erneuerung von Zäu-



Die praktische Hofarbeit steht im Vordergrund

nen, Bau von Schafunterständen und von Schweinehütten) ergänzt. Außerdem sind Werkräume eingerichtet für Holzarbeiten, die Verarbeitung von Wolle und zum Töpfen.

Ehrenamtliches Engagement ist nötig

Seit es den Schulbauernhof als anerkannten Lernort gibt, konnten anderthalb Angestellte und anderthalb Lehrerstellen eingerichtet werden. Außerdem sind drei Zivildienstleistende und zwei Praktikanten im Bereich Umweltschutz beschäftigt und kümmern sich neben den Hauptverantwortlichen um Haus, Tiere, Geräte und Gelände. Die Breite und Vielfalt des Ange-

botes kann jedoch nur mit tatkräftiger ehrenamtlicher Unterstützung aufrecht erhalten werden. Bei einem Tagespreis von 16 Euro pro Kind sind nicht alle Kosten des Hofes gedeckt – die finanzielle Situation ist daher schwierig.

Karl-Werner-Kieffer-Preis

Pädagogisch gesehen ist der Schulbauernhof ein Erfolg: er ist für zwei Jahre im voraus ausgebucht. Viele positive Rückmeldungen von Eltern und Schülern sprechen für den didaktischen Erfolg und ein geglücktes Konzept. Das Angebot überzeugt – nicht zuletzt auch die Juroren des zum vierten Mal ausgeschriebenen Karl-Werner-Kieffer-Preises der Stiftung Ökologie und Landbau. Die Auszeichnung richtet sich an Umweltbildungsinitiativen, die sich insbesondere im Bereich des ökologischen Landbaus engagieren. Im Fall des Schulbauernhofs Ummeln überzeugte die Pionierarbeit, die geleistet wurde, um einen der ersten Schulbauernhöfe dieser Art entstehen zu lassen und die Vorbildfunktion, die der Hof für andere Schulbauernhöfe hat. - bo -



Der Hof wird nach dem Realitätsprinzip bewirtschaftet, d. h. die Kinder übernehmen alle anfallenden Aufgaben

Kontakt Schulbauernhof:
Tel.: 0521 488732
Fax: 0521 4889427
Email: mail@schulbauernhof-ummeln.de
www.schulbauernhof-ummeln.de

Tourismus

Bilanz:

Jahr des Ökotourismus

Christel Burghoff*

Das Jahr des Ökotourismus, das die Vereinten Nationen und die Welttourismusorganisation für 2002 ausgerufen hatten, ist vorüber – die Diskussionen darüber sind es nicht. Der traditionell diskussionsfreudige „Reisepavillon“ (vom 31.1. – 2.2.03 in Hannover) versuchte sich auf gleich zwei Veranstaltungen an einer Bilanz dieser internationalen Kampagne und rührte so auch an den Kontroversen, die darüber geführt wurden. Vor allem Nichtregierungsorganisation (NGOs) des Südens hatten eine touristische Offensive auf die letzten Naturrefugien dieser Welt befürchtet – nun musste man feststellen, dass der große Run ausgeblieben ist. Was war es also, das Ökotourismusjahr, war es ein Flop?

Während die Kritiker erleichtert aufatmen können, sind vor allem die Anbieter von Ökoreisen enttäuscht. Die Liste der Klagen ist lang. Man ist enttäuscht vom Desinteresse der Medien, die kaum darüber berichteten, aber auch von der mangelnden Bereitschaft großer Veranstalter, Ökoreisen zu lancieren. Viele Chancen wurden vertan, selbst jetzt, nach vielen weltweiten Konferenzen zum Jahr des Ökotourismus ist ungeklärt, was unter Ökotourismus wirklich zu verstehen ist. Allein die Initiatoren der Kampagne geben sich unverdrossen optimistisch. Oliver HILLEL von der UNEP, der Umweltorganisation der Vereinten Nationen, betonte den schwer messbaren „unterschweligen“ Effekt, der von den internationalen Konferenzen ausgeht und langfristig die Tourismuspolitik der Länder beeinflusst. Und er warb für Geduld: Vielleicht sollten wir die Diskussionen um die sog. Nachhaltigkeit im Tourismus mit der Wirkung der Homöopathie vergleichen, sie als eine Therapie verstehen, die, wie Hillel meinte, hel-

fen könne, aber nie schade ... Vielleicht.

Dennoch erstaunte, wie klar die Szene der Ökoanbieter und kleinen Reiseveranstalter auf dem Reisepavillon jeden messbaren ökonomischen Nutzen des Ökotourismusjahres verneinte. Natürlich wurden wieder Wachstumserfolge vermeldet, der Verband „Forum Anders Reisen“, dem über 80 Anbieter angehören, berichtete von durchschnittlichen Umsatzsteigerungen von 20 - 25 % für das vergangene Jahr – aber das gilt in dieser Branche als „normal“. Vor allem die Qualität ihrer Angebote machte diese Veranstalter für immer mehr Menschen attraktiv, verkündete der Verband. „Hier wird der hohe Erlebniswert gebucht“, so Kai PARDON von „One World“-Reisen, „Öko ist quasi der Zusatznutzen, den unsere Gäste haben.“ Mehr und mehr, so scheint es, verbindet sich Umweltbewusstsein mit Qualitätsansprüchen. Ein Trend, der nahezu unbemerkt vonstatten geht.

Vielleicht trägt dieser Trend auch zum dauerhaften Erfolg des Reisepavillons bei. Der einst bescheiden-beschauliche „Marktplatz für anderes Reisen“ (wie sich der Reisepavillon immer noch nennt) ist jetzt im 13. Jahr seines Bestehens in einer großen und lichten Halle der Hannovermesse angekommen. Zur Eröffnung gab sich Verbraucherschutzministerin Renate KÜNAST Schulter an Schulter mit der Bergsteigerlegende Reinold MESSNER die Ehre. Der Reisepavillon kooperierte wieder mit der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Im „Forum International für nachhaltigen Tourismus“ bot die GTZ u. a. einen Marketingworkshop an, ein spezieller Ausstellungsbereich informierte über die Reiseangebote der von der GTZ geförderten Entwicklungsprojekte in teilweise sehr exotischen Regionen, etwa in Äthiopien oder in Laos. Über 200 Veranstalter zählte der Reisepavillon, immer mehr Anbieter im Bereich des Nationalparktourismus sind hinzugekommen.

* Christel Burghoff, Journalistin, Frankfurt/Main

Neben all den schönen Angeboten von Ökoreisen in eine intakte und großartige Natur sorgten auch die tourismuskritischen Gruppen der Arbeitsgemeinschaft „Dante“ wieder für Diskussionsstoff. Sie thematisierten in einer neuen Kampagne den „fairen“ Handel im Tourismus, ein Thema, das seit jeher für entwicklungspolitisch engagierte NGOs zentral war, im Zuge der Ökodiskussion jedoch ins Abseits geriet. Und so eröffnete die Arbeitsgemeinschaft er-

neut die Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit, um Transparenz und Mitsprache der Produzenten im internationalen Wirtschaftsgeflecht. Sie versteht ihren Vorstoß nicht als Plädoyer für neue Reiseprodukte, sondern als Herausforderung an die unternehmerische Verantwortung im Tourismus. Das Ziel ist, mehr Reiseangebote mit glaubwürdigen Labels auf dem Markt zu lancieren. Was bei Bananen möglich ist, könnte auch fürs Reisen gelten,

meinte Christine PLÜSS vom schweizer „Arbeitskreis für Tourismus und Entwicklung“. Immerhin würden in der Schweiz schon über 20 % aller gehandelten Bananen aus dem „fairen“ Handel kommen. Diese Größenordnung verblüffte so manchen Zuhörer. Nicht zuletzt deshalb, weil der Marktanteil von Ökoreisen zwischen 1 und 3 % liegt – trotz aller internationalen Promotion.

Termine

5. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung 2003 am 17. und 18. März 2003 an der Technischen Universität München

Vom ungebremsten Flächenverbrauch zur nachhaltigen Landnutzung im ländlichen Raum – Dorf- und Flurentwicklung im Zeichen von Bodenverbrauch und Ressourcengefährdung

In Zusammenarbeit mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Landentwicklung wird u. a. über Themen wie Kurswechsel in der Flächennutzung, nachhaltige Siedlungsentwicklung, Konsequenzen aus dem Weltgipfel in Johannesburg referiert und diskutiert.

Veranstalter und Leitung: Univ.-Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung der Technischen Universität München, Tel. 089/2 89 - 2 25 75 Fax 089/2 89 - 2 39 33, E-Mail Karmann@landentwicklung-muenchen.de

Teilnehmergebühr 130,-- Euro

Seminar für Biowinzerinnen vom 17. bis 19. März 2003 in der Evangelischen Landjugendakademie

Kreative Ideenfindung und Problemlösungstechniken

An Winzerinnen, die zwischen Weinberg, Keller, Vermarktung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Kundinnen und Kunden, partnerschaftlicher Beziehung und Familie eingebunden sind, werden meist hohe Anforderungen gestellt. Um diesen gerecht zu werden und die kreativen Potenziale besser nutzen zu können, werden in dem Seminar Techniken vorgestellt und angewendet, die eine Umsetzung der Aufgaben erleichtern. Dabei wird an die eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse angeknüpft, so dass das Gelernte individuell verwertbar wird.

Seminarleitung: Dipl.-Ing. agr. Ute Rönnebeck

Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Tel. 02681/95160, Fax 02681/70206
E-Mail: kmittel@wiz.uni-kassel.de

Teilnehmerbeitrag 170,-- Euro

Personalien

Ullrich Schröder übernimmt Nachfolge von Werner Melzer

Werner MELZER, Direktor der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft (LBG) Berlin, scheidet Ende Mai 2003 aus seinem Amt aus. Auf der Vertreterversammlung der LBG Berlin im Dezember 2002 wurde der stell-

vertretende Geschäftsführer Ullrich SCHRÖDER zu Melzers Nachfolger gewählt. Als Geschäftsführer der LBG wird Schröder gleichzeitig Geschäftsführer der Alters-, Kranken- und Pflegekassen.

Der 53-jährige Jurist ist seit März 1993 bei den Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern Berlin tätig. Zuvor war er langjähriger Referatsleiter im Bundesversicherungsamt.

Dr. Paul Kuhlmann im Ruhestand

Am 20. Dezember 2002 wurde Dr. Paul KUHLMANN, Generalsekretär des Hessischen Bauernverbandes (HBV), in den Ruhestand verabschiedet. Kuhlmann war in seiner 32-jährigen Dienstzeit für den HBV 29 Jahre lang Hauptgeschäftsführer bzw. Generalsekretär.

Wie kein anderer habe Kuhlmann in seiner langen Dienstzeit

den Hessischen Bauernverband mit geprägt, erklärte HBV-Präsident Heinz Christian BÄR während der Abschiedsfeierlichkeiten. Vom Deutschen Bauernverband wurde ihm die Andreas-Hermes-Medaille verliehen. Hessens Landwirtschaftsminister Wilhelm DIETZEL würdigte sein erfolgreiches Wirken und überreichte ihm in Vertretung von Ministerpräsident Roland KOCH zum Dank und als

Zeichen der Anerkennung den Hessischen Verdienstorden.

Kuhlmanns Nachfolger wird der bisherige stellvertretende HBV-Geschäftsführer Peter VOSSFELS.

Dr. Wilhelm Peters 60 Jahre

Am 24. Februar 2003 feierte Dr. Wilhelm PETERS seinen 60. Geburtstag. Peters ist Abteilungsleiter im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern und zuständig für Agrarstruktur.

Der gelernte Landwirt studierte Landbauwissenschaften in Göttingen und promovierte auf dem Ge-

biet der Agrarökonomie. Von 1974 bis 1983 war er am Institut für Strukturforchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig wissenschaftlich tätig. Danach wechselte er in das damalige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, bevor er Anfang der 90er Jahre seine Tätigkeit im Ministerium in Schwerin aufnahm.

Peters ist seit 1999 Mitglied des Kuratoriums der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

Die ASG gratuliert Dr. Wilhelm Peters herzlich zu seinem 60. Geburtstag, wünscht ihm alles Gute und freut sich auf viele weitere Jahre guter Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Peter Treuner 65 Jahre

Am 11. Februar 2003 feierte Prof. Dr. Peter TREUNER seinen 65. Geburtstag. Treuner leitet seit 1972 das Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart.

1987 wurde er ins Kuratorium der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) gewählt, dem er bis heute angehört. Der habilitierte Volkswirt ist seit fast 35 Jahren Mitglied der ASG.

Wir gratulieren Prof. Treuner herzlich, wünschen ihm Glück und Gesundheit und hoffen, dass er der ASG noch lange verbunden bleiben wird.

Für Sie gelesen

Moderne Prinzen fahren Traktor – Amüsanter Ratgeber (nicht nur) für heiratswillige Jungbauern

leren Lebensweise ein Leben an der Seite eines Landwirtes vorstellen können. Allein, oft sind es die partnersuchenden Landwirte, Grasshofs „Prinzen“, die die Suche aufgegeben haben „und sich gehen lassen“. Der vorliegende Band versteht sich als praktischer Ratgeber, der Landwirten mit Anregungen und Hilfestellungen zu ihrem Glück verhelfen will.

Diese reichen von „Bilden Sie sich“ über „Achten Sie auf Ihr äußeres Erscheinungsbild“ bis hin zu „Seien Sie erotisch, aber denken Sie nicht gleich an Sex“. Die Lesetipps für Interessierte im Anhang verweisen auf weitergehende Literatur zum Thema.

Die einzelnen Kapitel veranschaulichen das Gesagte mit Beispielen sowie mit Karikaturen. Da ist z. B. Dominik, der zum Sprachrohr seiner Mutter geworden war oder Hubert, der ins Telefon brüllt, es müsse endlich mal wieder jemand sein Haus putzen. Da ist aber auch Holger, der die Frau in sein Leben einbeziehen will, Blumen schickt und stilvolle Briefe schreibt. Grasshof präsentiert eine bunte Palette an Beispielen aus ihrer beruflichen Praxis, die den „Dominiks“, „Huberts“ und „Holgers“ unter den Lesern klar machen soll, wie ihr Verhalten beim anderen Geschlecht ankommt und wie sie an sich arbeiten können, um etwas zu ändern.

Obwohl ein amüsanter Ratgeber, gibt Grasshof in ihrem Buch durchaus auch psychologische Erkenntnisse weiter. Der Band ist großzügig im Layout und überzeugt durch seinen amüsanten, aber ernsthaften Umgang mit einem Thema, das oftmals belächelt wird. Grasshof hat das, was man eine „flotte Schreibe“ nennt, und macht es den Prinzen dieser Welt und allen anderen Interessierten damit leicht, sich dem Ratgeber zu nähern.

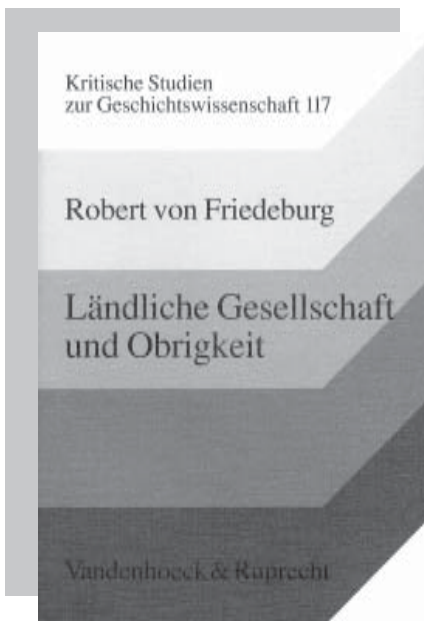
- OS -

Elke Grasshof: Moderne Prinzen fahren Traktor – Amüsanter Ratgeber (nicht nur) für heiratswillige Jungbauern. Münster-Hiltrup 2002, Landwirtschaftsverlag GmbH, 128 S., 9,95 Euro; ISBN 3-7843-3167-X.

Landwirte haben das, was viele Städterinnen bei Städtern oft vergeblich suchen. Traditionen, Werte, Sicherheiten, das Nest für die Nachkommenschaft“. Elke GRASSHOF, seit vielen Jahren in der Partnervermittlung für Landwirte tätig, weiß, wovon sie spricht. Sie hat viele Frauen zwischen 30 und 50 Jahren kennen gelernt, die sich gerade wegen der traditionel-

Unter der Kapitelüberschrift „Prinzen wohnten immer schon auf dem Lande“ nennt Grasshof die Vorzüge, die die Landwirte im Vergleich zu anderen Berufsgruppen mitbringen, etwa den, dass sie nie von Arbeitslosigkeit betroffen sind. In den folgenden Kapiteln geht es um die Vorbereitung auf die Partnersuche, den ersten Schritt, das erste Treffen, das Festhalten der Traumfrau, Beispiele, warum es nicht funktioniert hat, Beispiele, wo es funktioniert hat, und ein Beispiel, wo alles gepasst hat. Zum Schluss bekommt der/die Leser/-in eine „Checkliste“ zur Erinnerung, die die wichtigsten Punkte der einzelnen Kapitel auflistet.

Ländliche Gesellschaft und Obrigkeit



Robert von Friedeburg: Ländliche Gesellschaft und Obrigkeit, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 117, 1997, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 463 S. mit 66 Tabellen, kartoniert, 42,- Euro, ISBN 3-525-35780-X.

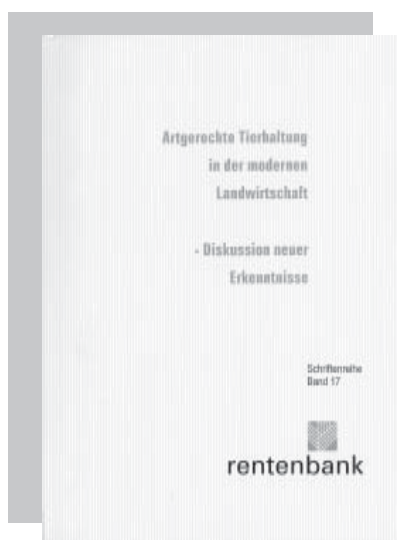
Die ländliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts war für viele Zeitgenossen sozial und kulturell eine Welt, die der bürgerlichen Welt in den Städten geradezu entgegengesetzt war. Die Mentalität der Landbevölkerung schien wie ein Fossil aus alter Zeit in den Nationalstaaten des entstehenden Kaiserreiches.

Die Untersuchung dokumentiert die Konflikte zwischen ländlichen Gemeinden und entstehendem Staat um Dienste, Abgaben und Steuern. Dabei erfasst sie auch, wie die wachsende Zahl der Landarmen in den antistaatlichen Protest einbezogen wurden. Bauern und Tagelöhner hatten in der frühen Neuzeit gelernt, ihre Konflikte zurückzustellen zugunsten gemeinsamer Aktionen gegen die Obrigkeit, die der Hauptgegner der Gemeinden war, Stichwort: Steuern und Lasten. Aus der Abwehr obrigkeitlicher Forderungen und Eingriffe entstand in zwei Jahrhunderten eine in Frömmigkeit, Bevölkerungsverhalten und Wertvor-

stellungen eigene ländliche Kultur, deren Verteidigung gegen den entstehenden Staat Sache aller Dorfbewohner war. Der wirtschaftliche und soziale Wandel im 19. Jahrhundert hat die ländliche Gesellschaft weniger verändert als die meisten annehmen. Dadurch haben die Gemeinden Konflikte aus der Frühen Neuzeit auch noch in den modernen Parteienstaat getragen. An Erfolgen und Misserfolgen der Parteien im Kaiserreich ist zu erkennen, welche Wirkungen die Auseinandersetzungen zwischen Landgemeinden und dem werdenden Staat noch am Ende des 19. Jahrhunderts hatten.

Die Untersuchung der kulturellen Eigenständigkeit der Landbevölkerung gibt einen genauen Einblick in das Staatsverständnis der dortigen Bevölkerung und die daraus resultierenden Verhaltensmuster. Die Beobachtungen von Friedeburg beziehen sich auf 13 Gemeinden in den hessischen Mittelgebirgen. - mw -

Artgerechte Tierhaltung im Spannungsfeld ethischer, rechtlicher und ökonomischer Anforderungen



Artgerechte Tierhaltung in der modernen Landwirtschaft – Diskussion neuer Erkenntnisse. Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Band 17, Frankfurt am Main, 2002. Bestellung unter:

Tel.: 0 69 / 2107-363;
Fax: 0 69 / 2107-447 oder
www.rentenbank.de.
Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Verbraucher/-innen messen dem Tierschutz und der Umweltverträglichkeit der Nutztierhaltung heute eine zunehmende Bedeutung bei. Diesen veränderten

gesellschaftlichen Anforderungen hat die Politik durch die Verankerung des Tierschutzzieles im Grundgesetz Rechnung getragen. Bei der praktischen Umsetzung treffen Landwirte/-innen jedoch auf Zielkonflikte mit dem Umwelt- und Verbraucherschutz und den Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung kann daher immer nur einen gesellschaftspolitisch akzeptierten Kompromiss darstellen zwischen den Bedürfnissen der Tiere und den Anforderungen der Verbraucher/-innen und der Landwirte/-

innen. Auch die Messung und Beurteilung der Tiergerechtigkeit einzelner Haltungsverfahren werfen trotz erzielter Fortschritte noch nicht abschließend gelöste Probleme auf und bedürfen daher weiterer Forschungsaktivitäten. Zu diesen Ergebnissen kommen fünf von der Edmund Rehwinkel-Stiftung der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, im Rahmen einer Sonderausschreibung geförderte Forschungsarbeiten.

Die Ergebnisse basieren auf empirischen Fallstudien, Interviews, Befragungen und statistischen Auswertungen der Universitäten Gießen, Halle-Wittenberg, Kassel

und München sowie einer Arbeitsgruppe des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL).

In der ersten Studie zeigt eine Einstellungsmessung bei Landwirten/-innen und Verbrauchern/-innen sehr verschiedene Einschätzungen der artgerechten Tierhaltung auf, entsprechend unterschiedlich fällt der jeweils abgeleitete Handlungsbedarf aus. Zwei weitere Studien bewerten auf betriebstechnischer und tierbiologischer Basis die Tiergerechtigkeit spezieller Tierhaltungsverfahren. Eine vierte Forschungsarbeit untersucht die Eignung konventioneller Mastputenhybriden für die Be-

dingungen ökologischer Haltungsanforderungen, eine weitere Studie analysiert den Einfluss verschiedener Futterrationen für Mastbullen auf Tiergesundheit und Verhalten.

Die Forschungsarbeiten decken ein breites Spektrum an Untersuchungszielen ab. Mit der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse möchte die Landwirtschaftliche Rentenbank einen Beitrag zur Versachlichung der vielfach emotional geführten Diskussion leisten und Impulse für weiterführende Diskussionen in Praxis, Wissenschaft und Politik geben.

- jü -

Verbraucheraufklärung mit Genuss:

LandFrauenRezepte aus allen Landschaften Deutschlands



Echte LandFrauen-Rezepte – Köstliches aus allen Landschaften Deutschlands, Deutscher LandFrauenverband (Hrsg.), Ulmer-Verlag, Stuttgart, 144 Seiten, Preis: 12,90 Euro, ISBN 3-8001-4259-7.

Mit dem ersten bundesweiten Kochbuch will der Deutsche LandFrauenverband darauf hinweisen, dass die Grundlage einer bewussten Ernährung mit frischen

viel zu bieten hat, wird an den ausgewählten Rezepten deutlich. Neben dem Genuss spielt die Gesundheit für die Verbraucher/-innen eine immer wichtigere Rolle bei der Ernährung. Deshalb sollte der Speiseplan aus vielen frischen und schonend zubereiteten Gerichten bestehen. Das Kochbuch leistet hierzu einen Beitrag, denn eine gesunde Ernährung orientiert sich an den Jahreszeiten und daran, was in einer Region

Zutaten beginnt und die Verbraucher/-innen darin unterstützen, selber zu kochen.

Das Kochbuch soll Lust machen auf Essen mit Genuss. Dass die deutsche Küche in dieser Hinsicht sehr

wächst. Eine Hilfe für die Planung bietet der Saisonkalender für Gemüse im hinteren Teil des Buches. Er zeigt übersichtlich, zu welcher Jahreszeit welches Gemüse geerntet wird und damit frisch erhältlich ist.

Der Saisonkalender ist nur ein Element, die Verbraucher/-innen auch praktisch beim Kochen zu unterstützen. Alle Rezepte sind so verfasst, dass die Zutatenliste als Einkaufsliste verwendet werden kann. Viele der 88 Rezepte aus allen Regionen Deutschlands enthalten Serviervorschläge oder praktische Tipps für den Einkauf oder die Zubereitung. Alle Rezepte des Kochbuchs wurden von erfahrenen Köchinnen erprobt, so dass sie problemlos nachgekocht werden können. Wer Spaß am Kochen gefunden hat, kann im Anhang weitere LandFrauenkochbücher aus der jeweiligen Region finden.

- dlv -

Zitate - Folge 55 - Zitate - Folge 55

„Ich finde es komisch, dass wir in Deutschland die teuersten Küchen Europas haben und darin die billigsten Lebensmittel kochen.“

- Renate Künast, Ministerin für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft -

„Jeder zweite Arbeitsplatz weltweit – in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei – ist direkt auf die Nachhaltigkeit der Ökosysteme angewiesen.“

- Kofi Annan, Generalsekretär der Vereinten
Nationen -

„Die Discounter nutzen ihre monopolartige Stellung gegenüber den Landwirten aus. Diese werden von den Billigmärkten zerrieben.“

- Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen
Bauernverbandes e.V. -

„Das Bestreben aller, auch der reichsten Regionen, möglichst viel Geld aus Brüssel abzurufen, muss wirksam durchkreuzt werden. Das Geld, das Nordrhein-Westfalen heute für seine Ziel 2-Gebiete erhält, stammt letztlich von den nordrhein-westfälischen Steuerzahlern. Ein solcher Geldfluss von NRW über Berlin und Brüssel zurück nach NRW beschäftigt eine große Verwaltungsmaschinerie, bringt aber fiskalisch nichts und steuerpolitisch wenig, er engt eher die Spielräume der Regionen zusätzlich ein.“

- Wolfgang Clement, Bundesminister für Wirtschaft
und Arbeit, in seiner früheren Funktion als Minister-
präsident des Landes Nordrhein-Westfalen -

Zitate - Folge 55 - Zitate - Folge 55

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
0551 / 49 70 9 - 26
Layout: Nicolo Martin
0551 / 49 70 9 - 25

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder.

Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise
sechsmal im Jahr

Anzeigen Ines Fahning
Telefon 0551 / 49 70 9 - 26
Telefax 0551 / 49 70 9 - 16

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Gerda Moers
Telefon 0551/ 49 70 9 - 0
Telefax 0551/ 49 70 9 - 16
E-Mail asggoe@gwdg.de
Internet www.asg-goe.de

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 Euro inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der ASG-Mitgliedsbeitrag beträgt 72 Euro, Studenten zahlen 36 Euro.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen;
Konto-Nr. 108 700 6,
BLZ: 260 500 01

Veröffentlichung bei der ASG

Haben Sie eine **Dissertation**, eine **Habilitation**, **Forschungsergebnisse**, eine **Diplom- oder Masterarbeit** zum Thema

- **Ländlicher Raum**
- **Dorf- oder Regionalentwicklung**
- **Landwirtschaft**
- **Agrarpolitik**
- **Ökologie und Nachhaltigkeit**

geschrieben, die Sie gern veröffentlichen möchten? – Wir bieten Ihnen eine Veröffentlichung in einer unserer Schriftenreihen an.

Wenn Sie interessiert sind, nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Kurze Geismarstr. 33
37073 Göttingen
Tel. 0551/49 70 90
Fax 0551/49 70 916
E-Mail asggoe@gwdg.de